

**PAPERS**

**DIE KRISE IN EUROPA  
UND DIE ERFOLGE DES  
RECHTSPOPULISMUS**

**FACHGESPRÄCH UND KONFERENZ  
DER GRUPPE DER LINKEN IN DER GUE/NGL  
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

# **Die Krise in Europa und die Erfolge des Rechtspopulismus**

Studie und ergänzende Beiträge  
zu Fachgespräch und Konferenz  
der Gruppe der LINKEN in der GUE/NGL  
im Europäischen Parlament  
in Zusammenarbeit  
mit der Rosa Luxemburg Stiftung

Berlin, Januar 2012

# Content

## Inhalt

1. Ein Grußwort - Nationale Kräfte europaweit bekämpfen!.....	3
Cornelia Ernst und Gabi Zimmer	
2. Vorwort.....	5
Cornelia Hildebrandt/Anna Striethorst	
3. Studie: Rechte Strömungen im Europäischen Parlament nach der 7. Europawahl 2009 .....	6
Armin Höhling	
3.1 Begriffserklärung und Zuordnung .....	7
3.2 Bestandsaufnahme und Diskussion.....	10
3.3 Nationale Wahlergebnisse rechter Parteien nach der 7. Europawahl 2009 .....	16
3.4 Die rechten Europa-Parteien .....	30
3.5 Netzwerke rechter Parteien .....	35
3.6 Die Entwicklung rechter Strömungen im Europäischen Parlament.....	38
3.7 Nachbetrachtung .....	52
3.8 Abkürzungsverzeichnis.....	54
4. Wirtschaftskrise und Mangel an Alternativen zum Kapitalismus - die Stunde der Rechtspopulisten .....	56
Heinz Gräfe	
5. The rise of right-wing populism in Finland: the True Finns.....	61
Laura Tuominen / Carl Mars (pseudonym), Left Forum	
6. Öffnung der bürgerlichen Parteien zur Rechten, Öffnung der rechten Parteien zur Mitte und zur Macht. Beispiel Österreich.....	64
Peter Porsch	
7. Right wing Extremism in Romania.....	69
Peter Damo	
9. Wahlkabinenrevolution in Ungarn? Konservative Revolution? Völkische Gemeinschaft? .....	79
Karl Pfeiffer	
10. Autorenverzeichnis .....	85

## 1. Ein Grußwort - Nationale Kräfte europaweit bekämpfen!

Gegenwärtig erleben wir in der Krise Europas eine Blüte der Ideologien und Aktionsfähigkeit der politischen Rechten, die sich mittlerweile in einer großen Vielfalt darstellt. Sie erscheint nationalkonservativ, rechtspopulistisch und rechtsextrem. Sie ist mehr, weniger oder gar nicht faschistischer Symbolik verhaftet. In fast allen europäischen Staaten haben sich entsprechende Parteien oder Bewegungen konstituiert, die Anschluss finden an die nationalistischen Diskurse, die auch von bürgerlichen Parteien geführt werden.

Im Europaparlament decken vier Fraktionen das rechte Spektrum ab, die Übergänge sind fließend: Die Europäische Volkspartei (EPP), die mächtigste politische Gruppierung in Europa, unterstützt Viktor Orban und seine Partei Fidesz bei dem Versuch, Ungarn in eine völkisch-nationalistische Post-Demokratie zu verwandeln. Die Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) träumen mit den britischen Tories an der Spitze von der Abschaffung der Sozialstaaten und einer Re-Nationalisierung der EU. Die Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) bietet Europafeinden wie UKIP, der Lega Nord und den Wahren Finnen ein Zuhause und bindet immer wieder die fraktionslosen Rechtsextremen von Vlaams Belang, FPÖ, Front National und British National Party in die parlamentarische Zusammenarbeit ein. Mit dem Beitritt Kroatiens zur EU wird die EFD in ihrer Fraktionsstärke die Linksfraktion GUE/NGL übertreffen. Diese Entwicklung sagt vieles aus, auch über die Schwäche der Linken in Europa. Die Rechten haben die Straßen und Sportplätze längst erobert. Es wird Kurs genommen auf die Köpfe der Menschen. Der Missbrauch von Gedenktagen und Opfern faschistischer Gewalt gehört gewissermaßen zu ihrem "guten Ton", rassistische Gewalttaten und Morde, wie in Norwegen und Deutschland, nehmen ein lange nicht gekanntes Ausmaß an.

Die extremen Rechten geben sich kapitalismus- und elitenkritisch, spielen sich zum Anwärter der Armen und Bedrückten auf, eng verbunden mit europafeindlichen Ideologien. Genutzt werden rassistische Ressentiments farblich passend zum jeweiligen Land, antisemitisch, muslimfeindlich, abgestellt auf rassistische Vorurteile, besonders eindrücklich erlebbar in Bezug auf Roma und Sinti. Der Nährboden für diese Entwicklung befindet sich nicht am so genannten "rechten Rand", sondern mitten in unseren Gesellschaften. Insofern ist der ausschließliche Blick auf glatzköpfige Demonstranten, die rechte Parolen grölen, viel zu kurz. Öffentliches Erschrecken und der moralische Gestus als Abwehrstrategien gegen die braune Gefolgschaft sind loblich, aber nicht hinreichend. Tiefer muss nach den Ursachen dieser Erscheinungsgeschürft werden. Dazu gehört die Anerkennung, dass rechte Ideologien menschenfeindlich sind und konsequent bekämpft und verfolgt werden müssen.

Das beginnt in den Schulen, die die inhaltliche Auseinandersetzung damit nicht scheuen und deren Lehrerinnen und Lehrer Farbe bekennen. Es verlangt eine Polizei, die Straftaten rechtsextremer Gewalttäter schonungslos als solche aufklärt, eine Justiz, die nicht auf dem rechten Auge blind ist. Dazu gehört gesellschaftliches und staatliches Engagement der demokratischen Parteien, wenn es um die Verteidigung der Menschenwürde ethnischer Minderheiten, Angehöriger von Religionen oder von Menschen mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen geht.

Auch die gegenwärtige tiefe Krise, die die gesamte Gesellschaft auf den Kopf gestellt hat, bietet Nährboden für die extreme Rechte. Merkels und Sarkozys antisoziale Antworten auf die Krise zerschlagen solidarische und demokratisch-parlamentaristische Lösungsansätze für die Probleme in der EU und fördern nationalistische Vorurteile und Verhaltensweisen, denen wir uns entgegenstellen müssen. Die EU als „Krebsschaden der europäischen Völker“ ist eine weit

verbreitete Position geworden. Europaskeptizismus und Nationalismus befördern rechtsextreme Bewegungen und machen deren Ideologie hoffähig. Deshalb ist es notwendig, sich sorgsam und detailliert mit diesen ideologischen Strömungen und Bewegungen auseinanderzusetzen, Argumente zu schärfen, Gegenkraft zu mobilisieren. Das war das Anliegen der Konferenz „Die Krise in Europa und der Erfolg des Rechtspopulismus“ am 21. Juni 2011, die organisiert von der Delegation DIE LINKE im Europaparlament stattfand. Wir danken allen Beteiligten für ihre wertvollen Beiträge.

## 2. Vorwort

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben das gesellschaftliche Klima in Europa rau werden lassen. Die Ausschreitungen in Großbritannien, die gewaltsamen Proteste in Griechenland offenbaren tiefgreifende soziale Spannungen und weit verbreitete Daseinsängste der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Wie leicht diese Ängste in Entsolidarisierung und Nationalisierung umschlagen können, hat zuletzt die Debatte um die Eurokrise gezeigt.

Auch rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien und Bewegungen bringen sich in dieser Situation in Stellung, mit einfachen und populären Antworten: Als Gegenmodell zur verwirrenden Realität des globalen Kapitalismus propagieren sie den wärmenden Schutz der nationalen Gemeinschaft. Sie beschränken sich dabei längst nicht mehr auf reine Ausgrenzungs-Kampagnen gegen das „unerwünschte Fremde“, sondern arbeiten zu einer ganzen Bandbreite ökonomischer, ökologischer und vor allem sozialer Fragen. Diese politischen Programme verbinden sie in unterschiedlicher Weise – je nach Stellung des Landes innerhalb der EU – mit Forderungen nach einer Re-Nationalisierung der Politik, und – besonders gefährlich – mit ethnisch besetzten Begriffen solidarischer Gemeinschaften.

Auf diese Weise gelingt es diesen Parteien und Bewegungen derzeit zunehmend, auch Wahlen zu gewinnen. In Zeiten des europäischen und globalen Wettbewerbs um Produktionsstandorte, um Beschäftigung und soziale Standards erfahren sie immensen Zulauf. Indem sich etablierte demokratische Parteien an die nationalistischen und populistischen Positionen anpassen, agieren oft als (un-)freiwillige Unterstützer ihrer Politik.

Nationalkonservative, rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien werden seit Jahren regelmäßig in das Europäische Parlament gewählt. Seit den Europawahlen 2009 gibt es mit EFD und ECR gleich zwei rechte Fraktionen sowie eine Reihe fraktionsloser Abgeordneter im Europaparlament. Doch sind die Position der rechten Abgeordneten nicht unbedingt deckungsgleich: Das Abstimmungsverhalten insbesondere der EFD zeigt starke Differenzen und gibt einen Hinweis auf die große Bandbreite des Spektrums in den Mitgliedstaaten der EU.

In dieser Broschüre werden einige Parteien und Bewegungen herausgegriffen: Die "Wahren Finnen", die sich mit ihrem Ruf nach einem starken Wohlfahrtsstaat deutlich von den neoliberalen Positionen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa abgrenzen. Die FPÖ, die phasenweise ebendiesen neoliberalen Kurs fährt oder mit radikal nationalistischen Parolen auf Stimmenfang geht. Die rumänischen Rechtsextremen, die heute vor allem auf Ethnozentrismus und Homophobie setzen und mit deren Nationalismus sogar Teilen der radikalen Linken sympathisieren – das Erbe des „Nationalen Kommunismus“ zwischen 1945 und 1990.

Das aktuellste Beispiel ist jedoch sicherlich Ungarn, wo die national-konservative Partei Fidesz den Staat auf ihre eigenen Bedürfnisse hin umstrukturiert, während die Neofaschisten um die radikale Partei Jobbik Stimmung gegen Roma machen. Die große Passivität, mit der die EU lange auf die revisionistischen, demokratiefeindlichen Stimmungen in Ungarn reagierte, böte genügend Anlass für eine eigene Publikation.

Diese Broschüre basiert auf den Beiträgen eines Fachgesprächs der Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel, das anlässlich der Konferenz „Die Krise in Europa und der Erfolg des Rechtspopulismus“ am 21. Juni 2011 im Europaparlament stattfand. Wir danken den Organisatorinnen der Konferenz Dr. Cornelia Ernst und Gabriele Zimmer sowie ihrer Fraktion GUE/NGL dafür, dass sie damit auf dieses wichtige Thema aufmerksam gemacht haben.

### 3. Studie: Rechte Strömungen im Europäischen Parlament nach der 7. Europawahl 2009

Wird die parlamentarische Demokratie in den westlichen Staaten das vorherrschende Modell bleiben? Erstens muss man das hoffen, und zweitens muss man alles dafür tun. Aber ganz sicher kann man sich nicht sein. Was wir zum Beispiel in Italien mit Herrn Berlusconi erleben, ist so etwas wie Diktatur durch Populismus. Diese Gefahr gibt es.<sup>1</sup>

Die mahnenden Worte Helmut Schmidts wiegen um so schwerer, wenn sich vor Augen gehalten wird, dass Italien kein Einzelfall bleiben, sondern dass große Bereiche der europäischen Politik einem dominierenden Einfluss populistischen Gedankenguts ausgesetzt sein werden. Ein gewisser „Rechtsruck“ ist sowohl innerhalb als auch außerhalb des Europäischen Parlaments zu verzeichnen.

Ab- und Ausgrenzungen, Überlegenheitsgefühle, Fremdenfeindlichkeit oder auch Nationalismus wird nicht nur durch ständiges Skandieren einzelner sozialer oder politischer Gruppierungen populär, sondern wird auch durch eine gewisse effektvolle mediale Aufbereitung regelrecht anezogen. Der italienische Premierminister Silvio Berlusconi gilt als Medienzar und unterwirft seit geraumer Zeit die Apenninenhalbinsel seinen geschäftlichen (und auch amourösen) Bedürfnissen. Die ungarische Regierung um Premierminister Viktor Orbán ließ sich zum 1. Januar 2011 ein Mediengesetz bestätigen, welches die staatliche Kontrolle über die bisher öffentlich-rechtlichen Medien hinaus auch auf private Einrichtungen in den Bereichen Rundfunk, Fernsehen, Print- und Online-Publikationen ausweitete. Auch infolge der bisherigen Proteste aus den übrigen Mitgliedsländern wurde das Gesetz im Februar 2010 bisher nur kosmetischen Korrekturen unterzogen, der einseitig politisch besetzte Kontrollrat samt seiner Kompetenzen bleibt jedoch bestehen.

Die hier vorliegende Sammlung knüpft an Carsten Hübners<sup>2</sup> Bestandsaufnahme „Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa“ an, die im Vorfeld der Europawahl 2009 angefertigt wurde. Ein langfristiges Ziel ist es, durch konsequentes Zusammentragen von Beiträgen die sich im stetigen Wandel befindende und sich neu ausrichtende politische Rechte zu analysieren sowie einen fortdauernden Überblick zu gewährleisten.

Die europäische Zusammenarbeit der neuen Rechtsparteien ist inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden.<sup>3</sup> Jedoch scheint die Zusammenarbeit auch manches Mal spektrumsübergreifend zu funktionieren. Das Wort Spektrum verdeutlicht hier die unterschiedlichen politischen Anschauungen, anhand derer sich Parteien für gewöhnlich allgemein von einander unterscheiden. Spektrumsgrenzen verwischen oder gehen fließend in einander über. Noch in den 1990er Jahren verfügte die sozialdemokratische Fraktion des Europäischen Parlaments über eine eindeutige Mehrheit.<sup>4</sup> Etwa 15 Jahre später, zum Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, überwiegt die Fraktion der christdemokratisch-konservativen Volksparteien Europas (EVP). Unter den Mitgliedsparteien befinden sich, wenn auch gemäßigt, so doch rechtsgerichtete Parteien, die maßgeblich an der gesamteuropäischen Politik beteiligt sind. Innerhalb der Fraktion zählten nach der 7.

---

1 in Zeit-Magazin Nr. 8, 17.2.2011, Äußerung Helmut Schmidts gegenüber Giovanni di Lorenzo

2 Rechtsextreme Netzwerke u. Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor d. Europawahl 2009. GUE/NGL Dez. 2008

3 Decker, Frank; Populismus in Europa. Wiesbaden: VS/GWV 2006, S. 17

4 Fritzer, Marc et. al.; Die Europäische Union; München: H+G Lidl 1998, S. 43

Europawahl am 7. Juni 2009 ein Drittel der insgesamt 265 EVP-Parlamentarier<sup>5</sup> zum rechtsgerichteten Lager, die sich durch unterschiedliche Prononcierung von einander abheben: mitte-rechts, national-konservativ, rechts-konservativ.

Nachfolgend werden die drei rechtsgerichteten Gruppierungen des 2009 gewählten 7. Europäischen Parlaments näher beleuchtet, zu ihren in der 6. Legislaturperiode (2004-2009) agierenden Vorgängern ins Verhältnis gesetzt und die Wanderungen ihrer Mitgliedsparteien nachvollzogen. Es handelt sich dabei um die Fraktionen „Europäische Konservative und Reformisten“ (ECR) und „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) sowie um einige Parteien der Gruppe der Fraktionslosen (NI).

Gemäß dem Beschluss des Europäischen Parlamentes vom 9. Juli 2007 beträgt das Aufgebot zur Gründung einer Fraktion mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsländern.<sup>6</sup> Ähnlich der Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS), die sich von Januar bis November 2007 innerhalb der 6. Legislaturperiode aus anfänglich fraktionslosen, rechten Parlamentariern formierte, ist für die 7. Legislaturperiode das Potenzial eines erneuten Zusammenschlusses der gegenwärtig 28 aus zehn Ländern stammenden, größtenteils rechten NIs nicht zu unterschätzen.

Der einfacheren Lesbarkeit wegen besitzen die Parteinamen ein dreifaches Schriftbild: kursiv in ihrem Originalnamen, übersetzt mit einem von ihrem Originalnamen abgeleiteten Kürzel in Klammern stehend sowie als alleiniges Kürzel mit nationaler Zugehörigkeit, die sich durch das Anhängen der gängigen Top-Level-Domains<sup>7</sup>, zum Beispiel „Fidesz.hu“, ergibt. Weiterhin stehen die vollständigen Parteinamen in den dazugehörigen Tabellen.

Der Begriff „rechtsgerichtet“ soll als universeller Ausdruck sowohl die gemäßigte Rechte als auch die extreme Rechte beschreiben helfen. Explizite Differenzierungen lassen sich im Text ableiten.

### **3.1 Begriffserklärung und Zuordnung**

Für die in der Sammlung verwendeten Begriffe werden nachfolgend einige Definitionsversuche zusammengetragen, die zum besseren Verständnis und zur gegenseitigen Abgrenzung dienen können.

#### **Europaskepsis**

Der Begriff „europaskeptisch“ hat eine unscharfe Bedeutung. Zum einen kommt in ihm die Ablehnung gegenüber dem einigenden Gedanken der Europäischen Union (EU), zum anderen gegenüber ihren Institutionen zum Ausdruck. Dabei können sich beide Haltungen gegenseitig ausschließen. Anhänger des europäischen Föderalismus mit Blick auf einen zu schaffenden Bundesstaat kritisieren ebenfalls die derzeit gängige Politik der EU. Auch sie gelten daher als europaskeptisch.

Europaskeptische Parteien, die sich selbst als „europarealistisch“ bezeichnen, vereint die Idee von der Beibehaltung beziehungsweise Wiederherstellung der nationalstaatlichen Souveränität. Unter diesen Aspekten lassen sich die beiden mit der 7. Europawahl 2009 entstandenen Fraktionen ECR und EFD näher beleuchten: Die Parteien der ECR sind europaskeptisch, lehnen jedoch die Europäische Union nicht ab. Die der EFD hingegen zeigen keine eindeutige Herangehensweise. Auch sie sind europaskeptisch, lehnen aber hauptsächlich die Mitgliedschaft ihrer Länder in der

---

5 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010, S. 149

6 Hübner, Carsten; Rechtsextreme Netzwerke u. Parteien in Europa. Studie 2008, S. 9

7 nach Standard ISO 3166



bestehenden Europäischen Union mit dem Ziel ab, um aus dieser einen europäischen Staatenbund zu schaffen.

Während Skeptiker in der Anfangsphase der Europäischen Union eine untergeordnete Rolle spielten und öffentlich nur wenig diskutierten, nahm die Anzahl ihre Stimmen während der stetigen Erweiterungsphasen zu. Mit der Ablehnung des Maastrichter Vertrages durch Dänemark kam es 1992 zu einer ersten großen Verweigerung einer EU-Gesetzesreform. Es folgten die Referenden zum Nizzaer Vertrag, welchen Irland 2000 verneinte, zum Verfassungs-Vertrag, gegen den Frankreich und die Niederlande 2005 stimmten, und zum Lissaboner Vertrag, den wiederum Irland 2008 verwarfen. Überall werden auch innenpolitische Gründe zu motivierenden Druckmitteln hergehalten haben. Europaskeptische Stimmen sind vor allem im Vereinigten Königreich (United Kingdom, U. K.) und in mittel-osteuropäischen Staaten zu finden, da Abstriche der nationalen Unabhängigkeit befürchtet werden. Das Augenmerk der nordischen Länder dagegen liegt auf deren jeweiligen Wohlfahrtssystemen.

## **Konservatismus**

Der Konservatismus will das Bestehende bewahren. Jedoch hat er seine moderne, bis heute weiterreichende Ausprägung erst als eine antirevolutionäre Gegenbewegung erhalten. Neben der Einbettung in historischen (nationalen) und hierarchischen Ordnungsprinzipien ist konservatives Denken aber auch weitestgehend modernisierungsskeptisch.<sup>8</sup> Rechtskonservatismus ist ein Neologismus der 1980er Jahre.

## **Nationalkonservatismus**

Der Begriff zielt auf die Betonung kultureller und religiöser Traditionen als Teil der nationalen Identität ab. Mit ihm wird eine ablehnende Haltung gegenüber „fremden Ethnien“ verbunden. Als Beispiele gelten hier der ungarische Bürgerbund (Fidesz), die französische Bewegungspartei (MPF) oder die polnische 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS).

## **Rechtskonservatismus**

Der Begriff ist der Versuch eine Position zwischen konservativ und rechts-extrem zu beschreiben (Tab. 1). Eine erste Prägung wird den deutschen Republikanern (REP) in den 1980er Jahren zugeschrieben, die sich damit zwischen den deutschen Christdemokraten (CDU) und den deutschen Nationaldemokraten (NPD) ansiedelten.<sup>9</sup> Als ein weiteres rechtskonservatives Beispiel werden die österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) genannt. Im französischen Parteienspektrum steht die christlich-demokratische Bewegungspartei (MPF) rechts der Volksbewegung (UMP), ohne mit der rechtsextremen Nationalfront (FN) gleichgesetzt zu werden.

Tabelle 1: Definitionshilfe zum Begriff Rechtskonservatismus. Eine Zitat-Gegenüberstellung aus einem Politikforum<sup>10</sup>.

---

8 Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.); Politische Theorien von d. Antike bis zur Gegenwart. München: G. Olzog 1993, S. 317

9 vom 20.11.2009, <http://www.jugendzeitung.net>, utopia-Redaktion, Münster (Abruf 25.2.2011)

10 vom 27.3.2009, <http://www.politik.de/forum/parteien> (Abruf 25.2.2011)

„bin kein Rechtskonservativer, aber versuch es“	„bin rechtskonservativ und kann die genannten, etwas angestaubten Punkte auffrischen“
1. starke Betonung des Volkszusammengehörigkeitsgefühls	1. vernunftbegabter Patriotismus
2. starke Tendenz zu traditionellen Werten	2. Tendenz, Geschichte der Menschheit als Ganzes zu begreifen und dass jede Tradition auf Vorherigem aufbaut
3. Fokus auf traditionelles Familienbild	3. für starke Familien, statt zu starkem Staat
4. Respekt gegenüber Obrigkeiten, wie Regierung und Kirche	4. Ablehnung von Regierungsapparaten und Bürokratie, Respekt gegenüber verdienten Autoritäten
	5. Befürworter von Leistung und Arbeit
	6. sozial gegenüber denen, die sich selbst nicht mehr helfen können

## Rechtsextremismus

Das rechtsextremistische Weltbild wird von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen.

Auf deutscher Ebene steht dieses rechtsextremistische Werteverständnis in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz. Ende 2009 gab es in Deutschland 195 (2008: 156) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten in Deutschland liegt mit insgesamt 26.600 Personen deutlich unter der des Vorjahres (2008: 30.000).<sup>11</sup>

Einige rechtsextreme Parteien sind über das Parteienbündnis ENF - „Europäische Nationale Front“ (siehe 4.4) miteinander verbunden. Seine Mitglieder sind weitestgehend auf kommunaler Ebene aktiv. So ist beispielsweise die NPD.de im Jahr 2011 in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommerns mit 6 Prozent und Sachsens mit 5,6 Prozent vertreten. Weiterhin hält die griechische Partei *Chrysi Avgi* einen Sitz im Athener Stadtrat. Auch die ukrainische *Swoboda* hat im ethnisch vielfältigen Westen des Landes zwischen 2006 und 2010 kontinuierlich Stimmenzuwächse erhalten. Mit einem Plus von insgesamt drei Prozentpunkten steht sie kurz vor der Fünf-Prozent-Hürde.

## Neonazismus

Ideologische Grundlage des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus. Neonazis verfolgen das Ziel, die bestehende freiheitlich demokratische Grundordnung durch ein am historischen Nationalsozialismus orientiertes System zu ersetzen. Homogene Bevölkerung wird angestrebt. Menschen anderer Ethnien sollen keine oder nur deutlich reduzierte Rechte erhalten. Auf deutscher Ebene ist festzustellen, dass das Verhältnis der Neonazis zur NPD.de nach wie vor gespalten ist. Auf der einen Seite sieht ein Teil der Neonazi-Szene die Partei als geeignetes Mittel für die Durchsetzung der eigenen politischen Forderungen. Auf der anderen Seite gibt es auch zahlreiche Neonazis, die in der NPD.de aufgrund ihrer parlamentarischen Aktivitäten ein Teil des verhassten demokratischen Systems sehen und daher die Zusammenarbeit mit ihr ablehnen.<sup>12</sup>

Auch auf kontinentaleuropäischer Ebene gibt es Gruppierungen, die dem Neo-Nationalsozialismus zuzuordnen sind, historisch jedoch nicht auf diesen aufbauen. Ein Beispiel dafür ist die Szene in

Russland<sup>13</sup>. Es werden fremdenfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Ansichten in abgewandelter Form übernommen.

11 Bundesministerium des Inneren; Verfassungsschutzbericht 2009. Niestetal: Silber 2009, S. 54 ff

12 Ebd., S. 66 ff

13 [http://www.welt.de/politik/article1918992/Neonazis\\_jagen\\_Auslaender\\_an\\_Hitlers\\_Geburtstag.html](http://www.welt.de/politik/article1918992/Neonazis_jagen_Auslaender_an_Hitlers_Geburtstag.html) (Abruf 5.8.11)

## Rechtspopulismus

Europaskepsis und Islamkritik bis hin zur Islamfeindlichkeit verbinden eine Mischung von Rechtsaußenparteien in Europa. Zum Spektrum gehören rechtsextreme Parteien genauso wie Gruppierungen, die mit populistischen Äußerungen auf sich aufmerksam machen wollen. Ihre politischen Ziele reichen vom Wunsch nach „Ordnung“, „Autorität“ und „Identität“ über die Agitation gegen Minderheiten wie (Sinti und) Roma bis hin zur Forderung, ein „weißes Europa“ ohne „jüdischen Einfluss“ zu schaffen. Paradoxe Weise bauen die teilweise aggressiv nationalistischen Parteien dabei zunehmend auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit und verstehen sich meist als „Freunde“ im Kampf gegen multikulturelle Überfremdung.<sup>14</sup> Als großer rechtspopulistischer Vorreiter sind hier die französischen Nationalisten (FN), anzusehen, auf deren Betreiben hin 2005 das Parteienbündnis EuroNat - „Europe for the Nations“ (siehe 4.5) entstand. Dieses Netzwerk soll eine länderübergreifende Zusammenarbeit fördern.

## Klassifizierungsmodell rechter Parteien nach Richard Stöss

Zur Klassifizierung und Typologie rechtsgerichteter Parteien wird das Modell von Richard Stöss herangezogen (Tab. 2). Es unterscheidet zwischen systemkonformen, systemkritischen und systemfeindlichen Parteien. Das Modell zeigt dahingehend Schwächen, dass es keinen Unterschied für Parteien aufweist, die sich über Jahre verteilt, abwechselnd in Regierungsverantwortung, in parlamentarischer oder außerparlamentarischer Arbeit behaupten mussten. So treten die bulgarische Ataka oder die ungarische Jobbik in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber ethnischen Minderheiten rassistisch und durchaus systemfeindlich, dem Parteityp 3 entsprechend auf, agieren als Opposition jedoch durchaus im Spielraum der parlamentarischen Grundordnung und treten damit systemkonform, dem Parteityp 1 entsprechend auf. Obwohl sich dieser Aspekt im Stöss'schen Modell ausschließt, hilft es, allgemein zu kategorisieren.

Tabelle 2: Stöss'sches Modell zur Klassifizierung rechtsgerichteter Parteien.<sup>15</sup>

Parteityp	Definition
1	<ul style="list-style-type: none"><li>- gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform</li><li>- Kooperation mit liberalen und konservativen Parteien, nicht aber mit rechtsextremistischen Parteien des Typs 2 oder 3</li></ul>
2	<ul style="list-style-type: none"><li>- Nationalistisch-völkisch, eher systemkritisch</li><li>- Keine Zusammenarbeit mit Parteien des Typs 1, die von den Parteien des Typs 2 dem nationalistischen Lager nicht einmal zugerechnet werden</li><li>- Oft nur verbale Abgrenzung gegenüber Parteien des Typs 3</li></ul>
3	<ul style="list-style-type: none"><li>- (neo-)faschistisch oder (neo)rassistisch, systemfeindlich</li><li>- Ebenfalls keine Kooperation mit Parteien des Typs 1, aber gewisse Affinitäten zu Parteien des Typs 2</li></ul>

## 3.2 Bestandsaufnahme und Diskussion

Die Anliegen der rechtsgerichteten Strömungen unterscheiden sich in Bezug auf die Minderheiten

<sup>14</sup> <http://www.bpb.de/themen> (Abruf 25.2.2011)

<sup>15</sup> laut Stöss, Richard; Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin 2007, S. 186

von einander. Während in Nord-, Mittel- und Westeuropa zunehmend islamkritisch bis islamfeindlich aufgetreten und die Migrationspolitik der Europäischen Union bewertet und missbilligt wird, steht in Mittelost- und Südosteuropa eher die Minderheitenpolitik der eigenen Nationalstaaten im Fokus. Allein in der Bewahrung der Nationalstaatlichkeit sind sich die Parteien ähnlich.

In Regierungsverantwortung stehen rechtsgerichtete Parteien aktuell in vier der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union. In Italien unterstützt die separatistische *Lega Nord* (LN) in einem Mitte-Rechts-Bündnis Silvio Berlusconis konservative Partei *Il Popolo della Libertà* (PdL), in den Niederlanden wird die Minderheitskoalition von der *Partij voor de Vrijheit* (PVV) toleriert; in Bulgarien wird die nationalkonservative *Graschdani za Ewropejsko Razwitie na Balgaria*<sup>16</sup> (GERB) als Minderheitsregierung von den übrigen fünf Fraktionen akzeptiert – auch von der insgesamt viertgrößten, rechtsextremen *Ataka*. Nur in Ungarn steht die ebenfalls nationalkonservative *Fidesz–Magyar Polgári Szövetség*<sup>17</sup> mit absoluter Mehrheit allein an der Spitze.

Diese sechs genannten Parteien haben eine unterschiedliche rechtsgerichtete Prononcierung, welche in ihrer jeweiligen Fraktionszugehörigkeit des Europäischen Parlamentes zum Ausdruck kommt. So gehören der Fraktion EVP die Parteien PdL.it, GERB.bg und die Fidesz.hu an. In der europaskeptischen Fraktion EFD arbeitet die Parteien LN.it und die Abgeordneten der beiden extremen Parteien PVV.nl und Ataka.bg sind fraktionslos.

## Rechtsruck der Mitte

Die wachsende Zahl der Mitte-Rechts-Bündnisse beziehungsweise -Ausrichtungen untermauern die Überlegung, dass Erfolge der extremen Rechten immer auf vorausgegangene Defizite demokratischer Politikgestaltung und Gesellschaftsentwicklung verweisen. Dazu gehört auch, dass demokratische Parteien wiederholt die Zusammenarbeit mit der extremen Rechten gesucht und sie in einigen Ländern in Regierungsverantwortung einbezogen haben. Es folgte selten die gewünschte „Entzauberung“, stattdessen häufig die Etablierung der Rechten in der Mitte der Politik.<sup>18</sup>

Als ein Beispiel soll die Partei *Il Popolo della Libertà* (PdL) gelten. Sie wurde im März 2009 von Silvio Berlusconi als rechtes Gegengewicht zur *Partito Democratico*, einer ehemaligen Mitte-Links-Koalition gegründet. In diesem neuen Mitte-Rechts-Bündnis gingen neben liberalen Kleinparteien auch die alte Berlusconi'sche *Forza Italia* (FI), die nationalkonservative La Russa'sche *Alleanza Nazionale* (AN) und die nationalistische Mussolini'sche *Azione Sociale* (AS) auf. Seit 2008, als noch loser Parteienverband, bildet die PdL mit ihrem Juniorpartner, der rechtspopulistischen und separatistischen LN.it, die Regierungskoalition. In dieser Hinsicht nimmt Italien seit längerem einen Sonderfall in der europäischen Parteienlandschaft ein. Die politischen Verstrickungen einzelner Parteien untereinander lassen sich zum Teil weniger offensichtlich von einander abgrenzen, als dies in anderen europäischen Staaten möglich ist. Festzustellen bleibt jedoch, dass die AS.it vor der Verschmelzung mit der PdL mit ihrem ehemaligen fraktionslosen Abgeordneten in der 2007 gebildeten rechten Fraktion ITS integriert war.

Ein weiteres Beispiel stellt die französische Partei *Front National* (FN) dar, die 2007 ebenfalls zur Fraktion ITS gehörte. In einer mit den Präsidentschaftswahlen 2014 in Zusammenhang stehenden Internet-Umfrage<sup>19</sup> konnte ermittelt werden, dass aktuell die Parteivorsitzende und fraktionslose Europaabgeordnete Marine Le Pen mehr Zuspruch als Präsident Nicolas Sarkozy (UMP) bekäme.

---

16 *deutsch*: Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens

17 *deutsch*: Bund junger Demokraten – Ungarischer Bürgerbund

18 Hübner, S. 11

19 vom 9.3.2011, <http://www.tagesschau.de> (Abruf 10. März 2011)

Dieser Aufwind der FN war in dieser Zeit auch im Social-Media-Network Facebook zu beobachten. Mit 12.000 Facebook-Followers blieb Marine Le Pen zwar noch weit von der 25-Tausend-Marke ihres Vaters Jean-Marie Le Pen entfernt, doch konnte sie innerhalb nur eines einzigen Monats 3.800 Anhänger bestätigen.<sup>20</sup> Als „blonde Ikone der Braunen“ beziehungsweise „keltische Schönheit“ ist sie nicht nur Aushängeschild der französischen Radikalen, sondern auch rationaler und sympathischer als ihr Vater, das „bretonische Scheusal“.<sup>21</sup>

Mit ihrer Übernahme des Parteivorsitz' seit 16.1.2011 weht ein anderer, ein „rationalerer“ Wind in den Reihen der Rechten. Marine Le Pen hatte sich gegen den zähen und reaktionären Parteiideologen und ebenfalls fraktionslosen Europaabgeordneten Bruno Gollnisch durchgesetzt. Für die neue Parteivorsitzende stehen nicht die religiösen und ethnischen Komponenten ihres Vaters im Vordergrund – sie verzichtet auf Unterscheidungen zwischen EU-Bürgern und Afrikanern, da ihrer Meinung nach beide Gruppen den französischen Arbeitsmarkt gefährden. Linke und gemäßigte Stimmen werfen dem derzeitigen Präsidenten Nicolas Sarkozy vor, Themen der radikalen Rechten aufgegriffen und auf die eigene Tagesordnung gehoben und somit einen „Rechtsruck“ provoziert zu haben. Ein weiteres Barometer für den politischen Wind Frankreichs sind die Kantonswahlen (dt. Kreistagswahlen) Ende März 2011, in der die FN mit 15 Prozent ihr insgesamt bestes Wahlergebnis seit der Gründung 1973 erringen konnte.

Nach Italien und Frankreich ist Ungarn ein drittes Beispiel, das zeigt, dass die prononciert rechtsgerichtete Politik der jeweiligen Mitte-Rechts-Parteien sich rechtsextremen Strömungen zuwendeten und sich deren Mittel bedienten.

So bleibt ein totaler Rechtsruck in Ungarn denkbar. Hier bekleidet die als mitte-rechts geltende Fidesz.hu seit Oktober 2010 das Bürgermeisteramt in 22 der 23 größeren ungarischen Städte (ein Sozialist). Für die rechtsextreme Jobbik.hu gelten die herbstlichen Kommunalwahlen seit dem Einzug ins Budapester Parlament im April 2010 als Enttäuschung. Sie konnte sich im nordöstlichen Teil Ungarns einen einzelnen Bürgermeisterposten in einer kleineren Ortschaft sichern, doch blieb sie im Gros der nordöstlichen Gemeinden trotz Roma feindlichen Äußerungen nach der Fidesz.hu nur zweitstärkste Kraft.

### **Intra-europäische Zusammenarbeit rechter Parteien**

Die FN.fr ist Gründungsmitglied des seit Oktober 2009 bestehenden Rechtsbündnisses „Allianz nationaler europäischer Bewegungen“ (AMNE), dessen Anerkennung zur Europäischen Partei bei der Europäischen Union beantragt werden soll (siehe 4.6).

Bereits im Januar 2008 waren die rechten Parteien aus Belgien, Bulgarien und Frankreich auf Einladung der österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) in Wien zusammengekommen, um eine bessere Koordinierung zu vereinbaren.

Unterdessen fehlten bei einem weiteren Wiener Gespräch im Oktober 2010 die Parteien aus Bulgarien und Frankreich (Abb. 8). Die übrigen Vertreter aus Belgien, Dänemark, Italien, Österreich, Schweden und der Slowakei bekräftigten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz<sup>22</sup> ihre Zusammenarbeit, um „europapolitischen Fehlentwicklungen“ entgegenzuwirken. Da mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 die Möglichkeit besteht, Gesetzesinitiativen mittels Bürgerbegehren von einem Umfang von mindestens 1 Mio. Stimmen aus der gesamten Union ändern zu lassen, wurde eine Einigung in Bezug auf eine gemeinsame europäische Rechtspartei, was mit der AMNE angestrebt wurde, nicht weiter verfolgt. Die beim

---

20 Stand: 10.3.2011

21 laut Libération in Magazin Cicero, Februar 2011, S. 46

22 vom 23.10.2010, <http://derstandard.at> (Abruf 13.2.2011)

Wiener Gespräch 2010 versammelten Rechtsparteien sind nicht in der AMNE vertreten. Die Ablehnung wird auch dahingehend deutlich, dass eine mögliche neue Fraktionsbildung im Europäischen Parlament ohne die Parteien Ataka.bg und FN.fr stattfinden soll.<sup>23</sup>

Trotz der 2007 vom Europäischen Parlament eingeführten Erhöhung der Hürde zur Bildung einer Fraktion darf über eine erneute Vereinigung rechter Parteien aufgebracht werden.

Eine dritte rechtsgerichteten Fraktion, wie sie 2007 durch fraktionslose Abgeordnete (NI) allein gebildet wurde, ist unwahrscheinlich, da sechs<sup>24</sup> der 28 NIs gar nicht mit den Anschauungen der ehemaligen, wiedergewählten Fraktionsmitglieder der ITS konform gehen. Ein möglicher Zusammenschluss einiger extrem rechter Fraktionsloser sowie Abgeordneter der in den beiden europaskeptischen und rechtspopulistischen Fraktionen ECR und EFD eingebundenen Parteien, würden den Status der EFD-Fraktion gefährden. Eine Umverteilung und Bündelung dieser politischen Strömungen ist jedoch denkbar.

Dahingehende Hinweise könnten sich aus der engen Zusammenarbeit der Parteien *Dansk Folkeparti* (DF) und *Partij voor de Vrijheid* (PVV) ableiten. Der rege Austausch zwischen beiden Parteien wurde von dem dänischen Europaabgeordneten Morten Messerschmidt (DF) in einem Interview mit der Deutschen Welle<sup>25</sup> bestätigt. In diesem Beitrag wurde auch auf einen transkontinentalen Austausch hingewiesen und der Niederländer Geert Wilders (PVV) als „Statthalter der USA“ bezeichnet, aus denen heraus er mitunter finanziert werden soll.

Dieses Bild ergänzt sich dahingehend, dass nicht nur die *Vlaams Belang* (VB) ein besonderes Interesse daran hat, mit ihm zusammenzuarbeiten, sondern auch eine junge Partei aus Berlin: Im Oktober 2010 gründete René Stadtkewitz, ehemaliger Abgeordneter der CDU, im Zuge der Sarrazin-Debatte<sup>26</sup> die Partei *Die Freiheit*. Bis Januar konnten bereits 6.000 Mitgliedsanträge bearbeitet werden. Der Einfluss der Freiheit.de ist noch überschaubar, jedoch pflegt die Partei schon Kontakte zur dänischen Volkspartei (DF) und den nationalistischen Schwedendemokraten (SD).

Trotz dieser allgemein guten Vernetzung scheint das rechte Lager situations- und jahreszeitabhängig gespalten zu sein. Zu dem von der FPÖ.at veranstalteten Wiener Treffen im Oktober 2010 wurden neben den Parteien FN.fr und Ataka.bg weiterhin auch nicht die PVV.nl oder die Jobbik.hu eingeladen. Dahingegen fuhren vor allem der FPÖ.at wohlgesinnte Vertreter aus Dänemark (DF) und Italien (LN) aber auch eher zurückhaltende Delegierte aus der Slowakei (SNS) vor. Die Europaabgeordneten dieser drei nationalen Parteien haben sich im Sommer 2009 zur Fraktion EFD zusammengetan, der die FPÖ.at nicht beitreten durfte (siehe 6.2.2). Entscheidend dafür, dass die PVV.nl nicht eingeladen wurde, wird ihre Stärke unter den Fraktionslosen gewesen sein. Mit vier Abgeordneten würde sie ein deutliches Gewicht zulasten der FPÖ.at in eine eventuelle neue Fraktion einbringen. Eine Einladung der Jobbik.hu könnte am Veto der SNS.sk gescheitert sein. Die derzeitigen Großmachtsambitionen Ungarns stören die slowakischen Nationalisten, die ihre Konflikte mit der magyarischen Minderheit offen austragen, empfindlich. Außerdem ist Jobbik.hu Gründungsmitglied der AMNE und steht in enger Kooperation mit der FN.fr. Auch hier sind Rivalitäten denkbar.

In Ungarn profitiert die rechtsextreme Partei Jobbik.hu nicht nur von den durch Liberalisierung, Privatisierung und Sozialkürzungen ausgelösten sozialen Verwerfungen, sondern hält auch das Trauma des Gebietsverlust Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) wach. Das Ziel der Wiederherstellung Großungarns in den Grenzen zur Zeit der K.-u.-k.-Monarchie teilt sie mit dem Sieger der Parlamentswahlen, dem nationalkonservativen Viktor Orbán, mit dessen Partei Fidesz.hu

---

23 ebd.

24 Abgeordnete der Parteien UPyD.es, DUP.uk, Martin.at, UKIP.uk

25 Beitrag der Deutschen Welle vom 19.11.2010, <http://news.efors.eu/de/Politik/politik-rechte-nazi-netz> (Abruf 8.3.2011)

26 Sarrazin, Thilo; Deutschland schafft sich ab. DVA 2010

sie bereits seit längerem auf kommunaler Ebene zusammenarbeitet.<sup>27</sup> Immer wieder kommt es aufgrund der ungarischen Außenpolitik zu Spannungen mit den Nachbarländern. So duldet die Regierungspartei Fidesz.hu die Agitation der Jobbik.hu, die mit 12,2 Prozent die drittstärkste Fraktion bildet, die Revisionsbestrebungen zum Vertrag von Trianon von 1920 und den Benesch-Dekreten von 1945. Inwiefern es sich dabei um so Ablenkungsmanöver handelt, die im Herbst 2008 beginnende Finanzkrise erschütterte Ungarn immerhin mit als erstes, bleibt abzuwarten.

Mit Blick auf die slowakischen Nationalisten zieht Gábor Vona, Vorsitzender der Jobbik.hu, einen Vergleich zu den Magyaren Österreichs: „...warum das Burgenland kein Grund für Spannungen zwischen den beiden Staaten ist, liegt darin, dass Österreich die ungarische Minderheit nicht als Gefahr für die Einheit von Volk und Staat betrachtet.“<sup>28</sup>

Obwohl die Magyarslowaken durch die Wahl 2010 der zuvor neu entstandenen Brücken-Partei (Most-Híd) den nationalistischen Bestrebungen innerhalb der Slowakei und Ungarns eine Absage erteilten, wurde diese gemäßigte, an der Regierungskoalition beteiligte Partei bei einem Staatsbesuch Victor Orbáns ignoriert. Seine Gespräche fanden mit der außerparlamentarischen Ungarnkoalition (SMK) statt, deren Einfluss ähnlich der ebenfalls außerparlamentarischen magyarisch-nationalistischen Bürgerpartei (PCM-MPP) in Rumänien immer geringer wird.

Im rechten Spektrum ist eine engmaschige Kooperation der mittelost- und südosteuropäischen Parteien mit deutschen Rechtsparteien nicht zu erkennen. Anders die 2010 gegründete deutsche Partei *Die Freiheit*, die Anschluss auf der rechtspopulistischen Bühne Europas sucht.

## Die Einbettung deutscher Rechtsparteien 2011

Die Gruppe der gegenwärtig drei großen rechtsgerichteten Parteien in Deutschland, *Nationaldemokratische Partei Deutschland* (NPD), *Deutsche Volkunion* (DVU) und *Die Republikaner* (REP), deren Relevanz deutlich verloren hat (Abb. 1), hat seit Spätherbst 2010, durch die Gründung der Partei *Die Freiheit* in Berlin, einen Juniorpartner erhalten, der sich stark an der rechtspopulistischen Partei *Partij voor de Vrijheit* (PVV) aus den Niederlanden orientiert.

Die **NPD** (Parteityp 3) wurde 1964 gegründet. Sie ist derzeit in zwei deutschen Landtagen vertreten: In Mecklenburg-Vorpommern konnte sie mit 6 Prozent (2011) und in Sachsen mit 5,6 Prozent (2009) einziehen.

Die NPD ist führendes Mitglied des Parteienbündnisses „Europäische Nationale Front“ (ENF), in der vor allem Parteien zusammengeschlossen sind/waren, die sich direkt auf nazistische und faschistische Parteien und Bewegungen aus der Zeit zwischen 1920 und 1945 beziehen (siehe 4.4).<sup>29</sup> Die Ideologie der Partei ist auf völkischen Nationalismus ausgerichtet und lässt deutliche geschichtsrevisionsistische Elemente erkennen. Die Europäische Union wird abgelehnt.

Die **DVU** (Parteityp 2) wurde 1971/87 gegründet. Sie ist aktuell in keinem Landtag vertreten, konnte jedoch innerhalb der letzten 20 Jahre in die Landtage Bremens, Schleswig-Holsteins, Hamburgs, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs einziehen. International ist die nationalistisch ausgerichtete DVU nicht eingebunden. Der mit der NPD geschlossene „Deutschlandpakt“ verhinderte eine gegenseitige Konkurrenz auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Nach dem von der NPD als Debakel empfundenen Wahlergebnis zur 7. Europawahl 2009 wurde dieser Pakt seitens der NPD aufgekündigt. Eine 2010 zwischen beiden Parteien vereinbarte Fusion wurde im

---

27 Bundeszentrale für politische Bildung; Extremismus. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 44. 2010, S. 36

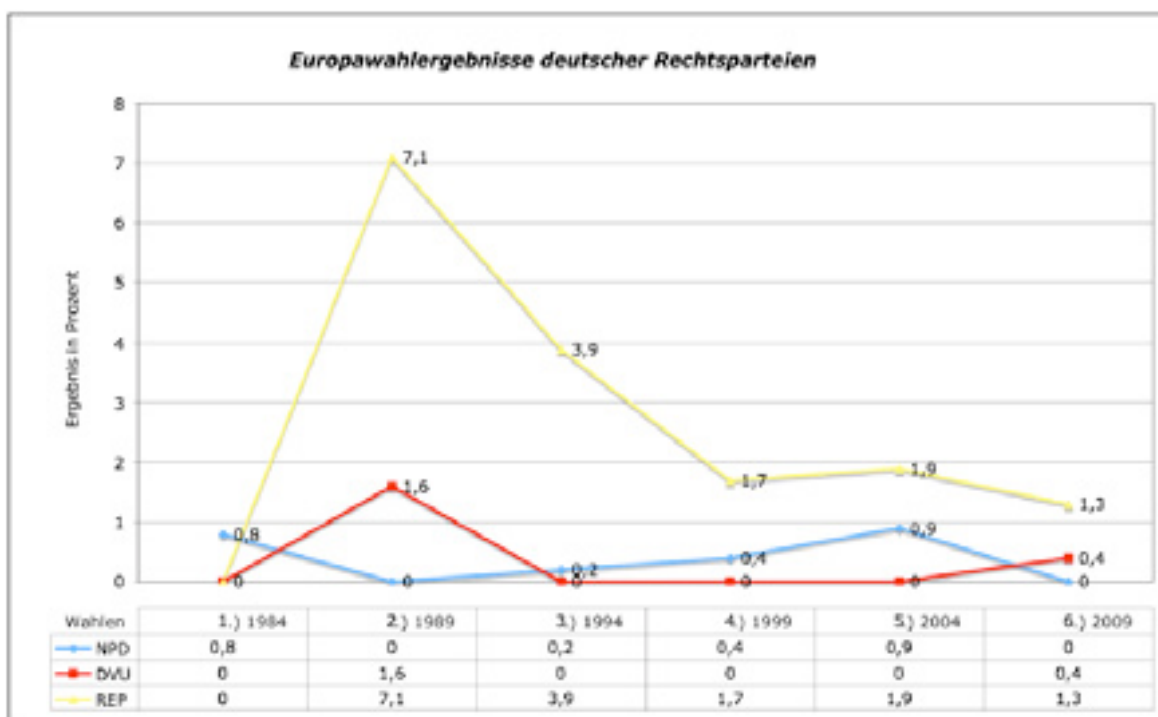
28 <http://www.jobbik.hu> (Abruf 20.2.2011)

29 Hübner, S. 68

Januar 2011 vom Landgericht München vorerst nicht bestätigt.<sup>30</sup>

Die **REP** (Parteityp 1) wurde 1983 gegründet. Derzeit ist sie in keinem Landtag vertreten. Zuletzt erreichte sie 1996 in Baden-Württemberg 14 Sitze (9,1 Prozent). Die nationalistische und fremdenfeindliche Partei bedient sich rechtspopulistischer Elemente und versucht sich mit Warnungen vor Masseneinwanderung, Islamisierung und Überfremdung als Law-and-Order-Partei zu profilieren. In der 3. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments gehörte sie zusammen mit der französischen Partei *Front National* (FN) und der belgischen Partei *Vlaams Belang* (VB) zur Fraktion der „Europäischen Rechten“ (ER).

Abbildung 1: Die Europawahlergebnisse der drei deutschen Rechtsparteien NPD, DVU und REP im Vergleich.



Die Partei *Die Freiheit* ist noch zu jung, um sie als Nachfolgerin der rechtspopulistischen *Schill-Partei* oder der islamfeindlichen *Pro Bewegung* einzustufen.

Der Berliner Abgeordnete der CDU René Stadtkewitz wurde im September 2010 aus der Fraktion ausgeschlossen, als er Geert Wilders zu einer Diskussion zum Thema „Islam als Integrationshindernis“ eingeladen hatte. Im Zuge seines Austrittes aus der CDU gründete er im Oktober 2010 Die Freiheit. Rund 6.000 Mitgliedsanfragen gingen innerhalb des ersten Quartals nach Gründung bei der Partei ein. Für Stadtkewitz ist das eine Bestätigung, mit seiner Idee von einer neuen Partei, die Interessen der Bürger vertreten zu helfen: „In einer Umfrage im Auftrag der Berliner Zeitung gaben 24 Prozent der Berliner an, sie könnten sich vorstellen, eine gegen den

30 vom 27.1.2011, <http://www.spiegel.de> (Abruf 5.2.2011)



Islam gerichtete Partei zu wählen.“<sup>31</sup>

Trotzdem möchte sich Stadtkewitz nicht als islamfeindlich verstanden wissen: „Ich habe nichts gegen Muslime. Ich trenne zwischen Muslimen, der Religion Islam und der Ideologie Islam. Die Ideologie ist gefährlich.“<sup>32</sup> Diese seine Unterscheidung lässt sich auch in der „Jerusalemser Erklärung“ nachlesen, die er nach einer gemeinsamen Fahrt auf Einladung von Eliezer Cohen, einem israelischen Rechten, im Dezember 2010 mit drei weiteren rechtspopulistischen Europäern von der österreichischen *Freiheitlichen Partei*, der *Sverigedemokraterna* und der *Vlaams Belang* unterzeichnet hatte (siehe 5.1): Stadtkewitz ersetzt den sich auf israelisches Selbstverteidigungsrecht beziehenden Satz „Wir glauben, dass dies bei gleichzeitigem Respekt gegenüber den Menschenrechten und auch den politischen Rechten der arabischen Bevölkerung möglich sein muss.“ durch „Die Anerkennung der Menschenrechte – auch die der arabischen Bevölkerung – muss selbstverständlich sein.“<sup>33</sup>

Durch die Nähe zu Geert Wilders *Partij voor de Vrijheid* (PVV) wird eine Profilierung der Freiheit auf europäischer Ebene nicht ausbleiben, so sich die Partei bei ihren ersten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 bestätigt sehen sollte. Hier erreichte sie 1 Prozent. In ihrem Programm ruft Die Freiheit auf:

- „1. gegen die ausufernde Bürokratie eines schuldenfinanzierten Staatsapparates, der unter dem Vorwand, sich um das Wohl seiner Bürger zu kümmern, ihnen immer mehr Freiheiten beschneidet;
2. gegen die nicht demokratisch legitimierte Herrschaft des Brüsseler Zentralstaates, der immer mehr Kompetenzen seiner Mitgliedsländer an sich reißt;
3. gegen die Ausbreitung totalitärer Ideologien, insbesondere den politischen Islam.
4. Wir sind für die Ergänzung des parlamentarischen Systems durch verbindliche Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie für die Direktwahl wichtiger Amts- und Entscheidungsträger.“<sup>34</sup>

### **3.3 Nationale Wahlergebnisse rechter Parteien nach der 7. Europawahl 2009**

Das Jahr nach der 7. Europawahl am 7. Juni 2009 kann als Jahr des Wahlmarathons der nationalen Parlamente angesehen werden. Allein 2010 waren die Bürger von acht der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) aufgerufen, ihre künftigen Volksvertreter zu ermitteln.

In einem Zeitraum von 7. Juni 2009 (Luxemburg) bis 17. April 2011 (Finnland) wurden zusammen gerechnet 3266 Sitze in 14 Parlamenten auf das politisch vielfältige Spektrum neu aufgeteilt. Infolge dessen wurden insgesamt 5,9 Prozent, 194 Sitze, an rechtsgerichtete Abgeordnete vergeben. Bezogen auf diese 14 Parlamente ist das ein Plus von 94 Sitzen.<sup>35</sup>

Die Ergebnisse der Sommer-Wahlen 2011 in Portugal, Dänemark und Lettland werden in Punkt 3.3 lediglich näher beschrieben, wobei die Portugiesen und Letten von ihrem eigentlichen Turnus abweichend wählen ließen. Während in Dänemark Stimmverluste hingenommen werden mussten, konnten die portugiesische Volkspartei (CDS-PP) und die lettische Nationalallianz (VL-TB/LNNK)

---

31 in Der Spiegel 1/2011. Der deutsche Geert.

32 in Der Spiegel 1/2011. Der deutsche Geert.

33 <http://www.diefreiheit.org> (Abruf 5.2.2011)

34 <http://www.diefreiheit.org> (Abruf 5.2.2011)

35 Schwankungen von  $\pm 1$  Sitz möglich, einfache Rechnung nach Auszählung

jeweils Sitze gewinnen.

In den übrigen Ländern verloren Parteien, wie die belgische *Vlaams Belang* (VB) oder die slowakische *Slovenská Národná Strana* (SNS) deutlich an Zustimmung, verblieben jedoch in den nationalen Volksvertretungen (Abb. 2). In Griechenland, den Niederlanden oder Ungarn hingegen wuchs die Zahl der rechten Abgeordneten leicht oder konnte sich, wie in Schweden, ganz neu einbringen. In Finnland erzielte die Partei der rechtspopulistischen Basisfinnen, *Perussuomalaiset* (PS), ein gewaltiges Plus: Sie sprang von 4,1 Prozent im Jahr 2007 auf 19,1 Prozent.

Abbildung 2: Rechtspopulisten in den nationalen Abgeordnetenhäusern Europas.<sup>36</sup>



Auch in den Nicht-EU-Ländern Norwegen und Schweiz sind Rechtsparteien im Parlament vertreten. Im hohen Norden ist seit 2009 die rechtspopulistische *Fremskrittspartiet* mit 23 Prozent zweitstärkste, in den Alpen seit 2011 die nationalkonservative *Schweizer Volkspartei* mit 29 Prozent stärkste Kraft.

## Die Wahlen 2009 – Luxemburg, Portugal, Griechenland, Bulgarien

36 bearbeitete und erweiterte Spiegel-Online-Grafik vom 18.4.2011

Unterschiede bei ehemaligen nationalkonservativen Mitgliedern der Europapartei AEN aus Luxemburg und Portugal. Rechtsextreme Griechenlands legen zu, die Bulgariens bleiben konstant.

**Luxemburg** – Mit den nationalen Wahlen im Juni 2009 konnte die nationalkonservative Partei Alternativ Democratesch Reform (ADR) vier ihrer ehemals fünf Sitze im 60-köpfigen Parlament halten. Die ADR war Mitglied in der ehemaligen Europapartei „Allianz für ein Europa der Nationen“ (AEN). Im Europäischen Parlament ist sie nicht vertreten.

**Portugal** – Auch die nationalkonservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) gehörte der ehemaligen Europapartei AEN an. Im Vergleich zur Wahl 2005 erreichte sie mit den nationalen Wahlen 2009 ein Plus von 9 Sitzen und kann dadurch als drittstärkste Fraktion nach Sozialisten (PS) und Sozialdemokraten (PSD) 21 von 230 Abgeordneten stellen. Im Europäischen Parlament gehört die CDS-PP seit der Europawahl 2009 der Fraktion EVP an.

Die rechtsextreme Partido Nacional Renovador (PNR), die in den beiden rechten Parteibündnissen ENF und AMNE (siehe 4) vertreten ist, erreichte 0,30 Prozent. Das Ergebnis weist keine wesentlichen Sprünge seit der Parteigründung 1999 auf. Auch bei der Europawahl 2009 erhielt sie nur 0,37 Prozent der Zustimmung. Die PNR setzt sich für ein „Europa der Nationen“ ein und gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

**Griechenland** – Die nationalistische Partei Laikós Orthodoxos Synagermós (LAOS) gehört zum Parteytyp 2. Neun von zehn illegalen Migranten kommen nach Angaben<sup>37</sup> der europäischen Grenzkontrollbehörde Frontex über Griechenland in die EU. Unmittelbar im Vorfeld der 7. Europawahl 2009 kam es in Athen zu rechtsradikalen Ausschreitungen<sup>38</sup> gegen Migranten. Während die neo-nazistische Partei Chrysi Avgi, die Morgenröte, bei den nationalen Wahlen 2009 im Herbst keine nennenswerten Ergebnisse erzielen konnte, erhielt die LAOS, die Völkisch-Orthodoxe, 15 von 300 Sitzen im griechischen Parlament. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 ist das eine Verbesserung um 100 Prozent. Sie ist Teil der Opposition. Bestrebungen der LAOS sind vor allen Dingen einen Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern, Mazedonien nicht anzuerkennen sowie die Europäisierung des Landes und die daraus folgenden Globalisierungsprozesse zu stoppen. Aufgrund der Verbundenheit zum orthodoxen Christentum findet eine starke Anlehnung an Serbien und Russland statt. Im Europäischen Parlament ist sie mit 2 Sitzen in der Fraktion EFD Vertreten.

**Bulgarien** – Die rechtsextreme Partei Ataka gehört zum Parteytyp 2. Den Namen seiner rechtsextremen Partei entlehnte der Journalist und Moderator Volen Siderov seiner Talkshow, in der er die politische Korruption sowie die Probleme mit ethnischen Minderheiten thematisierte. In der Stichwahl für das Präsidentenamt 2006 unterlag der Parteivorsitzende. Bei den Wahlen 2009 erzielte die Partei 21 von 240 Parlamentssitzen. Danach reichte sie einen Entwurf für eine „Resolution zur Verurteilung des Genozides an den Bulgaren im Osmanischen Reich im Zeitraum von 1396 bis 1913“ ein. Die auch von der Ataka tolerierte Minderheitsregierung unter Premierminister Bojko Borissov (GERB) ist der damit im Zusammenhang stehenden Idee eines Denkmalprojektes nicht abgeneigt. Der Europaabgeordnete Dimitar Stoyanov fiel seiner Roma feindlichen Äußerungen gegenüber einer ungarischen Romni und Europaabgeordneten auf.

Die Ataka steht der europäischen Integration ablehnend gegenüber. Zu den Zielen gehören, die Verträge mit der Europäischen Union neu auszuarbeiten und zu verhandeln sowie dabei Unternehmenstätigkeiten und Bankenwirtschaft auf bulgarische Interessen auszurichten. Darauf

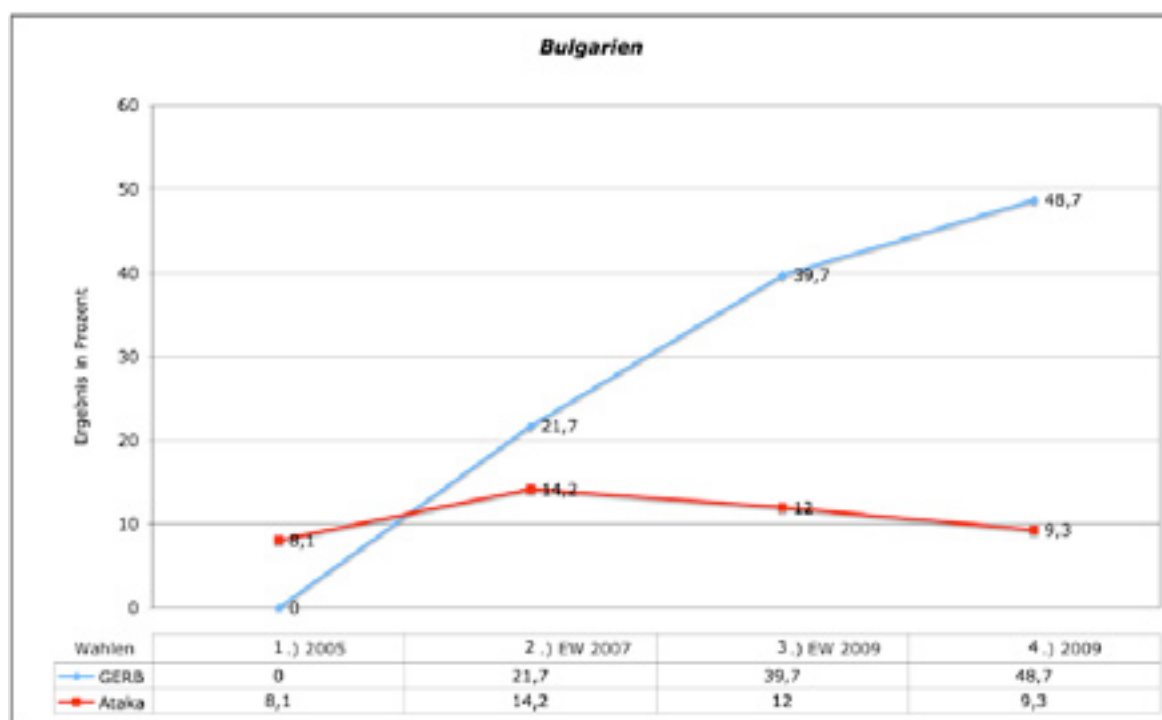
---

37 vom 10.11.2010, <http://www.dw-world.de> (Abruf 30.1.2011)

38 durch Anhänger der rechtsextremen Partei *Chrysi Avgi*, <http://www.taz.de> vom 10.5.2009 (Abruf 30.1.2011)

lassen sich auch die Erfolge bei der Europa-Nachwahl 2007 und das nahezu konstante Wahlergebnis zur 7. Europawahl 2009 zurückführen (Abb. 3). Ähnlich dem nur minimal abweichenden Resultat bei der nationalen Wahl zeigt die beständigen Ressentiments gegenüber ethnischen Minderheiten wie Roma und Turko-Bulgaren. Bulgarien gilt seit seinem Beitritt zur Europäischen Union als das Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil. Von den 8 Mio. Einwohnern bekennen sich etwa 1 Mio. (12 Prozent) zum Islam. Die Ataka ist gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

Abbildung 3: Die Ergebnisse der nationalen und europäischen Wahlen für die konservative Partei GERB und die rechtsextreme Partei Ataka im Vergleich



Dagegen findet die pro-europäische Politik der konservativen GERB einen Konsens für die breite Gesellschaft Bulgariens. Die Ideen der *Ataka* werden berücksichtigt. So bestätigte die *Ataka* im Januar 2011 Borissov im Amt, nachdem er die Vertrauensfrage (Abhörskandal) gestellt hatte. Laut Angaben von Vorsitzendem Volen Siderov unterstützte *Ataka* allgemein die Regierung Borissovs, weil „sie als Alternative gilt, eine Revanche für jene zu sein, die Bulgarien bisher schlecht regiert hätten.“<sup>39</sup> Zwar stehen im Herbst 2011 die Präsidentenwahlen an, jedoch wiegen diese Worte mit Blick auf einen generell zunehmenden Rechtsruck der politischen Mitte schwer, der, mit Bezug auf ein politisches Beratungsgespräch in der Hanns-Seidel-Stiftung, eher unerschwellig zu verlaufen scheint. Denn darin heißt es, dass „den führenden GERB-Politikern davon abgeraten (wurde), ein

39 vom 21.1.2011, <http://bnr.bg> (Abruf 30.1.2011)

politisches Abkommen für die parlamentarische Unterstützung mit der nationalistischen Partei *Ataka* zu unterzeichnen, weil ein solcher Akt keinesfalls von den bürgerlichen Kräften in Europa akzeptiert würde.“<sup>40</sup>

Die GERB wurde 2006, ein Jahr nach der *Ataka*, gegründet und gehört seit 2009 der Fraktion EVP des Europäischen Parlamentes an. Die *Ataka* ist hier mit 2 fraktionslosen Abgeordneten vertreten.

---

40 Sonderbericht Bulgarien Nr. 100127, <http://www.hss.de> (Abruf 5.2.2011)

## Die Wahlen 2010: Belgien, Lettland, Niederlande, Schweden, Slowakei, Ungarn, U. K.

Rechte Parteien Belgiens, Lettlands, der Slowakei steigen ab, die der Niederlande, Schwedens und Ungarns bekommen Zuspuch. Britische Nationalisten holen auf.

**Belgien** – Im flämischen Teil Belgiens gewann 2010 die separatistische Mitte-Rechts-Partei Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA). Mit 17,4 Prozent bildet sie die stärkste belgische Fraktion. Im wallonischen Teil Belgiens gewann die Parti Socialiste (PS). Mit 13,7 Prozent bildet sie die zweitstärkste belgische Fraktion. Dagegen verloren die nationalistischen Parteien beider Seiten an Zuspuch.

Während die wallonische Front National (FN, Parteytyp 2) ihren einen Sitz gänzlich verlor und auch nicht im Europäischen Parlament vertreten ist, sank auch die Wählergunst für die Vlaams Belang (VB, Parteytyp 2). Diese konnte 2010 mit 7,7 Prozent an ihre vorherigen Ergebnisse 2007 (11,9 Prozent) sowie bei der Europawahl 2004 (14,3 Prozent) nicht mehr anknüpfen. Neben wiederholter Kritik an der Immigrationspolitik bleibt ein zentraler Programmpunkt ihre Forderung nach einem unabhängigen flämischen Staat. Deshalb richtet sich die Politik nicht nur gegen Ausländer, sondern auch auf eine geographische Segregation entlang der flämisch-wallonischen Sprachgrenze. Nach Auffassung der VB würde „Wallonien keine Wohlfahrtsgewinne für seine Gemeinschaft aufbringen, sondern nur auf Kosten des Gesamtstaates leben.“<sup>41</sup> Sie will - ähnlich der italienischen Lega Nord (LN) - das Europäischen Parlament als Forum zur Verwirklichung ihrer separatistischen Ziele. Hier bekleidet sie 2 der insgesamt 22 belgischen Sitze in der Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten.

Die europaskeptische Partei Lijst Dedecker (LDD, Parteytyp 1) verlor ebenfalls. Mit einem Sitz bleibt sie nach den Wahlen im Juni 2010 im belgischen Repräsentantenhaus. Gegenüber 2007 hatte sie 4 Sitze verloren und erreichte nur 6,5 Prozent. Im Senat ist die Partei nicht mehr vertreten.

Die Interessen der LDD werden von Derk Jan Eppink, einem ehemaligen Beamten der Europäischen Kommission, vertreten. Seit 2009 hat er selbst den einzigen LDD-Sitz im Europäischen Parlament inne (2004: 0 von 22). Seine Kritik an Europa hält er in seinem Buch „Europese mandarijnen (2007)“ fest. Derk Jan Eppink ist Schatzmeister der AECR nahen Stiftung New Direction. Die belgische Institution Libera<sup>42</sup> ist in der Think-tank-Struktur der AECR nahen Stiftung New Direction vertreten (siehe 5.2).

**Lettland** – Die nationalkonservative Partei Tevzemei un Brivibai/LNNK<sup>43</sup> (Vaterland und Freiheit) gehört zum Parteytyp 1. Von den 100 Sitzen des 10. lettischen Parlaments, des Saeima, fallen 62 auf Valdis Dombrovskis' Mitte-Rechts-Koalition. Während der Finanzkrise trat die lettische Regierung im Februar 2009 geschlossen zurück. Als viertes Koalitionsmitglied gehörte ihr auch die TB/LNNK an, die nach den Wahlen 2010 auf der nationalen Ebene eine untergeordnete Rolle spielt. Sie ist mit 2 Sitzen vertreten und bildet zusammen mit den 6 Sitzen der Partei Visu Latvijai (Alles für Litauen) eine Fraktion der nationalen Allianz (7,7 Prozent).

Während der Parteivorsitzende Robert Zile sich 2009 den Vorwürfen der britischen Presse stellen musste, die TB/LNNK hätte mit einem Gesetzesvorschlag lettischen SS-Veteranen Vergünstigungen einräumen lassen wollen<sup>44</sup>, zog seine ehemalige Kollegin Inese Vaidere, mit der

---

41 Riedel, Sabine; Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte u. Gegenstrategien vor d. Europawahlen 2009. Stiftung für Wissenschaft und Politik 2008, S. 17

42 <http://www.lib-era.be> (Abruf 10.2.2011)

43 *lettisch*: Latvija Nacionalas Neatkaribas Kustiba (Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung), 1988 bis 1997

44 Stellungnahme vom 2.10.2009, [www.guardian.co.uk/profile/roberts-zile](http://www.guardian.co.uk/profile/roberts-zile) (Abruf 31.1.2011)

er von 2004 bis 2009 in der Fraktion UEN arbeitete, für die Zivilunion (PSa), und damit in die Fraktion EVP in Straßburg ein. Hier blieben der TB nach den Wahlen 2009 einer von 8 Sitzen (2004: 4 von 9 Sitze).

**Niederlande** – Die von Geert Wilders 2005 gegründete islamkritisch/-feindliche Partij voor de Vrijheit (PVV) gehört zum Parteityp 1. Mit 15,5 Prozent ist sie 2010 drittstärkste Fraktion und toleriert nach viermonatigen Verhandlungen schließlich eine rechtsliberal-christdemokratische Minderheitskoalition.

Das Hauptthema der Partei ist der (ideologisierte) Islam, zu dessen Bekämpfung sie aufruft. Die PVV gilt als Nachfolgerin der Lijst Pim Fortuyn, die bei den Wahlen 2002 auf Anhieb 17 Prozent erreichen konnte. Es handelt sich dabei um das höchste Ergebnis, was eine neue Partei jemals erreichte. Geert Wilders lag mit seinem ersten Wahlergebnis 2006 auf nationaler Ebene deutlich darunter, konnte mit den 5,9 Prozent jedoch neun Sitze in der Volksvertretung erzielen, obwohl die PVV nur eine Einmannpartei ist. Geert Wilders begründete diesen ungewöhnlichen Fakt als Vorsichtsmaßnahme, um eine Unterwanderung unmöglich zu machen. Es wird aber eine vorsichtige Öffnung in Erwägung gezogen. Im September 2009 machte die PVV mit einer „Kopvoddentaks“ (dt. „Kopflumpenabgabe“, Kopftuchsteuer) auf sich aufmerksam, die von den anderen nationalen Fraktionen nicht weiter aufgegriffen wurde.

Geert Wilders hat Vorbildfunktion für den Deutschen René Stadtkewitz (Die Freiheit). Geert Wilders kündigte an, Stadtkewitz' Partei unterstützen zu wollen und in seine „Geert Wilders International Freedom Alliance“ zu integrieren (siehe 5). Bei ihrer ersten Europawahl 2009 konnte die PVV mit 17 Prozent vier Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Sie stellt damit die größte Gruppe unter den Fraktionslosen. Eine neu zugrundende rechts-Fraktion würde durch die PVV teilweise dominiert werden.

Die beiden europaskeptischen Parteien: Christen-Union (CU) und Calvinisten-Partei (SGP) sind 2010 für die nationale Volksvertretung ebenfalls bestätigt worden. Die CU ist in beiden niederländischen Kammern mit 4 von 75 sowie 5 von 150 (2006: 6 von 150) vertreten. Ihre Ziele sind stark religiös gefärbt. Die SGP konnte ihre jeweils zwei Sitze in beiden niederländischen Kammern halten. Aufgrund der „verschiedenen Bereiche für Männer und Frauen in der Gesellschaft“ sollte 2006 ein Mitgliedsverbot für Frauen in der calvinistischen, bibeltreuen, christlich-fundamentalistischen SGP ausgesprochen werden. Außerdem macht sich die Partei für eine Wiedereinführung der Todesstrafe stark. Bereits bei der Europawahl 2009 wurden ihre jeweils einen Sitze bestätigt, doch wurde ihre Zusammenarbeit mit der Auflösung der gemeinsamen Fraktion Ind/Dem und dem Wechsel in die ECR sowie die EFD beendet.

**Schweden** – Die nationalistische Partei *Sverigedemokraterna* (SD) gehört zum Parteityp 1. Sie entstand 1988 in der Neonazi-Szene. Ganz deren Credo „Bewahrt Schweden schwedisch“ beruft sich der ursprünglich aus der konservativen Partei Centerpartiet stammende Parteivorsitzende Jimmie Akesson auf die dänische Volkspartei (DF) und deren Kopf Pia Kjaersgaard, der seit 2001 als Mehrheitsbeschaffer für die Kopenhagener Mitte-Rechts-Regierung entscheidenden Einfluss auf die Ausländerpolitik hatte. Dass in Dänemark die härtesten Zuwanderungsbedingungen in Westeuropa gelten und weiter ausgebaut werden, wird Pia Kjaersgaard zugeschrieben.

Bei den Wahlen 2010 gelang die SD das erste Mal der Einzug in das nationale Parlament (Abb. 4), in dem sie 20 von 349 Sitze (5,7 Prozent) bekleidet. Im Vorfeld soll sie von der English Defence League<sup>45</sup>, einer islamkritischen Organisation, beraten worden sein<sup>46</sup>. Während der 7. Legislatur-

45 <http://englishdefenceleague.org> (Abruf 15.3.2011)

46 [www.telegraph.co.uk/news/6284184/The-English-Defence-League-will-the-flames-of-hatred-spread.html](http://www.telegraph.co.uk/news/6284184/The-English-Defence-League-will-the-flames-of-hatred-spread.html) (Abruf

periode des Europäischen Parlaments sind sie in Straßburg nicht vertreten.

Abbildung 4: Entwicklung der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna).



Die rechtsextreme Partei *Nationaldemokraterna* gehört zum Parteityp 2. Über die drei letzten Wahlperioden verteilt, verlor sie kontinuierlich an Zustimmung (2002: 0,17 | 2006: 0,06 | 2010: 0,02 Prozent). Sie ist ebenfalls nicht im Europäischen Parlament vertreten, dafür aber Mitglied im rechten Parteibündnis AMNE.

**Slowakei** – Die nationalistische Partei *Slovenská Národná Strana* (SNS) gehört zum Parteityp 1. Neben der allgemeinen öffentlichen Präsentation rechten Gedankenguts werden die Beschimpfungen aus den Reihen der SNS gegenüber der größten ethnischen Minderheit, den Magyaren, vordergründig auch auf deren ähnlich starkes Wählerpotential zurückzuführen sein (Abb. 5). Magyaren und Roma zählen mit 9,7 und 1,7 Prozent der insgesamt 5,4 Mio. Staatsbürger zu den beiden größten der elf Minderheitsgruppen, die anhand einer 2001 durchgeführten Volkszählung mittels Kultur- und Sprachzugehörigkeit ermittelt wurden. Die übrigen Gruppen liegen in Bereichen um 0,1 Prozent. In der Verfassung sind noch keine Regelungen für Status oder Umgang mit ethnischen Minderheiten verankert. Während die Roma allgemein als „Sündenböcke“ erhalten, sieht die SNS in den Magyaren, die seit 2010 erneut an der Regierungskoalition beteiligt sind, eine Bedrohung der slowakischen Nationalstaatlichkeit. Dahingehende Sorgen werden durch das neue Doppel-Staatsbürgergesetz des Nachbarlandes Ungarn geschürt.

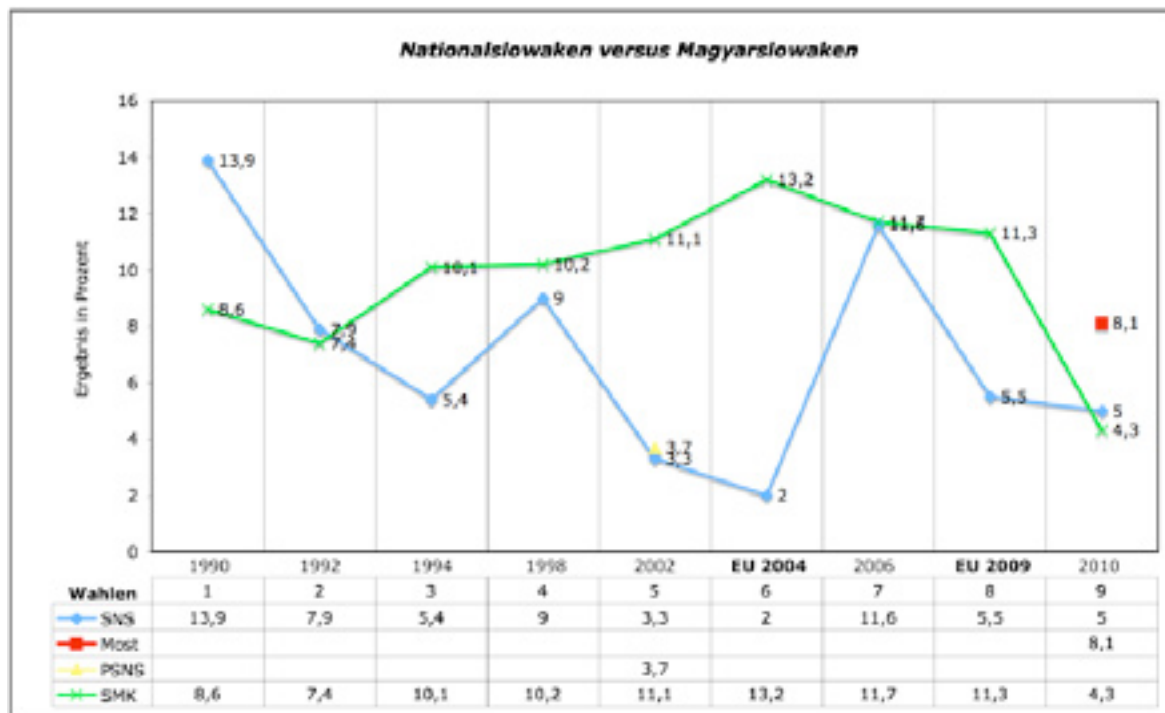
Die SNS bildete von 2006 bis 2010 zusammen mit den Sozialdemokraten (SMER) und den Nationalkonservativen (HZDS) eine Regierungskoalition – ohne ihren Parteivorsitzenden Ján Slota. Parteiinterne Konflikte veranlassten ihn, sich 2002 mit einer neu formatierten Partei Die Wahre SNS (PSNS) an den Wahlen zu beteiligen. Erst nach erneuter Vereinigung beider, konnten wieder



Sitze im nationalen Parlament erzielt werden.

Treibende Kraft der Magyaren ist Béla Bugár, der Brückenbauer<sup>47</sup>, dessen Ungarnbund (SMK) sich bereits zwei Mal, 1998 und 2002, an der Regierungskoalition beteiligen konnte. Die nationalistischen Bestrebungen der SMK veranlassten den gemäßigten Politiker 2009 schließlich zur Gründung der neuen Partei *Most-Híd* (slowak. Brücke, ungar. Brücke), mit der er seit der Wahl 2010 ein drittes Mal in der Regierung vertreten ist. Nach Bugárs Annahmen sei das extrem niedrige Wahlergebnis für die SMK auf die massive Unterstützung und Vereinnahmung seitens Ungarns, des Premierministers Viktor Orbán und der *Fidesz* zurückzuführen.

Abbildung 5: Vergleich der Wahlergebnisse zwischen den slowakischen Nationalparteien (SNS/PSNS) und den slowakisch-magyarslowakischen Minderheitsparteien (SMK, Most-Híd).



Im slowakischen 150 Sitze zählenden Parlament entfallen 9 Sitze auf die SNS und 14 Sitze auf die *Most-Híd*. Von den 13 slowakischen Mandaten im Europäischen Parlament können einer von den Nationalisten und 2 von der Brücke-Partei bekleidet werden.

**Ungarn** – Die Sozialisten (MSZP), Träger der Minderheitsregierung seit 2006, verloren 30 Prozentpunkte, zogen jedoch mit 19 Prozent wieder in das Parlament ein (Abb. 6). Hier stellt die nationalkonservative *Fidesz* die Zwei-Drittel-Mehrheit, die von ihr immer offen angestrebt wurde. Neue Gesetze können allein durchgesetzt, Vorschriften der Vorgängerregierungen problemlos geändert sowie der Regierungspartei umfangreichen Handlungsfreiraum gewährleistet werden. Gefahren für das Land drohen dahingehend, dass das Parlament seine Funktion verliert.

Die Tradition der *Fidesz* reicht bis 1988 zurück, als sechs Studenten, unter ihnen Victor Orbán, sie als „Bund junger Demokraten“ gründeten. Ende der 1990er Jahre nahm die Partei Ideen und

47 am 29.6.2010, <http://www.presseeurop.eu> (Abruf 6.2.2011)

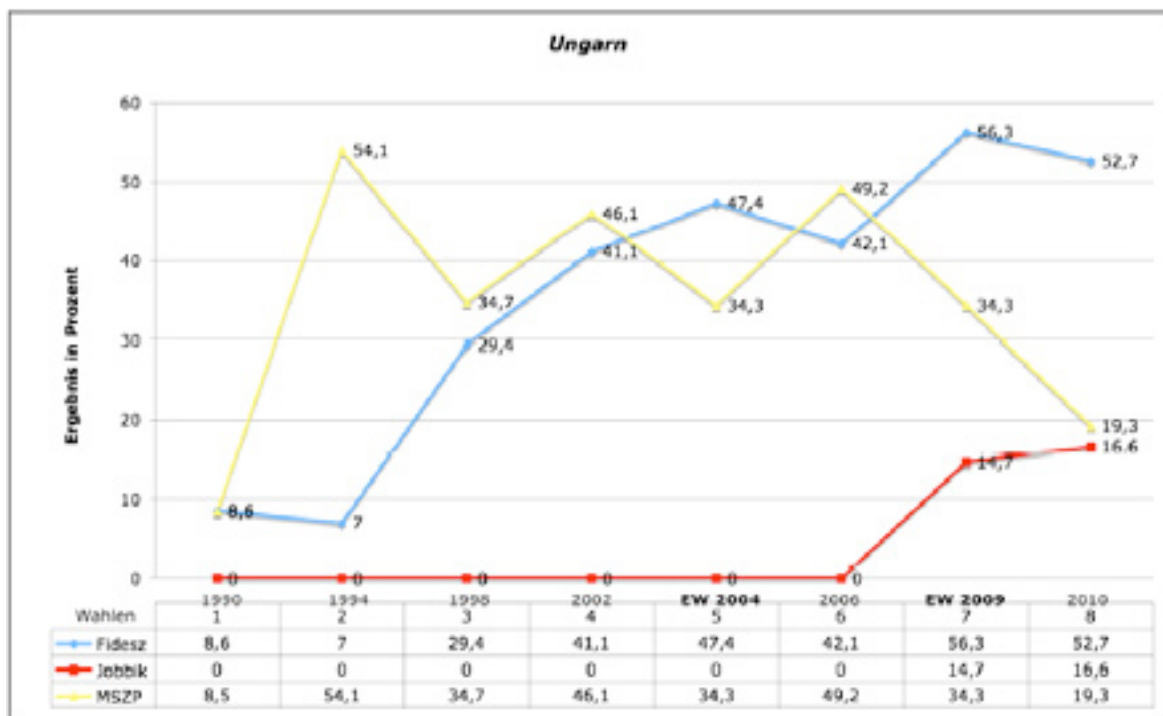
Positionen des starken konservativ-wirtschaftsliberalen Demokratieforschums (MDF) an, das seit 1990 mit 24,7 Prozent, 2006 mit 5 Prozent und 2010 mit 2,6 Prozent kontinuierlich an Stimmen verlor und damit nicht mehr im nationalen Parlament, jedoch mit einem Sitz in der Fraktion ECR des Europäischen Parlaments vertreten ist.

In den Jahren zwischen 2000 und 2003 stand Orbán der *Fidesz* nicht vor. In der übrigen Zeit konnte er in ihr rechts-konservative Positionen zusammen mit pro-kirchlichen, pro-familiären, autoritären und nationalistischen Werten ausbauen. Dass er kaum an einer gemäßigten Rhetorik interessiert ist, bewies er bei seinem Staatsbesuch in Bratislava im Dezember 2010.<sup>48</sup> Hier verzichtete er auf Gespräche mit der gewählten magyarslowakischen Regierungspartei *Most-Híd*, traf sich stattdessen mit dem außerparlamentarischen Ungarnbund (SMK) und sorgte damit für weitere Spannungen mit dem nördlichen Nachbarland.

Innerhalb seines ersten Regierungsjahres, wurden Stimmen laut, dass Orbán auf demokratischem Wege an die Macht gekommen sei, jedoch alle klassischen Instanzen der demokratischen Kontrollen schongeschwächt, abgeschafft oder unter Kontrolle der Regierung gebracht habe.<sup>49</sup> Das bestätigt sich durch das neue Mediengesetz. In einem seiner Gesetzesentwürfe wurde diesbezüglich sogar die Möglichkeit zur Wiedereinführung der Monarchie offen gehalten, indem eine künftige Nennung der Staatsform unterbliebe.

Zusammen mit der rechtsextremen Partei *Jobbik* tritt die *Fidesz* für eine Revision des Pariser Vorortvertrages von Trianon von 1920 ein. Eine Rückkehr zur Monarchie soll laut Verfassungsänderung offen bleiben und möglich sein können.

Abbildung 6: Die Entwicklung der Nationalkonservativen (F), der 2007 gegründeten Rechtsextremisten (J) und der Sozialisten (M) Ungarns.



48 in Pravda, 16.12.2010: Most-Híd während Staatsbesuch zugunsten außerparlamentarischer SMK ignoriert

49 www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Ungarns-Regierung-schafft-die-Demokratie-ab/story/15440241 (Abruf 30.8.11)

Die Partei *Jobbik Magyarországért Mozgalom*<sup>50</sup> gehört zum Parteityp 3 und stellt gegenwärtig die drittstärkste Fraktion nach der MSZP. Mit der *Jobbik* ist in Ostmitteleuropa der Rechtsextremismus am dynamischsten: Im Gegensatz zu anderen europäischen Rechtsparteien, die die Grundfesten der europäischen und nationalen Ordnung lediglich beeinflussen möchten, ist die *Jobbik* daran durchaus interessiert, ein neues System, mit einer neuen Ideologie zu schaffen. Die Partei sieht sich als Vertretung nationaler Interessen. In einem Interview spricht der Vorsitzende Gábor Vona von Elitenbildung: „...aber seit damals haben wir keine nationale Elite mehr, in den fünf Jahrzehnten des Kommunismus hatten wir eine internationalistische und heute haben wir eine globalistische Elite, und keine von beiden war fähig und willens, die nationalen Interessen (Ungarns) zu vertreten.“<sup>51</sup>

Zu der Partei gehört seit 2007 die paramilitärische Organisation „Ungarische Garde“, die 2009 nach Auflösung durch Gerichtsbeschluss als „Neue Ungarische Garde“ wieder gegründet wurde. Partei und Garde werden von Gábor Vona in Personalunion geleitet. Diese Organisation versucht sich als Gendarmerie in kleinen Ortschaften zu etablieren und hält regelmäßig Aufmärsche ab. In ihrem Erscheinungsbild sind deutliche Zeichen der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler von 1944/45 zu erkennen. Die Farbenzusammenstellung geht auf das großungarische Reich von Stephan I. zurück. Die Agitation der Garde richtete sich vor allem gegen die nördlich und nordöstlich lebenden Roma (Antiziganismus).

Seit der Finanzkrise im Herbst 2008 und den damit in Verbindung stehenden Sparmaßnahmen der MSZP wird auch das alte Feindbild vom „reichen Juden“ wieder propagiert. Der Schutz ungarischen Bodens vor ausländischen Investoren und Spekulanten ist eines der Hauptanliegen von *Jobbik*.<sup>52</sup> Vorwürfe zum Antisemitismus werden umgedeutet: Wie eine Talkmasterin wandert *Jobbik*-Zugpferd Krisztina Morvai mit dem Mikrofon durch die Reihen der Zuhörer, warnt im Plauderton vor dem Ausverkauf Ungarns an Israel und die EU. Antisemitisch sei *Jobbik* keineswegs, versichert die Europaparlamentarierin (...) aber wir gehen auf die Leute zu und hören hin, was ihre Probleme sind.<sup>53</sup>

Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 gewann *Jobbik* einen Bürgermeisterplatz im Nordosten des Landes, wo sie sich als zweitstärkste Kraft nach der *Fidesz* und vor den Sozialisten behaupten konnte.

Im Europäischen Parlament von 2009 bekleidet die *Fidesz* 14 Sitze in der EVP-Fraktion, während die *Jobbik* mit 16,7 Prozent 3 Fraktionslose stellt.

**United Kingdom** (U. K.) – Die Ergebnisse der englischen Parteien sind aufgrund der unterschiedlichen Wahlrechte schwer vergleichbar. Die Wahlen für London werden mittels Mehrheits-, die für Straßburg mittels Verhältniswahlrecht bestimmt.

Nach den nationalen Wahlen 2010 wurden die meisten Stimmen für die Parteien *Conservatives*, *Labour*, *Liberals*, *U. K. Independence Party* (UKIP) und *British National Party* (BNP) abgegeben, von denen aber nur die ersten drei in das House of Commons in London einzogen.

Mit der Europawahl 2009 konnten auch die europaskeptische UKIP und die rechtsextreme BNP Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Von den hier vertretenen acht britischen Parteien ist die UKIP nach den *Conservatives* die zweistärkste Vertretung, die BNP belegt den sechsten Platz.

Die rechtsextreme Partei BNP gehört zum Parteityp 3. Seitdem 1999 Nick Griffin Parteivorsitzender ist, wird versucht die rechtsextreme Partei nach dem Vorbild der populistisch

---

50 deutsch: Bewegung für ein besseres/rechteres Ungarn

51 <http://www.jobbik.hu> (Abruf 20.2.2011)

52 <http://www.tagesschau.de> (Abruf 27.2.2011)

53 vom 9.4.2010, <http://www.die-welt.de> (Abruf 27.2.2011)

agierenden französischen Rechtspartei *Front National* (FN) aufzubauen. Bereits nach der Jahrhundertwende konnte die BNP erste Gemeinderatssitze erwerben, erreichte bei den nationalen Wahlen 2010 jedoch nur 1,9 Prozent der Zustimmung und damit keinen Sitz in London. Trotzdem verbesserte sich das Ergebnis im Vergleich zu den nationalen Wahlen 2005 um 1,2 Prozentpunkte und drei Rangplätze (Abb. 7). Dass sie bei den Kommunalwahlen 2006 im Londoner Stadtteil Barking-and-Dagenham 12 von 51 Stadtratssitzen gewann, wird auf dessen Struktur als „Arbeiterviertel“ zurückgeführt. Im Zensus von 2001 wurden in diesem Stadtteil etwa 164.000 Einwohner inklusive 7 Prozent Schwarzafrikanern<sup>54</sup> und 5 Prozent Südasiaten registriert. Die BNP machte sich mit dem Fortgang des Autoherstellers Ford 2002 die endgültige Deindustrialisierung des Viertels zu Nutzen. Jedoch verlor die Partei 2010 bei 14,6 Prozent Stimmenanteil alle 12 Sitze.

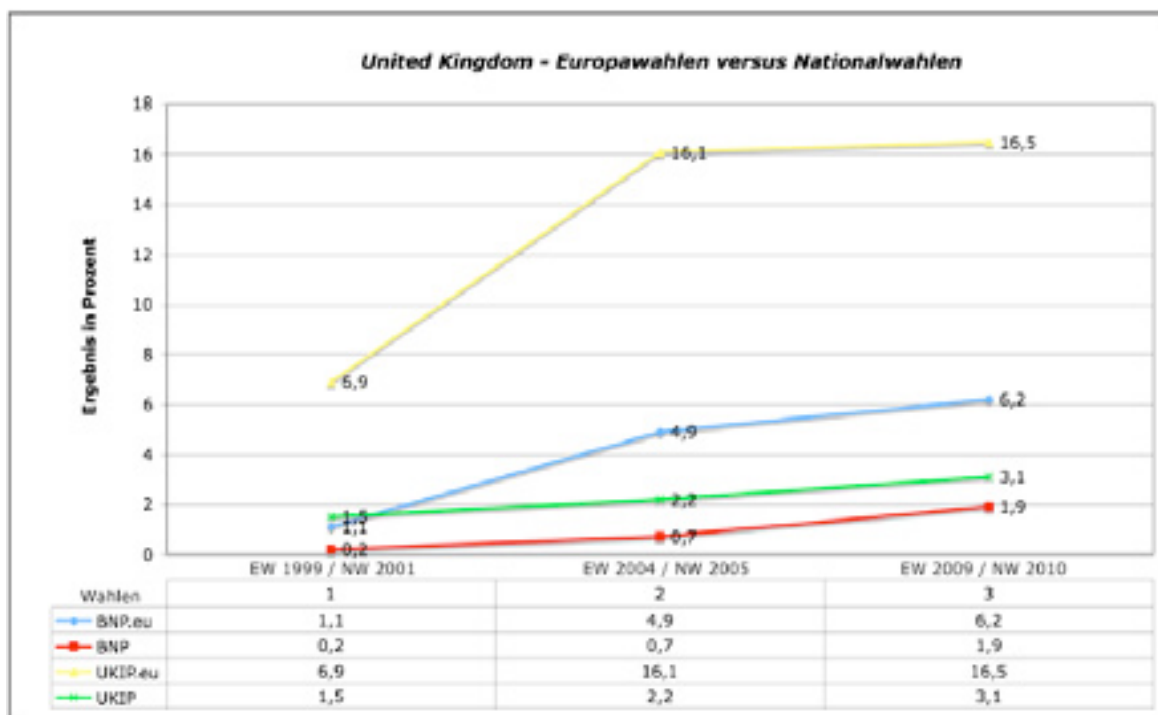
Im Europäischen Parlament gehören die 2 BNP-Abgeordneten keiner Fraktion an (2009: 6,2 | 2004: 4,9 Prozent).

Erfolge kann die europaskeptische und nationalkonservative UKIP nur auf europäischer Ebene vorweisen. Obwohl Nigel Farage seit November 2009 nicht mehr Vorsitzender der UKIP ist, konnte sich die Partei bei den nationalen Wahlen 2010 zum House of Commons im Vergleich zu den nationalen Wahlen 2005 um 0,9 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent verbessern und ihren vierten Rangplatz halten. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts erhielt sie in London keine Sitze. In Straßburg arbeiten 13 UKIP-Abgeordnete in der Fraktion EFD, während die *Conservatives* mit 25 Sitzen in der Fraktion ECR vertreten sind. Beide europaskeptischen Fraktionen werden somit maßgeblich britisch dominiert. Das Hauptziel der UKIP auf europäischer Ebene ist der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Aufgrund mangelnder diesbezüglich scharfer Formulierungen im Fraktionsprogramm verließen zwei Abgeordnete die EFD und wirken seitdem fraktionslos.

Abbildung 7: Entwicklungsextreme der Parteien BNP und UKIP bezüglich der Europa- (EW) und der Nationalwahlen (NW) beruhen auf dem Mehrheitswahlrecht für London und dem Verhältniswahlrecht für Straßburg.

---

54 zur Unterscheidung von Nachfahren der Buren und Rhodesier wird auf das Wort Sub-Sahara-Africans verzichtet



## Die Wahlen 2011 – Irland, Estland, Finnland, Portugal.2, Dänemark, Lettland

**Irland** – Die Mitte-Rechts-Partei Fine Gael, die Gälische Nation, löst die konservative Partei *Fianna Fáil*, die Schicksalssoldaten, ab. In Irland gibt es keine rechtsextremen Parteien.<sup>55</sup>

**Estland** – Bei den Parlamentswahlen wurde die Mitte-Rechts-Koalition bestätigt. Unter den vier Parteien, die in das Parlament einziehen, befindet sich keine rechte Partei. Die euroskeptische und nationalistische *Eesti Iseseisvuspartei*, die Estnische Unabhängigkeitspartei, verbesserte sich im Vergleich zur letzten Wahl um 0,2 Prozentpunkte auf 0,4 Prozent.

**Finnland** – Bei den nationalen Wahlen im April 2011 erzielte die rechtspopulistische Partei der Wahren Finnen, *Perussuomalaiset/Sannfinländarna* (PS), im Vergleich zu den nationalen Wahlen 2007 einen deutlichen Zuwachs an Sitzen. Sie verbesserte sich von 5 auf 39 Mandate und bildet nach der Nationalkoalition (Kok.) und den Sozialdemokraten (SDP) die drittstärkste Fraktion. Auch in ihrer vierten Legislaturperiode bleibt die 1995 gegründete Partei in der Opposition vertreten (1999: 1, 2003: 3 Sitze).

Einem Erdbeben gleich war die PS schon bei den 7. Europawahlen im Juni 2009 auf 9,8 Prozent aufgestiegen und hatte einen Abgeordneten stellen können, nachdem sie lange bei 1 Prozent verharrt hatte (1996: 0,7 | 1999: 0,8 | 2004: 0,9 Prozent). Europaabgeordneter Timo Soini ist seit 1997 Vorsitzender der nationalkonservativen Wahren Finnen. Er unterhält enge Verbindungen zur UKIP.uk sowie den italienischen Nordlegisten (LN) und trat im September 2009, nach Gründung der gemeinsamen europäischen Fraktion EFD, auf einer Konferenz der britischen Partei öffentlich auf. Im Parteiprogramm herrschen Europa- und Eurozonen-Skepsis oder Asylrechtsverschärfung

<sup>55</sup> <http://www.netz-gegen-nazis.de> (Abruf 30.1.2011)

VOR.

**Portugal** – Nachdem der sozialistische Regierungschef im März 2011 aufgrund der Wirtschaftskrise seinen Rücktritt eingereicht hatte, kam es im Juni 2011 zu Neuwahlen. Wiederum konnte die nationalkonservative CDS-PP Erfolge erzielen. Im Vergleich zu den Wahlen 2009 gewann sie weitere 3 Sitze hinzu und bleibt mit 24 von 230 Mandaten nach Sozialdemokraten (PSD) und Sozialisten (PS) drittstärkste Fraktion in Lissabon.

Auch die rechtsextreme PNR legte zu. Sie erreichte 0,31 Prozent und damit 0,01 Prozentpunkte mehr als bei den letzten nationalen Wahlen 2009.

**Dänemark** – Die Septemberwahlen zum dänischen Parlament wurden von zwei Lagern ausgetragen. Die von den Sozialdemokraten geführte Mitte-Links-Koalition erreichte mit 50,2 Prozent insgesamt 89 Sitze und erhält damit 3 Parlamentssitze mehr als der unter den Liberalen versammelte Mitte-Rechts-Bund (49,7 Prozent), dem auch die rechtspopulistische *Dansk Folkeparti* (DF) angehört. Diese verlor insgesamt 3 Sitze, blieb jedoch mit 22 Mandaten drittstärkste Kraft im 179-köpfigen Parlament. Gegenüber der Wahl 2007, bei der sie seit ihrer Gründung 1995 ihr höchstes Ergebnis erhielt (1998: 7,4 | 2001: 12 | 2005: 13,2 | 2007: 13,9 Prozent) verschlechterte sie sich 2011 um 1,6 Prozentpunkte auf 12,3 Prozent.

Die rechtspopulistische DF.dk gehört zum Parteityp 1. Sie tolerierte von 2007 bis 2011 eine liberal-konservative Regierungskoalition und konnte sich somit in die nationale Politik einbringen, wie bspw. die Verklausulierung des Schengener Abkommens und damit verbundener Grenzkontrollen. Immer wieder machte die Partei mit Schreckensszenarien auf sich aufmerksam und schürte Ängste unter den Migranten. So sprach sich die DF.dk 2010 dafür aus, Satellitenschüsseln für Einwanderer muslimischen Glaubens zu verbieten. In einem Interview wurde von Vertretern mit Migrationshintergrund bestätigt, allgemein „geschürten Ängsten“ und dem Zwang „nichts Schlechtes über die Partei sagen zu dürfen“ ausgesetzt zu sein.<sup>56</sup> Sie pflegt intensiven Kontakt zur niederländischen Freiheitspartei (PVV) und aktuell auch zu der neuen deutschen rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit*, die sich auch als Law-and-Order-Parteien zu profilieren versuchen. Die DF ist mit 2 Sitzen im Europäischen Parlament vertreten.

**Lettland** – Nach nur einem Jahr wurde 2011 das 11. lettische Parlament, der Saeima, nach Auflösung durch Volksentscheid erneut bestimmt. Unter den fünf Fraktionen konnte auch die nationalkonservative Nationalallianz *Visu Latvijai–Tēvzemei un Brīvībai/LNNK* nachdem Zusammenschluss beider Parteien im Vorfeld der Wahl einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Nationallianz, die 2010 noch als lockeres Bündnis antrat, konnte ihre Mandate verdoppeln (2007: 7,7 | 2011: 13,9 Prozent) und bildet damit die viertstärkste Fraktion.

## Die Beitrittskandidaten – Island, Kroatien

**Island** – Unter den isländischen Parteien konnten sich die 1998 gegründeten Liberalen, die Partei *Frjálslyndi flokkurinn*, mit ihrer europaskeptischen Sicht in den Jahren 2003 und 2007 mit jeweils vier Sitzen (7,3 Prozent) in das isländische Parlament, das Althing, einbringen. Sie lehnen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab. Ihre Kritik bezieht sich zum einen auf die rechtliche Schutzlosigkeit der heimischen Fischer, zum anderen auf die Einwanderungspolitik, für die sie konsequente Restriktionen fordern. Bei den Wahlen 2009 verpasste die Partei mit 2,2 Prozent den

---

56 vom 19.11.10, Filmbeitrag der Deutschen Welle, <http://news.efors.eu/de/Politik/politik-rechte-nazi-netz> (Abruf 27.2.11)

erneuten Einzug in das Althing.

**Kroatien** – Seit 1990 ist die kroatische Partei des Rechts, die *Hrvatska stranka prava* (HSP), im 145 Sitze zählenden Parlament, dem Sabor, vertreten. Sie errang jedoch keine weitere Bedeutung. Bei den Wahlen 2003 konnte die HSP acht Sitze (6,7 Prozent) gewinnen, von denen sie 2007 sieben verlor. Zwischenzeitlich fiel die Partei mit Protesthaltungen gegenüber der Politik der FPÖ.at auf, als diese sich gegen die in Österreich lebende Minderheit der Austro-Kroaten richtete.

### **3.4 Die rechten Europa-Parteien**

Mit Artikel 138a des Maastrichter Vertrags von 1992 wird nahezu das erste Mal die Wichtigkeit der Etablierung europäischer Großparteien festgehalten: Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.<sup>57</sup>

Seit 1992 wurden mindestens 13 europäische Parteien anerkannt.<sup>58</sup> Weiterhin bestehen fünf Parteienbündnisse, die keinen offiziellen, von der Europäischen Union anerkannten Parteistatus besitzen, jedoch diverse Aufgaben als solche übernehmen. Sie alle vereinen die vereinzelt nationalen Strömungen mit gleichen oder ähnlichen Anschauungen. In der Liste dieser 18 europäischen Zusammenschlüsse<sup>59</sup> befinden sich vier Parteien des rechten Spektrums, von denen zwei nach Ablauf der 6. Legislaturperiode 2009 aufgelöst wurden. Eine fünfte Partei befindet sich im Gründungsprozess.

#### **Partei AEN (2002-2009) – Allianz für ein Europa der Nationen**

Die AEN – Alliance for Europe of Nations – bestand seit 2002 sowie während der 6. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments bis 2009. Sie wurde als europäisches parteipolitisches Pendant zu der bereits bestehenden Fraktion UEN gegründet und umfasste auch deren Mitgliedsparteien und Weltanschauungen. Neben nationalkonservativen oder extrem rechten Parteien, die wie die italienische Nationalallianz (AN) auch in nationalen Regierungskoalitionen eine Rolle spielten, hatten auch kurzzeitig größere rechtskonservative Parteien, wie die tschechischen Bürgerdemokraten (ODS) Interesse an einer engeren Zusammenarbeit. Als gestaltende Köpfe der Partei sind Charles Pasqua (RPF.fr), Cristiana Muscardini (AN.it) oder auch Mogens Camre (DF.dk) zu nennen.<sup>60</sup> Zu den Identität stiftenden Positionen der AEN gehörte die Bewahrung der Eigenständigkeit der Nationalstaaten und ihrer kulturellen Identität. Mit der Auflösung der UEN-Fraktion 2009 verlor die Partei ihre Mantelrolle und wurde ebenfalls aufgelöst. Ihre Mitgliedsparteien schlossen sich teilweise neuen europäischen Großparteien an (Tab. 3).

Tabelle 3: Auswahl<sup>61</sup> nationaler Mitgliedsparteien der ehemaligen Partei AEN und deren Wanderung in andere Fraktionen und europäische Parteien im Zuge der 7. Europawahl 2009.

---

57 Läufer, Thomas; Der Vertrag. Europäische Union. Europäische Gemeinschaft Bonn: Europa Union 1998, S. 223

58 [http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant\\_amounts\\_parties.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties.pdf) (Abruf 25.9.2011)

59 unbeachtet bleibt der Sonderfall der kurzzeitig auftretenden Partei *Libertas* (2009)

60 Hübner, S. 34

61 Ebd.

1	Land	Partei		Partei 2009
2	Irland	FF	Fianna Fail	ELDR
3	Italien	AN	Alleanza Nazionale	EVP (innerhalb PdL)
4	Lettland	TB/LNNK	Tevzemei un Brivibai/LNNK	AECR
5	Luxemburg	ADR	Alternative Dem. Reformpartei	AECR
6	Albanien	PRS	Partia Republikane e Shqiperise	
7	Frankreich	RPF	Rassemblement pour la France	
8	Litauen	LVLS	LVLS (ex VNDPS)	
9	Polen	PiS	Prawo i Sprawiedliwos	AECR
10	Slowakei	SNS	Slovenská Národná Strana	
11			<b>vor 2009 ausgetreten</b>	
12	Portugal	CDS-PP	Centro Dem. e Soc.- P. Popular	EVP
13	Tschechien	ODS	Obcanská demokratická strana	AECR
14	Israel	Likud	Likud	

### **Partei ADIE (2004-2008) – Allianz unabhängiger Demokraten Europas**

Die ADIE – Alliance des Démocrates Indépendants en Europe – war eine Partei des rechtspopulistischen Spektrums. Sie entstand im Zuge der 6. Europawahl 2004 durch das Engagement von drei Mitgliedern der Fraktion Ind/Dem: die Frankreichbewegung (MPF), die griechischen Völkisch-Orthodoxen (LAOS) und die tschechischen Unabhängigen Demokraten (NezDem). Wegen Die ADIE wurde im Dezember 2008 aufgelöst. Ihre gestaltenden Köpfe hießen unter anderem Philippe de Villiers (MPF) oder Georgios Georgiou (LAOS) deren Parteien sich nach ihrer Wiederwahl 2009 in der Fraktion EFD einfanden.

### **Partei AECR (seit 2009) – Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten**

Die AECR – Alliance of European Conservatives and Reformists – wurde nachträglich im Oktober 2009, ähnlich der AEN im Jahr 2002, von den bei der 7. Europawahl bestätigten nationalen Parteien als europäisches Partei-Pendant zu ihrer bereits bestehenden Fraktion ECR gegründet. Sie bindet verschiedene konservative und europaskeptische Strömungen. Einige ehemalige AEN-Mitglieder traten der neuen Partei bei. Nicht alle Mitgliedsparteien der Fraktion sind gleichzeitig Mitglied der AECR (Tab. 4). So gehört die niederländische Christenunion (CU) der EPCM, den „Europäischen Christen“, an.

Ihre gestaltenden Köpfe sind Michael Kaminski (PjN.pl), Timothy Kirkhope (Cons.uk), Adam Bielan (PjN.pl) oder Jan Zahradil (ODS.cs). Wesentliche Positionen der Partei spiegeln sich in der „Prager Deklaration“ wieder, die schließlich 2009, nachdem sie bereits seit 2006 von Cons.uk, PiS.pl/PjN.pl und ODS.cs ausgearbeitet worden sind, durch die Unterzeichnung von weiteren Parteien die gemeinsame Richtung vorgibt. Weiterhin wird sie in der Selbstdefinition der „New Direction – The Foundation for European Reform“, einem AECR-nahen und europaskeptischen Think-tank hervorgehoben (siehe 5.2):

- „1. Free enterprise, free and fair trade and competition, minimal regulation, lower taxation, and small government as the ultimate catalysts for individual freedom and personal and national prosperity.
2. Freedom of the individual, more personal responsibility and greater democratic accountability.
3. Sustainable, clean energy supply with an emphasis on energy security.
4. The importance of the family as the bedrock of society.



5. The sovereign integrity of the nation state, opposition to EU federalism and a renewed respect for true subsidiarity.
6. The overriding value of the transatlantic security relationship in a revitalised NATO, and support for young democracies across Europe.
7. Effectively controlled immigration and an end to abuse of asylum procedures Efficient and modern public services and sensitivity to the needs of both rural and urban communities.
8. An end to waste and excessive bureaucracy and a commitment to greater transparency and probity in the EU institutions and use of EU funds.
9. Respect and equitable treatment for all EU countries, new and old, large and small.<sup>62</sup>

---

62 <http://newdirectionfoundation.org> (Abruf 30.1.2011)

Tabelle 4: Auswahl nationaler Mitgliedsparteien der Partei AECR sowie deren Sitzvolumen im Zuge der 7. Europawahl 2009. Fett hervorgehoben sind die Unterzeichner der „Prager Deklaration“.

1	<b>Land</b>	<b>Partei</b>		<b>Sitze 2009</b>
2	United Kingdom	<b>Cons.</b>	Conservatives	25 von 72
3	Polen	<b>PiS</b>	Prawo i Sprawiedliwos	11 von 50
4	Tschechien	<b>ODS</b>	Obcanská demokratická strana	9 von 22
5	Belgien	<b>LDD</b>	Lijst Dedecker	1 von 22
6	Lettland	<b>TB/LNNK</b>	Tevzemei un Brivibai/LNNK	1 von 9
7	Bulgarien	<b>RZS</b>	Red, Zakonnost i Spravedlivost	/
8	United Kingdom	UUP	Ulster Unionist Party	1 von 72
9	Ungarn	MDF	Magyar Demokrata Fórum	1 von 22
10	Litauen	LLRA	Lietuvos lenku rinkimu akcij	1 von 12
11	Luxemburg	ADR	Alternativ Demokr. Reformpartei	/

### Parteienbündnis ENF (seit 2004) – Europäische Nationale Front

Die ENF ist ein 2004 gegründetes Bündnis mehrerer nationalistischer und rechtsextremer Parteien (Tab. 5). Der Gründung gingen mehrere bilaterale Zusammenschlüsse voraus. Während der 7. Europawahl 2009 blieben diese Parteien des Parteityps 3 bedeutungslos und konnten nicht in Straßburg einziehen. Gestaltende Köpfe sind unter anderem Roberto Fiore (FN.it). Die vielfach angepriesene Website<sup>63</sup> der ENF steht zum Verkauf, ihr Inhalt ist fragwürdig und lässt auf keine besondere Aktivität des Bündnisses deuten.

Tabelle 5: Auswahl der zum Bündnis ENF gehörenden nationalen Parteien.

1	<b>Land</b>	<b>Partei</b>		<b>Bemerkung</b>
2	Deutschland	NPD	Nationaldemokr. Partei Dtl.	regional in zwei Landtagen vertreten
3	Griechenland	CA	Chrysi Avgi	lokal im Stadtrat Athen vertreten
4	Italien	FN	Forza Nuova	in PdL integriert
5	Polen	NOP	Narodowe Odrodzenie Polski	antisemitisch, 2010: 0,24 Prozent
6	Rumänien	ND	Noua Dreapta	antisemitisch, antimagyarisch
7	Spanien	FE	La Falange	2008: 0,06 Prozent
8	Ukraine	Sw	Swoboda	Zuwachs im Westen des Landes

### Parteienbündnis EuroNat (2005-2009) – Europa für die Nationen

EuroNat – Europe for the Nations – wurde 2005 von den französischen Nationalfrontisten (FN), ins Leben gerufen, organisiert und politisch dominiert (Tab. 6). Von einer weiteren Etablierung

wurde zugunsten von dem 2009 entstandenen Parteienbündnis AMNE, in deren Programm sich wesentliche Punkte von EuroNat wieder finden, weitestgehend abgesehen, da die Mitgliedsparteien eine unterschiedlich starke Ausprägung zeigten. Während die italienische Fiamma Tricolore (FT) 2009 den Einzug in Straßburg auf europäischer Ebene nicht wieder schafften, spielen die schwedischen und spanischen Nationaldemokraten selbst in ihren Heimatländern auf nationaler Ebene eine untergeordnete Rolle und erreichten dort maximal 0,05 Prozent. Gestaltende Köpfe des Bündnisses waren Jean-Marie Le Pen (FN.fr). Das Manifest von EuroNat wurde auch von Nick Griffin für die BNP.uk unterzeichnet:

63 <http://www.europeannationalfront.org> (Abruf 30.1.2011)

- „1. The Establishment of a Europe of free nations.
2. The respect of our heritage, the Western civilisation and its identity.
3. Freedom of speech.
4. Self-determination.
5. Social justice.
6. No Third world immigration.
7. The family unit is to be the corner stone of society.
8. The establishment of Zero tolerance for violence.
9. Keeping a high moral profile in everything we write, say and we do.
10. Cooperation, goodwill and meaningful contribution between party.“<sup>64</sup>

Tabelle 6: Auswahl der zur EuroNat gehörenden nationalen Parteien und deren Sitzvolumen.

1	Land	Partei		Sitze 2004	Sitze 2009
2	Frankreich	FN	Front National	2 von 78	3 von 72
3	Italien	FT	Fiamma Tricolore	1 von 78	/
4	United Kingdom	BNP	British National Party	/	1 von 72
5	Schweden	ND	Nationaldemokraterna	/	/
6	Spanien	DN	Democracia Nacional	/	/

### Parteienbündnis AMNE (seit 2009) – Allianz der europäischen nationalen Bewegungen

Die AMNE – Alliance des mouvements nationaux européens – wurde im Oktober 2009 in Budapest auf Betreiben der französischen Nationalfrontisten (FN) und der 'Bewegung für ein besseres Ungarn' (Jobbik), gegründet und vereint mehrere nationalistische und rechte europäische Parteien (Tab. 7). Die Allianz gilt als Nachfolgerin des Bündnisses EuroNat, dessen Programmpunkte in leicht abgeänderter Form wieder zu finden sind:

- „1. The creation of a Europe of free, independent and equal nations in the framework of a confederation of sovereign nation states, refraining from taking decisions on matters properly taken by states themselves.
2. The rejection of any attempt to create a centralist European Super State.
3. The promotion of the freedom, dignity and equal rights of every citizen, and opposition to all forms of totalitarianism.
4. The primacy of direct votes by the people or their elected representatives over any administrative or bureaucratic body.
5. The effective protection of Europe against new threats, such as terrorism and religious, political, economic, or financial imperialism.
6. A peaceful and humane settlement of immigration problems through, among other measures international cooperation aiming at development and self sufficiency of third world countries.
7. Strong policies in favour of families aiming at solving the demographic deficit in Europe and promoting traditional values throughout society.
8. The preservation of the diversity of Europe that results from the variety of our identities, traditions, languages and indigenous cultures.
9. A common fight against social dumping and the destructive effects of globalisation“<sup>65</sup>

64 <http://www.euronat.org> (Abruf 30.1.2011)

65 in EU Turkey News Network, <http://www.abhaber.com/ozelhaber.php?id=4703> (Abruf 30.1.2011)

Tabelle 7: Auswahl der zum Bündnis AMNE gehörenden nationalen Parteien und deren Sitzvolumen im Europäischen Parlament nach der 7. Europawahl 2009.

1	Land	Partei		Sitze 2009	
2	Frankreich	FN	Front National	3 von 72	
3	United Kingdom	BNP	British National Party	2 von 72	
4	Ungarn	Jobbik	Jobbik	3 von 22	
5	Belgien	FN	Front National	/	2009: 3,57 Prozent
6	Italien	FT	Fiamma Tricolore	/	
7	Portugal	PNR	Partido Nacional Renovador	/	2009: 0,37 Prozent
8	Schweden	ND	Nationaldemokraterna	/	
9	Spanien	MSR	Mov. Social Republicano	/	2009: 0,04 Prozent
10	Ukraine	Sw	Swoboda	/	

### 3.5 Netzwerke rechter Parteien

Die Anzahl rechtsgerichteter Netzwerke wächst. So können Gründungen beinahe jedes Jahr verzeichnet werden. Zu älteren Organisationen, wie dem neonazistischen Rechtsrock-Verbund „Blood & Honour“ (1987) aus dem Vereinigten Königreich, dem nationalrevolutionären Theoriezirkel „Synergies Européennes“ (1993) aus Frankreich, der rechtsextremistischen, Ku-Klux-Klan-nahen Internetplattform „Altermedia“ (2003) aus den USA, der rechtsextreme Projekte unterstützenden „Kontinent Europa Stiftung“ (2004) aus Schweden oder der WUNS-Europe<sup>66</sup> (2007) zählt seit 2010 die islamfeindliche „Geert Wilders International Freedom Alliance“<sup>67</sup> aus den Niederlanden.

In einem Interview erwähnte der Vorsitzende der PVV.nl, Geert Wilders, dass diese neue Stiftung in fünf Ländern, im Vereinigten Königreich, in den USA, in Kanada, Frankreich und Deutschland, beheimatet werden soll, um die „Freiheit zu verteidigen“, den „Islam zu stoppen“ sowie „Kräfte zu bündeln“.<sup>68</sup>

Ebenso ist die 2009 gegründete „English Defence League“ (EDL)<sup>69</sup> gegen den Islam gerichtet. Sie soll die rechte Partei *Sverigedemokraterna* beraten und im Wahlkampf 2010 unterstützt haben. Auch in Deutschland gibt es mit der 2010 gegründeten „German Defence League“ (GDL) eine gegen den Islam gerichtete Organisation, die sich durch folgende Programmpunkte definiert: „Die GDL ist erstens, eine Protest- und Bürgerbewegung gegen den radikalen Islam, gegen alle grundgesetzfeindlichen Menschen und deren Aktivitäten, wozu auch Formen von verfassungsfeindlichem Nationalismus und Totalitarismus gezählt wird. Sie fungiert zweitens als überparteiliche, hoch diversifizierte Organisation, in der sich Menschen aller Hautfarben, Glaubensrichtungen und Altersklassen wieder finden. Sie tritt drittens als nicht rechtlich eingetragener Verein auf, ist viertens innerhalb des Verbandes European Defence League organisiert und ist fünftens im Gesamtkonzept auf die Vernetzung und Aufklärung von Personen und Organisationen zur Bündelung und Koordination von Kräften auf nationaler und europäischer Ebene ausgerichtet.“<sup>70</sup>

66 World Union of National Socialists, gegründet 1962 in USA, inaktiv zw. 1990er und 2006, Sektion Europa seit 2006/07

67 <http://www.geertwildersifa.com> (Abruf 15.2.2011)

68 Interview mit De Telegraaf vom Juli 2010, [http://www.youtube.com/watch?v=ZPsU5\\_pLZpc](http://www.youtube.com/watch?v=ZPsU5_pLZpc) (Abruf 25.9.2011)

69 <http://englishdefenceleague.org> (Abruf 15.2.2011)

70 <http://germandefenceleague.de> (Abruf 25.9.2011)

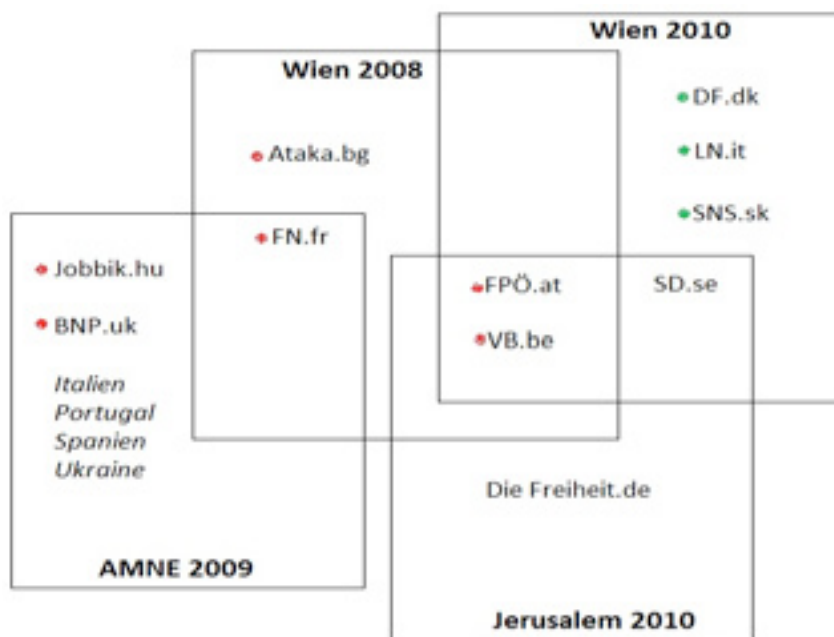
Auf ihrer Website distanziert sich die GDL deutlich von der EDL, während es bei entscheidenden inhaltlichen Positionen keine grundlegenden Unterschiede geben dürfte. Eine Verzahnung mit anderen Ligen wurde bereits bei einer Demonstration in Amsterdam im August 2010 deutlich:

„The EDL is to demonstrate in support of Geert Wilders, the Dutch anti-immigrant firebrand, with a recently launched French Defence League and Dutch Defence League, modelled on the English group, to join them along with other anti-Islamic militants from across Europe. (...) militants from the "anti-Jihad movement" in Germany, Belgium, Switzerland and "other European states" will join them in Amsterdam for the launch of what is termed the "European Defence League" or, alternately, the much cuddlier "European Friendship Initiative".“<sup>71</sup>

## Vereinbarungen und Zusammenarbeit

Eine wirksame Zusammenarbeit rechter Parteien ist nicht zu erkennen. Treffen und Vereinbarungen zwischen den Parteien bleiben sporadisch und nicht konsequent (Abb. 8). Entscheidend ist hier die Anlehnung der österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) an die Mitgliedsparteien der Fraktion EFD, die einer Aufnahme der FPÖ in ihre Fraktion nach der 7. Europawahl 2009 teilweise skeptisch gegenüberstanden (siehe 6.2.2). Prägend bleibt außerdem das Fehlen der niederländischen Freiheitspartei (PVV), die gute Verbindungen zu den schwedischen und slowakischen Rechten sowie zu der deutschen Partei *Die Freiheit* besitzt.

Abbildung 8: Die unterschiedliche Bündnispolitik rechter Parteien innerhalb (rot NI, grün EFD) und außerhalb des Europäischen Parlaments.



**2008** wurde zu einem weiteren<sup>72</sup> Wiener Treffen eingeladen. Die österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) vereinbarten mit den französischen Nationalisten (FN), dem bulgarischen Angriff (Ataka) und den belgischen Flamen (VB) die Gründung einer gemeinsamen Europapartei.

**2009** wurde die in der „Prager Deklaration“, deren Grundzüge britische Konservative (Cons), die

71 <http://www.islamophobia-watch.com/islamophobia-watch/2010/8/31/edl-launches-european-defence-league-organises-amsterdam-dem.html>

72 FPÖ-Einladungen: 2005 Wien, 2002 Klagenfurt, <http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/70/52.php>

polnische 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS) und tschechische Bürgerdemokraten (ODS) bereits 2006 innerhalb der „Bewegung für europäische Reformen“ (MER) erarbeiteten, von drei weiteren Parteien – der belgischen Dedeckerliste (LDD), der bulgarischen 'Recht und Gerechtigkeit' (RZS) sowie der lettischen 'Vaterland und Freiheit' (TB/LNNK) – unterzeichnet. Die MER steht in der Traditionsfolge der Fraktion „Europäische Demokraten“ (ED), die in der 6. Legislaturperiode einen Fraktionsbund mit der EVP bildete. Die Bewegung wurde als Bündnis gemäßigt-konservativer, europaskeptischer Parteien, unter Leitung der Cons.uk gegründet. Als Vorreiterin der Partei AEER beziehungsweise der Fraktion ECR stellte sie nach erfolgreicher Konstituierung beider Zusammenschlüsse ihre Arbeit ein.

**2010** kam es zu einem 3. Wiener Treffen ohne Beteiligung der französischen und bulgarischen Rechten. Diskutiert wurden Themen zu „Multikulturalismus und die Bedrohung durch den Islam“, zur „illegalen Migration“ und zu den „Erfahrungen der Europäischen Agentur für die Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex)“. Einig waren sich die Vertreter der österreichischen Freiheitlichen (FPÖ), der belgischen Flamen (VB), der dänischen Volkspartei (DF), der italienischen Nordligisten (LN), der Schwedendemokraten (SD) und der slowakischen Nationalisten (SNS) am Ende nur in ihrer Haltung, dass die Türkei der Europäischen Union nicht beitreten sollte. Diese Meinung wird von den griechischen Völkisch-Orthodoxen (LAOS) geteilt, die jedoch nicht hinzugezogen wurden.

**2010** ist die „Jerusalem Erklärung“ vereinbart worden. Im Dezember hatte Eliezer Cohen vom rechtsgerichteten Parteienbündnis Nationale Union nach Israel eingeladen. Nach einer gemeinsamen Fahrt zu jüdischen Siedlern im Westjordanland, mit denen sie ihre Angst vor dem Islam teilen, unterzeichneten Heinz-Christian Strache (FPÖ), Filip Dewinter (VB), Kent Ekeröth (SD) und René Stadtkewitz (Die Freiheit) die folgenden Punkte:

1. Kampf gegen die Bedrohung des fundamentalistischen Islam
2. Ablehnung des kulturellen Relativismus, der unter dem Vorwand der Achtung fremder Kulturen und Traditionen toleriert, dass Menschen, insbesondere nicht-islamische Minderheiten, in Teilen des muslimischen Kulturkreises in ihrem Recht auf Freiheit eingeschränkt werden
3. Missbrauch von Demokratie durch Islamisten, die beispielsweise „Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufspringen, Moscheen sind unsere Kasernen“ skandieren
4. Ablehnung jedweden Fundamentalismus' gleich in welcher Religion oder in welcher politischen Bewegung, Bekenntnis zu den humanistischen Idealen der Aufklärung
5. Wichtigkeit Israels als Ansprechpartner und einzige wirkliche Demokratie in dieser Weltregion, Existenzrecht und Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel gegen Aggressionen<sup>73</sup>

**2010** bekamen die Veranstalter des „Fests der Völker“ keine Genehmigung. An der sommerlichen Festival-Veranstaltung der NPD.de nahmen mehrere rechtsextreme Organisationen aus ganz Europa teil. Das Fest der Völker fand fünf Mal, von 2005 bis 2009, in Thüringen statt.

**2011** wurde der „Ungarischen Garde“ verboten, ihren jährlich stattfindenden Gedenkmarsch am 13. Februar als „Tag der Ehre“ auf dem Budapester Heldenplatz abzuhalten. Daraufhin wurde dieser „65. Jahrestag der Schlacht um Budapest“ in die Wälder von Buda verlegt. Anwesend waren auch Vertreter von BNZP.bg, von NPD.de sowie vom bayrisch-fränkischen *Freies Netz Süd*. Die Rechte stellt den Kampf der Verbände im Winter 1944/45 als Opferung für die Heimat im Kampf gegen den Bolschewismus dar.

---

73 <http://www.diefreiheit.org> (Abruf 10.3.2011)

### **Parteistiftung der AEER: New Direction – The Foundation for European Reform**

Die New Direction Foundation (NDF) ist ein der AEER nahe stehender, europaskeptischer Think-tank. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Margaret Thatcher (Cons.uk). Schatzmeister ist Derk Jan Eppink (LDD.be). Die „Prager Deklaration“ wird besonders in der Selbstdefinition der NDF hervorgehoben<sup>74</sup>:

„NDF is a free market, euro-realist think-tank established in 2010 in Brussels and the UK affiliated to the AEER. NDF seeks to promote policies and values consistent with the 2009 Prague Declaration to help steer the European Union on a different course and to shape the views of governments and key opinion formers in EU member states and beyond. We endeavour to produce original and relevant research papers together with hosting seminars and conferences and have established a strong network of like-minded think-tanks.“

Zu den Think-tank-Partnern der NDF gehören elf europäische Institute. Mit dem Berlin-Manhattan-Institut<sup>75</sup> ist auch ein deutsches vertreten. Die übrigen kommen aus den Ländern Belgien, Litauen, Polen und Tschechien (2). Parlamentarier dieser Länder sind teilweise auch in der Fraktion ECR tätig. Weitere Institute sind in Frankreich, Österreich (3) und Schweden angesiedelt.

### **3.6 Die Entwicklung rechter Strömungen im Europäischen Parlament**

Die Geschichte des Europäischen Parlamentes ist so alt wie die der Union beziehungsweise die der Gemeinschaften selbst. Mit 78 Mitgliedern blieb das erste Straßburger Gremium 1952 noch überschaubar. Parlamentarier im strengen Sinne waren sie nicht. Sie wurden von den nationalen Parlamenten entsandt, um die Organe der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) zu beraten. Erst zehn Jahre später sollten sie den Namen „Europäisches Parlament“ annehmen, in das sie ab Juni 1979 von den Wahlberechtigten schließlich direkt gewählt werden konnten. Entscheidend für die Politik des Parlamentes ist die Größe seiner Fraktionen. Diese richtet sich nach der Zugehörigkeit zu politischen Anschauungen, Ideen und Ideologien. Seit der 1. Europawahl 1979 ist das gesamte politische Spektrum von links bis rechts vertreten – mehr und weniger ausgeprägt. So schlossen sich während vier Legislaturperioden neben nationalbewussten europaskeptischen auch Parlamentarier extrem rechtsgerichteter Parteien zu Fraktionen zusammen, wobei die französische Front National (FN) in allen vertreten war ohne eine wesentliche Führungsrolle innerhalb der Fraktionen ausgeübt zu haben (Abb. 9). Dennoch ist sie für die Schaffung einer Rechtspartei auf europäischer Ebene von Bedeutung.

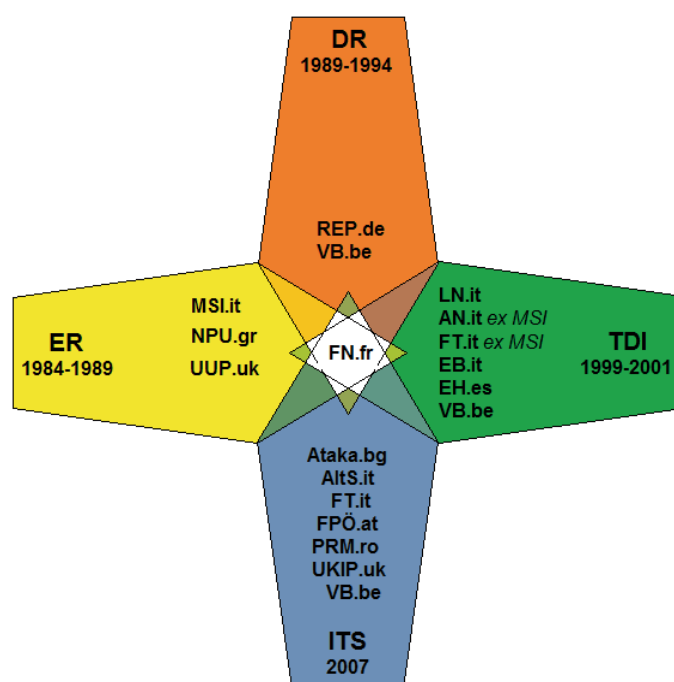
Bereits nach der 2. Europawahl 1984 bildeten 17 Abgeordnete die Fraktion der „European Right“ (ER). In ihr dominierte die FN.fr mit zehn Mandaten. Während nach der 3. Europawahl 1989 auch die Technische Fraktion der „Droites européennes“ (DR), die zufällig ebenfalls aus 17 Sitzen bestand und trotz vier Abgänger die gesamte Legislaturperiode zusammenhielt, löste sich 2001 die von vier italienischen Parteien dominierte 29-köpfige „Groupe technique des députés indépendants“ (TDI) schon nach weniger als zwei Jahren auf. Ein vierter Versuch zur Gründung einer rechten Fraktion scheiterte 2007, als die 23 Mandate zählende Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) unter Führung der österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) wegen interner Beleidigungen nach zehn Monaten auseinanderbrach.

---

74 <http://newdirectionfoundation.org> (Abruf 30.1.2011)

75 <http://www.berlinmanhattan.org> (Abruf 30.1.2011)

Abbildung 9: Rechte Fraktionen im Europäischen Parlament seit 1984



Die wenigen Prozente, die diese rechtsextremen Parteien erhielten, fallen bei einem Gesamtvolumen von etwa 500 Sitzen 1989 oder über 700 Sitzen 2009 kaum ins Gewicht. Entscheidend ist jedoch die Beobachtung in den letzten Jahren, dass gemäßigte, in der Fraktion der christdemokratischen Volksparteien Europas (EVP) agierende Parteien einen verallgemeinernden Rechtskurs einlegen. Während die Ergebnisse der rechtsextremen Parteien nahezu konstant bleiben, kommt es vermehrt zu Entscheidungen rechtsgerichteter Thematiken auf politischer Ebene, die sich als konservativ oder nach mitte-rechts hin ausgerichtet verschlüsseln lassen.

Zusammen mit der Fraktion „Europäische Demokraten“ (ED) umfasste die EVP in der 5. und 6. Legislaturperiode als EVP-ED gegenüber den einzelnen anderen Fraktionen eine klare Mehrheit an Abgeordneten. Hinzu kommen die Fraktionslosen sowie die Fraktionen der nationalbewussten Europaskeptiker und Reformisten, in deren Gruppierungen sich auch durchaus rechtsgerichtete Parteien befinden.

Nach der 4. Europawahl<sup>76</sup> 1994, brachten die Abgeordneten der Skeptiker und Reformisten in den Fraktionen „Union für Europa“ (UFE: 56), „Radikale Europäische Allianz“ (REA: 20), und „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN: 18) zusammen mit den 36 Fraktionslosen (NI) ein reichliches Fünftel der insgesamt 626 Parlamentssitze auf. Die Mehrheit konnte von den beiden großen Parteienfamilien, der Sozialdemokratie (SPE: 215) und der EVP (180) bestritten werden.<sup>77</sup>

Zur 7. Europawahl 2009 wurden 736 Parlamentarier<sup>78</sup> aus 27 Mitgliedsländern nach Straßburg entsandt. Obwohl nur ein reichliches Siebtel der Sitze an die Fraktionen „Europa der Konservativen und Reformisten“ (ECR: 54) und „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD: 30) sowie an 28 fraktionslose Abgeordnete (NI) fielen, bestätigt diese Wahl eindeutig diese politische Verschiebung nach rechts. Die EVP hält mit insgesamt 265 Parlamentariern<sup>79</sup> einen Vorsprung gegenüber anderen

76 Fritzler, Marc et. al.; Die Europäische Union; München: H+G Lidl 1998, S. 43

77 Liberale (LIBE: 41), Linke (KVEL/NGL: 33) und Grüne (27)

78 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010

79 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010, S. 149



Fraktionen, die Sozialdemokratie (S&D) verfügt nur über 184 Sitze, und dass ohne die Zusammenarbeit mit den Parteien der ED, die sich nach der Wahl mehrheitlich in der Fraktion ECR wiederfinden. In der Fraktion EVP kommt über ein Drittel aus dem rechtskonservativen Lager und aus dem Mitte-Rechts-Spektrum (Tab. 8). Besonders bekannt sind die italienische Volksfreiheit (PdL), die französische Volksbewegung (UMP) oder der ungarische Bürgerbund (Fidesz).

So gingen in der PdL.it ab März 2009 neben liberalen Kleinparteien auch die alte Berlusconi'sche FI, die nationalkonservative La Russa'sche AN und die nationalistische Mussolini'sche AS auf. Im Juli 2010 fiel die UMP.fr durch Äußerungen zur Zwangsausweisung von Roma auf. Schließlich geriet Anfang 2011 die nationalkonservative Fidesz.hu ihres Mediengesetzes wegen in die öffentliche Kritik.

Tabelle 8: Anteil der rechtsgerichteten Parteien, ihrer Sitzvolumen und Zuwächse in der Fraktion EVP seit der Europawahl 2009.

1	<b>Land</b>	<b>Partei</b>		<b>Richtung</b>	<b>Sitze 2009</b>	<b>Zuwachs</b>
2	Italien	PdL	Il Popolo della Libertà	mitte-rechts	29 von 72	plus 29
3	Frankreich	UMP	Union pour un mouvement populaire	mitte-rechts	24 von 72	plus 7
4	Spanien	PP	Partido Popular	mitte-rechts	23 von 50	minus 1
5	Ungarn	Fidesz	Fiatal Demokraták Szövetsége	nationalkons.	14 von 22	plus 2
6	Portugal	CDS-PP	Centro Dem. e Soc.-Partido Popular	rechtskons.	2 von 22	konstant
7	Slowakei	KDH	Krest'ansko Dem. Hnutie	rechtskons.	2 von 13	minus 1

## Rechtsgerichtete Fraktionen der 6. Legislaturperiode 2004-2009

Zu Beginn der 6. Legislaturperiode bildeten sich insgesamt sieben Fraktionen heraus. Allen voran die der christdemokratischen Volksparteien im Bund mit den Europäischen Demokraten (EVP-ED) sowie der Sozialdemokraten (SPE). Ferner die der Liberalen (ALDE), der Grünen und der Linken (GUE/NGL).

Von einigen rechtsgerichteten fraktionslosen Abgeordneten wurde im Januar 2007 eine achte Fraktion gegründet, die nur zehn Monate Bestand hatte. Neben dieser „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) brachten weiterhin die Fraktionen „Unabhängigkeit und Demokratie“ (Ind/Dem) und die „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN) europaskeptische und nationalkonservative Anschauungen in die Parlamentsarbeit ein.

## Fraktion Ind/Dem (2004-2009) – Unabhängigkeit und Demokratie

Als Nachfolgerin der Fraktion „Europa der Demokraten und Unterschiede“ (EDD) konstituierte sich nach der 6. Europawahl 2004 die Fraktion Ind/Dem – Independence and Democracy – aus Mitgliedern europaskeptischer, konservativer sowie rechter Parteien. Bis 2006 gehörten ihr die vier Abgeordneten der italienischen Mitte-Rechts-Partei *Lega Nord* (LN.it) an, die wegen Provokation<sup>80</sup> ausgeschlossen wurden und sich anschließend in die UEN integrierten. Gestaltende Köpfe der Ind/Dem waren Nigel Farage (UKIP.uk) und Hanne Dahl (JB.dk).

Die wesentlichen Gedanken neben den allgemeinen demokratisch-freiheitlichen Grundwerten wurden im Programm der Ind/Dem wie folgt festgehalten:

- „1. Rejection of the European Constitution.
2. No to a European superstate.

<sup>80</sup> Der unseriöse Umgang mit der umstrittenen Muhammad-Karikatur führte zu elf Toten während Protesten in Libyen.

3. Respect for traditional and cultural values.
4. Respect for national differences and interests.<sup>81</sup>

Von den zehn Parteien dieser ehemaligen Fraktion wurden bei der 7. Europawahl 2009 sechs wiedergewählt (Tab. 9). Fünf davon formierten sich in der Fraktion EFD, eine in der Fraktion ECR. Das Gedankengut der Ind/Dem wird beispielsweise durch die wiedergewählten Parlamentarier Philippe de Villiers (MPF.fr), Bastiaan Belder (SGP.nl) oder Nigel Farage (UKIP.uk) transportiert.

Tabelle 9: Parteienzusammensetzung der ehemaligen Fraktion Ind/Dem. Die sechs 2009 wiedergewählten Parteien schlossen sich anderen Fraktionen an.<sup>82</sup>

1	Land	Partei		Richtung	Sitze 2009	Fraktion 2009
2	United Kingdom	UKIP	U. K. Independence Party	nationalkons.	8 bis 10	EFD, NI
3	Italien	LN	Lega Nord	nationalistisch	4 von UEN	EFD
4	Polen	LPR	Liga Polskich Rodzin	nationalkons.	3	/
5	Frankreich	MPF	Mouvement pour la France	europaskept.	1 bis 3	EFD
6	Schweden	JL	Juni Listan	europaskept.	2	/
7	Dänemark	DF	Dansk Folkeparti	europaskept.	1	/
8	Griechenland	LAOS	Laikos Orthodoxos Synagermos	nationalistisch	1	EFD
9	Niederlande	CU	Christen Unie	christl.	1	ECR
10	Niederlande	SGP	Staatkundig gereformeerde Partij	christl.-rechts	1	EFD
11	Tschechien	NezDem	Nezavislie Demokrate	populistisch	1	/

### Fraktion UEN (1999-2009) – Union für ein Europa der Nationen

In der seit 1999 bereits bestehenden UEN – Union for Europe of the Nations – versammelten sich ab 2004 sowohl rechte Parteien des Parteityps 1 und 2 als auch andere Strömungen, wie beispielsweise die irische *Fianna Fáil* (FF) oder der litauische Grün-Bauernbund (LVLS). Gestaltende Köpfe der Fraktion waren Brian Crowley (FF.ie) und Cristiana Muscardini (AN.it).

Die 44 Abgeordneten<sup>83</sup> verbindet ihre kritische Haltung gegenüber der EU. Die Europäisierung barg ihrer Auffassung nach die Gefahr des Verlusts der kulturellen Identität und Selbstbestimmung der Länder. Sie versuchten daher, ihre auf staatliche und kulturelle Abgrenzung gerichtete Politik mit neokonservativen und wirtschaftsliberalen Elementen zu verknüpfen. Hierfür zeige der europäische Markt Vorteile auf.

Die Schnittmengen einiger Parteien zum konservativen Spektrum ergeben sich durch Beteiligungen an Mitte-Rechts-Regierungen und lassen sie als teilweise festen Bestandteil von politischen und gesellschaftlichen Institutionen erscheinen. Als Sammelbecken sowohl liberaler als auch rechter Werte finden die Anschauungen der wiedergewählten Parlamentarier der italienischen PdL-Gliedpartei, der ehemaligen Nationalallianz (AN), nach der 7. Europawahl 2009 ebenfalls Eingang in die Fraktion EVP.

Von den acht rechtsgerichteten Parteien der ehemaligen Fraktion wurden bei der 7. Europawahl 2009 fünf wiedergewählt (Tab. 10). Zwei davon formierten sich in der Fraktion EFD, weitere zwei in der Fraktion ECR. Das Gedankengut der UEN wird beispielsweise durch die wiedergewählten Parlamentarier Cristiana Muscardini (ex AN.it) oder Inese Vaidere (ex TB.lv) in die EVP transportiert.

81 laut <http://www.indemgroup.eu> in Hübner, S. 35

82 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010

83 im Februar 2008, nach <http://de.wikipedia.org/uen> (Abruf 31.1.2011)

Tabelle 10: Parteienzusammensetzung der ehemaligen Fraktion UEN mit den 2009 wiedergewählten Parteien und derer Fraktionswanderungen.

1	Land	Partei		Richtung	Sitze 2009	Fraktion 2009
2	Italien	AN	Alleanza Nazionale	nationalkons.	8	EVP
3	Polen	PiS	Prawo i Sprawiedliwosc	nationalkons.	8	ECR
4	Polen	LPR	Liga Polskich Rodzin	nationalkons.	5	/
5	Polen	SRP	Samoobrona Rz. Polskiej	nationalistisch	5	/
6	Lettland	TB/LNNK	Tevzemei un Brivibai / LNNK	nationalistisch	4	ECR, EVP
7	Italien	LN	Lega Nord	nationalistisch	4	EFD
8	Italien	LD	La Destra	nationalkons.	1	/
9	Dänemark	DF	Dansk Folkeparti	rechtspopulist.	1	EFD

### Fraktion ITS (2007) – Identität, Tradition, Souveränität

Mit der im Januar 2007 gegründeten ITS – Identität, Tradition, Souveränität – erhielt das Europäische Parlament eine dritte rechtsgerichtete Gruppierung mit Parteien des Typs 2 und 3. Neben den beiden bereits seit 2004 existierenden europaskeptischen und nationalkonservativen Fraktionen Ind/Dem und UEN, suchten 20 fraktionslose Abgeordnete aus sieben Mitgliedsländern den Schulterschluss und erfüllten damit die bis dato geltende gesetzliche Mindestzahl einer Fraktionsbildung, obwohl prinzipielle politische Differenzen intern nicht ausgeräumt werden konnten (Abb. 11).

Eine politische Wirkung dieser neuen Fraktion blieb aus. Europäische Themen konnten aus rechter Perspektive nicht neu erschlossen, überarbeitet oder angepasst werden. Zu sehr hinderten dabei nationale Interessen und Sichtweisen die Arbeit. Die Abgeordnete für die italienische Partei *Alternativa Sociale* (AltS), einem Bündnis aus den rechtsextremen Parteien *Azione Sociale* (AS), *Forza Nuova* (FN) und *Fronte Sociale Nazionale* (FSN), beleidigte die Delegation der Großrumänen (PRM) so schwer, dass diese die ITS verließen.<sup>84</sup> Obwohl sich die Fraktion im Laufe des Jahres mit dem Eintritt drei weiterer Parlamentarier stabilisiert hatte, verlor sie ihren Status bereits im November 2007.

Die zur Fraktion gezählte Partei UKIP steht synonym für den Briten Ashley Mote. Parteiaustritt, Strafverfahren wegen Sozialbetrugs und der damit verbundene Ausschluss aus dem Europäischen Parlament beendeten sein Europamandat letztlich noch vor der Auflösung der Fraktion.

Bis zum Ende der Legislaturperiode agierten die Parlamentarier wieder fraktionslos. Von den Parteien der ehemaligen ITS gelang es bei der 7. Europawahl 2009 nur der italienischen *Fiamma Tricolore* (FT) nicht, wiedergewählt zu werden. Die AltS.it trat nicht wieder an, einer ihrer Bündnispartner, die AS.it ging in der PdL.it und damit in der EVP-Fraktion auf. Insgesamt wurden 2009 sieben ehemalige ITS-Parlamentarier wiedergewählt (Tab. 11).

84 Kriminalitäts-Pauschalisierungen nach Festnahme eines im Mordverdacht stehenden rumänischen Romas in Italien

Tabelle 11: Parteienzusammensetzung der ehemaligen Fraktion ITS mit den 2009 wiedergewählten (w.), derzeit fraktionslosen Abgeordneten<sup>85</sup> (NI).

1	Land	Partei		Richtung	Sitze 2007	w. NI 2009
2	Frankreich	FN	Front National	nationalistisch	7	Bruno Gollnisch
3						Jean-Marie Le Pen
4						Marine Le Pen
5	Rumänien	PRM	Partidul România Mare	nationalistisch	6	
6	Belgien	VB	Vlaams Belang	nationalistisch	3	Frank Vanhecke
7						Philip Claeys
8	Bulgarien	Ataka	Ataka	rechts-populist.	3	Dimitar Stoyanov
9	Italien	AltS	Alternativa Sociale	neo-faschist.	1	/
10	Italien	FT	Fiamma Tricolore	neo-faschist.	1	/
11	Österreich	FPÖ	Freiheitl. Partei Österreichs	nationalkons.	1	Andreas Mölzer
12	United Kingdom	parteilos	A. Mote (ex UKIP)		1	/

### Rechtsgerichtete Fraktionen der 7. Legislaturperiode ab 2009

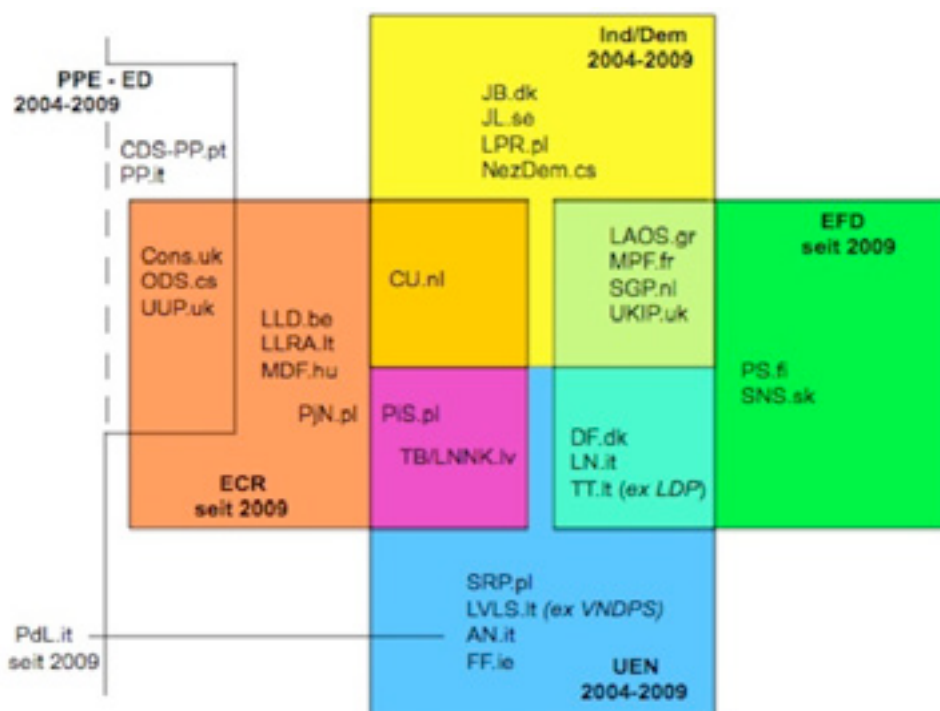
Zu Beginn der 7. Legislaturperiode 2009 verteilten sich die insgesamt 736 Mandate<sup>86</sup> auf sieben Fraktionen. Dabei erhielten die Volksvertreter der christdemokratischen Volksparteien (deutsch EVP, englisch PPE) 265, die der Sozialdemokraten (S&D) 184 sowie die der Liberalen (ALDE) 85, der Grünen 55 und der Linken (GUE/NGL) 35 Sitze im Straßburger Parlament.

In der „Tradition“ der Fraktionen Ind/Dem und UEN stehend, formierten sich die Europaskeptiker und Rechtsgerichteten in zwei neu gegründeten Fraktionen, der „Europäische Konservative und Reformisten“ (ECR) und der „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD). Nach der 7. Europawahl im Juni 2009 konnte die Ind/Dem aus Mangel an Mandaten nicht weitergeführt werden. Ähnlich der UEN, die einige Parteien an andere Fraktionen verlor. So schloss sich beispielsweise die irische *Fianna Fáil* (FF) der ALDE an oder die italienische *Alleanza Nazionale* (AN) ging in der neuen Partei PdL.it und damit in der EVP auf. Die übrigen Parteien scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde (Abb. 10).

85 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010

86 Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010

Abbildung 10: Parteien und ihre Wanderung nach der 7. Europawahl 2009.



### Fraktion ECR (seit 2009) – Europäische Konservative und Reformisten

Bereits 2003 wurde von den Parteien der tschechischen Bürgerdemokraten (ODS), der polnischen 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS) sowie der britischen Konservativen (Cons.) angekündigt, ihr Hauptaugenmerk auf europaskeptische Politik zu legen, die einer Zentralisierung entgegen wirken soll. Im Zuge dessen begründeten die ODS.cs und die Cons.uk 2006 die „Bewegung für europäische Reformen“ (MER), deren Zielsetzungen im März 2009 schließlich in der „Prager Deklaration“ mündeten und von insgesamt sechs Parteien unterzeichnet wurden (siehe 4.3). Während von den Unterzeichnern auch der belgischen Dedeckerliste (LDD) und der lettischen 'Vaterland und Freiheit' (TB) 2009 der Einzug in das Europäische Parlament gelang, scheiterte die bulgarische 'Ordnung-Recht-Gerechtigkeit' (RZS) mit 4,7 Prozent. Trotzdem ist sie Gründungsmitglied der späteren Partei AECR.

Die fünf „Prager“ schlossen sich mit Abgeordneten der niederländischen Christen-Union (CU), dem ungarischen Demokratieforum (MDF) sowie den Polnischen Litauern (LLRA) zur ECR – European Conservatives and Reformists – zusammen (Tab. 12).

Tabelle 12: Die Mitgliedsparteien der Fraktion ECR nach der 7. Europawahl 2009.

1	Land	Partei		Richtung	Sitze 2009	Zuwachs
2	United Kingdom	Cons.	Conservatives	kons.	25 von 72	minus 2
3	Polen	PiS	Prawo i Sprawiedliwosc	nationalkons.	11 von 50	plus 3
4	Polen	PjN	Polska jest Najwazniejsza		4	
5	Tschechien	ODS	Obcanska demokraticka strana	kons.	9 von 22	konstant
6	United Kingdom	UUP	Ulster Unionist Party	europaskept.	1 von 72	konstant
7	Niederlande	CU	Christen Unie	christl.	1 von 25	konstant
8	Belgien	LDD	Lijst Dedecker	rechts-populist.	1 von 22	plus 1
9	Ungarn	MDF	Magyar Demokrata Forum	liberal-kons.	1 von 22	konstant
10	Litauen	LLRA	Lietuvos lenku rinkimu akcija	kons.	1 von 12	plus 1
11	Lettland	TB/LNNK	Tevzemei un Brivibai / LNNK	nationalistisch	1 von 8	minus 3

Nachfolgend werden nur die Parteien mit den Tabellennummern 13.3, 13.5, 13.6, 13.9 und 13.10 kurz porträtiert, die mangels Nationalwahl nach der 7. Europawahl im Juni 2009 (bis einschließlich September 2011) keine näheren Erläuterungen unter Punkt 3 erhielten.

Die **polnische** nationalkonservative Partei *Prawo i Sprawiedliwosc* (PiS) bleibt innerhalb der ECR auch nach dem Austritt von vier Abgeordneten, unter ihnen Adam Bielan, der für diese Recht und Gerechtigkeit (PiS) bereits in der Fraktion UEN wirkte, zweitstärkste Partei. Trotzdem kann die PiS.pl mit 11 von 50 Mandaten immer noch mehr Sitze bekleiden, als während der 6. Legislaturperiode ab 2004, in der sie nur über 8 von 54 polnischen Sitzen verfügte.

Die vier Abtrünnigen wechselten zur *Polska Jest Najwazniejsza* (PjN), verblieben jedoch in der Fraktion. Der Gründung dieser Partei 'Polen Zuerst' waren innerparteiliche Konflikte in der PiS.pl nach den Präsidentschaftswahlen 2010 vorausgegangen, in der eine kleine Gruppe den harten Rechtskurs der PiS.pl kritisierte.

Die polnische Institution „Osrodek Mysli Politycznej“<sup>87</sup> ist in der Think-tank-Struktur der AEER nahen Stiftung New Direction vertreten.

Als politische Kraft hat die **tschechische** konservative und wirtschaftsliberale *Obcanská demokratická strana* (ODS) die Mehrheit im Senat, wirkt als zweitstärkste Partei in der Abgeordnetenkammer und bildet nach Mitgliederzahlen die drittgrößte Partei des Landes. Obwohl sie in Zeiten, in denen sie die nationale Regierung stellte, für den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union votierte, und in der Fraktion EVP-ED (9 von 24 Sitzen) vertreten war, wurde sie dort ihrer zunehmenden europaskeptischen, nationalistischen, liberalen und säkularisierten Ansichten wegen kritisiert. In der ECR verfügt sie seit 2009 über 9 von 22 Sitzen.

Die tschechischen Institutionen „Cevro – Liberalne Konzervativni Akademie“ und „Centre for the Study of Democracy and Culture“<sup>88</sup> sind in der Think tank-Struktur der AEER nahen Stiftung New Direction vertreten.

In **Nordirland** musste die *Ulster Unionist Party* (UUP) ab 2002 ihre Rolle als größte protestantische Partei an die Radikalprotestanten (DUP), dessen Kandidat seit der Europawahl 2009 keiner Fraktion (NI) angehört, abgeben. Die UUP.uk konnte 2009 einen von 72 britischen Sitzen behaupten, den sie schon 2004 in der Fraktion EVP-ED bestritt. Jim Nicholson, Abgeordneter der UUP.uk, vertritt seine Partei seit 1994, ist europaskeptisch, lehnt die Einführung des Euro im Vereinigten Königreich ebenso ab, wie eine Kooperation mit *Sinn Féin*.

87 <http://www.omp.pl> (Abruf 10.2.2011)

88 <http://www.cevro.cz> und <http://www.cdk.cz> (Abruf 13.2.2011)

Obwohl die **ungarische** liberalkonservative Partei *Magyar Demokrata Fórum* (MDF) mit einem einzelnen Abgeordneten auch schon während der 6. Legislaturperiode 2004–2009 der Fraktion EVP angehörte, verließ dieser Abgeordnete, Lajos Bokros, nach den Europawahlen 2009, bei der Ungarn über insgesamt 22 Sitze verfügt, die EVP und schloss sich der ECR an. Inwiefern der Politik der nationalkonservativen Fidesz innerhalb der EVP entgegen werden wollte, lässt sich nur mutmaßen. Denn im Ungarischen Parlament ist die MDF.hu nicht vertreten. Bei den nationalen Wahlen im April 2010 gewann sie 2,7 Prozent der Stimmen.

Die **litauische** wertkonservative Partei *Lietuvos lenku rinkimu akcija* (LLRA) sieht sich als Vertretung der polnischen Minderheit, die mit 6,5 Prozent von den insgesamt 3,5 Mio. Staatsbürgern anerkannt ist. Der Parteivorsitzende und Europaabgeordnete Valdemar Tomasevski der LLRA.lt vertritt zum einen die Interessen der südlich der Hauptstadt Vilnius aus ländlichen und weniger wohlhabenden Bevölkerungsgruppen, zum anderen aber auch die lokale Selbstverwaltung dieser Gebiete. Im 5. Seimas, dem litauischen Parlament, ist die Partei seit Oktober 2008 mit 3 von 141 Mandaten vertreten; im 7. Europäischen Parlament seit 2009 dagegen mit nur einem von 12 litauischen Sitzen. Damit gelang der Partei gegenüber 2004 der Einzug.

Die litauische Institution „Lithuanian Free Market Institute“<sup>89</sup> ist in der Think-tank Struktur der AECR nahen Stiftung New Direction vertreten.

## **Fraktion EFD – Europa der Freiheit und Demokratie**

Die EFD – Europe of Freedom and Democracy – wird von keinem Partei-Pendant auf europäischer Ebene getragen, wie die übrigen Fraktionen des Parlamentes. Von der tonangebenden United Kingdom Independence Party (UKIP) wurde angekündigt, einer Gründung bis zur 8. Europawahl 2014 nachzukommen. Mit ihrer europaskeptischen und nationalkonservativen Ausrichtung kann sie als Nachfolgerin der Ind/Dem angesehen werden. Nicht nur die Mehrheit der Parteien stammt aus dieser ehemaligen Fraktion (Abb. 10), sondern auch das Fraktionsprogramm lehnt sich stark an das der Ind/Dem an und deckt sich in den Punkten 3 und 4 sogar im Wortlaut (siehe 6.1.1):

- „1. Freiheit und Zusammenarbeit zwischen Menschen aus verschiedenen Staaten.
2. Mehr Demokratie und Achtung des Volkswillens.
3. Achtung der Geschichte, der Traditionen und der kulturellen Werte Europas.
4. Achtung nationaler Unterschiede und Interessen: Abstimmungsfreiheit.“<sup>90</sup>

Während der Gründungsphase bekundete die rechtspopulistischen österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) ihr Interesse, in der neuen Fraktion mitwirken zu wollen. Das stieß auf Widerstand einzelner Parlamentarier. Bedenken hatten die Abgeordneten der Wahren Finnen (PS), der slowakischen Nationalisten (SNS), die die Benesch-Dekrete unangefochten lassen wollen, und schließlich der niederländischen Calvinisten (SGP): „Einzelnen ist die Partei [FPÖ] als Partner schlicht zu extrem. Als größter Bremser gilt die niederländische calvinistische SGP..., [die...] habe erst vor wenigen Tagen die Verhandlungen blockiert... | Die FPÖ ihrerseits habe Vorbehalte gegen die Calvinisten, weil sie einen Gottesstaat anstreben würden: Das ist skurril, auch, dass Frauen keine Funktionen haben sollen, so Mölzer.“<sup>91</sup> Obwohl die dänische Volkspartei (DF), die griechischen Völkisch-Orthodoxen (LAOS) und die italienischen Nordligisten (LN) keine Berührungspunkte zeigten, wurde mit Blick auf die gescheiterte Fraktion ITS, die von Andreas Mölzer (FPÖ) 2007 ins Leben gerufen worden war, auch seitens der UKIP.uk von einer Aufnahme abgesehen. Die FPÖ.at behielt daraufhin ihren fraktionslosen Status.

---

89 <http://www.lrinka.lt> (Abruf 10.2.2011)

90 in EFD-Statut vom Juli 2009, [www.efdgroupp.eu/the-group/statutes](http://www.efdgroupp.eu/the-group/statutes) (Abruf 12.2.2011)

91 in <http://diepresse.at> vom 9.7.2009, <http://derstandard.at> vom 3.7.2009 (Abruf 10.9.2011)

Tabelle 13: Parteienzusammensetzung der Fraktion EFD mit Sitzverteilung<sup>92</sup> 2009 und Zuwächsen seit 2004

1	Land	Partei		Richtung	Sitze 2009	Zuwachs
2	United Kingdom	UKIP	U. K. Independence Party	nationalkons.	13 von 72	plus 1
3	Italien	LN	Lega Nord	nationalistisch	9 von 72	plus 5
4	Griechenland	LAOS	Laikos Orthodoxos Synagermos	nationalistisch	2 von 22	plus 1
5	Dänemark	DF	Dansk Folkeparti	europaskept.	2 von 13	plus 1
6	Litauen	TT	Tvarka ir teisingumas	nationalkons.	2 von 12	plus 1
7	Frankreich	MPF	Mouvement pour la France	europaskept.	1 von 72	
8	Niederlande	SGP	Staatkundig gereformeerde Partij	christl.-rechts	1 von 25	konstant
9	Finnland	PS	Perussuomalaiset	nationalistisch	1 von 13	plus 1
10	Slowakei	SNS	Slovenská Národná Strana	ultra-nationalist.	1 von 13	plus 1

Nachfolgend werden nur die Parteien mit den Tabellennummern 14.3, 14.6 und 14.7 kurz porträtiert, die mangels Nationalwahl nach der 7. Europawahl im Juni 2009 (bis einschließlich September 2011) keine näheren Erläuterungen unter Punkt 3 erhielten.

Die **italienische** nationalistische *Lega Nord* gehört zum Parteytyp 2. Durch ihre separatistische Bestrebung fühlt sie sich mit der UKIP.uk verbunden. Beide Parteien bestimmen die Gesamtleitlinie der europaskeptischen Fraktion EFD. Diese drittgrößte Partei Italiens tritt für die Föderalisierung und die Devolution des Landes ein. Dabei sollen wesentliche Kompetenzen des Zentralstaates an die Regionen übertragen werden. Die Partei wird seit 1989 von Umberto Bossi geleitet und ist vor allem für ihren Stolz auf das norditalienische Erbe und ihre Ressentiments gegenüber der süditalienischen Bevölkerung bekannt. Die LN.it ist eine Ansammlung verschiedener regionalistischer Bestrebungen, die zusammen wert auf die jeweilige Kultur, Sprache und Tradition legen. Dieser Föderalismus ersetzt seit 2006 weitestgehend den Sezessionismus. In ihrer Einwanderungspolitik wendet sich die LN.it gegen weitere Zuwanderung vor allem aus muslimischen und afrikanischen Ländern. Europa gegenüber ist die Partei zwar skeptisch und stimmte gegen den Verfassungsvertrag, ist ihr jedoch nicht feindlich gesonnen, was sie auch mit ihrem Wahlspruch „Più lontani da Roma, più vicini all’Europa“<sup>93</sup> betont haben soll.

Auch die **litauische** nationalkonservative *Tvarka ir teisingumas* (TT) versucht durch die 2006 erfolgte Umbenennung der *Liberalu Demokratu Partija* (LDP) in 'Ordnung und Gerechtigkeit' (TT) diesen Anspruch zu erwecken. Gründer und Vorsitzender, Rolandas Paksas, erst Premierminister sowie später Präsident Litauens, ist seit der 7. Europawahl 2009 Europaabgeordneter. Die TT.lt spielt auf der nationalen Ebene Litauens eine wichtige Rolle. Sie ist mit 15 von 141 Sitzen (12,7 Prozent) zweitstärkste Oppositionsfraktion des 5. Seimas. In ihrem Parteiprogramm gibt sich die TT.lt europafreundlich: „A membership in the NATO and the European Union is the most important guarantee of statehood, preserving the uniqueness of the state and national dignity.“<sup>94</sup>

Die **französische** Partei *Mouvement Pour France* (MPF) zog im Vergleich zur 6. Europawahl 2004, in der sie 3 Sitze gewonnen hatte, zur 7. Europawahl 2009 mit nur einem Abgeordneten, ihrem Parteichef Philippe de Villiers, in Straßburg ein. In den beiden französischen Häusern ist die Partei mit nur insgesamt 3 Sitzen vertreten. Philippe de Villiers gerät immer wieder durch islamkritische und islamfeindliche Äußerungen in die Schlagzeilen.

92 in EFD-Statut vom Juli 2009, inklusive der beiden ausgetretenen Abgeordneten von UKIP.uk

93 *deutsch*: Je weiter weg von Rom, desto näher an Europa

94 <http://www.tvarka.lt> (Abruf 25.2.2011)



## Die Fraktionslosen (NI)

Den Status des Non-inscrit (NI) erhält ein Abgeordneter, der keiner der parlamentarischen Fraktionen angehört, angehören kann oder angehören darf. Zum einen ist es möglich, dass sich die Ideen und Programmpunkte des Abgeordneten in keiner der Fraktionen widerspiegeln. Zum anderen ist es jedoch auch möglich, dass einem Abgeordneten die Aufnahme in eine Fraktion verweigert wird oder dass dieser aus einer Fraktion ausgeschlossen wird. So wurde dem österreichischen Freiheitlichen Andreas Mölzer 2009 der Zugang zur EFD-Fraktion durch Abstimmung der anderen Parteien verwehrt beziehungsweise der Brite Ashley Mote von der UKIP 2007 der Ind/Dem-Fraktion verwiesen. Mölzers Definition der Benesch-Dekrete kollidierten mit der der Slowaken, Mote lastete ein Strafverfahren wegen Sozialbetrugs an.

Seit der 1. Europawahl 1979 ist die Zahl der NI gewachsen. Sie hat sich innerhalb von sieben Legislaturperioden, bis zur 7. Europawahl 2009 verdreifacht (Tab. 14). Diese Entwicklung steht zum einen im Zusammenhang mit dem kontinuierlichen Wachstum der Anzahl der Parlamentssitze. So befinden sich 2009 mit 736 Abgeordneten zwei Drittel mehr Sitze in Straßburg als 1979 mit 434 Abgeordneten. Zum anderen spielen Bildung und Durchhaltevermögen von Rechtsfraktionen eine erhebliche Rolle. Ein Vergleich der beiden Legislaturperioden-Paare 1984|1989 einerseits sowie 1999|2004|2009 andererseits verdeutlicht, dass ein Großteil der fraktionslosen Abgeordneten dem rechten Spektrum angehört, wenn *keine* zusätzlichen Rechtsfraktionen existieren.

Hätten sich die jeweils 17 Abgeordneten der Fraktionen „European Right“ (ER) und „Les droites européennes“ (DR) frühzeitig aufgelöst, wäre die Zahl der NI innerhalb der jeweiligen Legislaturperioden ebenso deutlich angestiegen, wie nach erfolgter Auflösung der beiden hauptsächlich rechts ausgerichteten Fraktionen „Groupe technique des députés indépendants“ (TDI) 2001 und „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) 2007.

Tabelle 14: Die Zahl der fraktionslosen Abgeordneten (NI) pro Legislaturperiode.

1	<b>Europawahl</b>	<b>A n z a h l</b>			<b>Rechtsfraktion</b>
2		<b>der NIs</b>	<b>NI-Parteien</b>	<b>rechter NI-Parteien</b>	
3	1979	9			
4	1984	7			ER
5	1989	10			DR
6	1994	27			
7	1999	6 + 29		5	TDI <i>bis 2001</i>
8	2004	12 + 20	14	7	ITS <i>nur 2007</i>
9	2009	29	11	8	

Eine Fraktion hat einen besonderen Status, der meist mit zusätzlichen parlamentarischen Rechten verbunden ist.

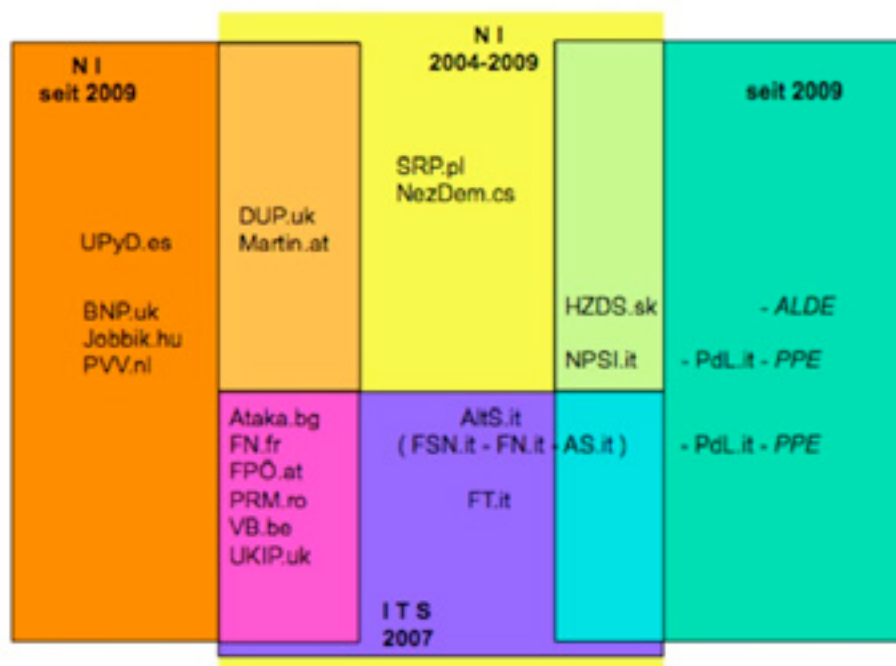
So schloss sich Anfang der 5. Legislaturperiode 1999 die italienische radikale Partei *Emma Bonino* (EB) mit den französischen rechtsextremen Nationalfrontisten (FN) ein Abkommen zur so genannten technischen Zusammenarbeit ab, obwohl jegliche politische Gemeinsamkeiten fehlten, um lediglich die Vorteile des Fraktionsstatus' in Anspruch zu nehmen. Dieser TDI-Fraktion gehörte 1999 ebenso die baskische Partei *Euskal Herriarrok* an, deren Ideen sich eher an den Separatismus-Konzepten der Mitglieder der italienischen Nordliga (LN) oder des flämischen Blocks<sup>95</sup> (VB) anlehnten, als am Gedankengut der faschistischen *Fiamma Tricolore* (FT). Die fehlende politische Zugehörigkeit wurde der gemischten Fraktion zum Verhängnis. Sie wurde nach zahlreichen Gerichtsurteilen 2001 aufgelöst.

95 seit 2004 *Vlaams Belang*

Während der 6. Legislaturperiode 2004 schlossen sich Abgeordnete aus 14 Parteien keiner der übrigen Fraktionen an. Ihr politisches Spektrum reichte von sozialdemokratisch über sozial-, national- und rechtskonservativ bis hin zu rechtsextrem.

Somit blieb es anfangs für den Österreicher Andreas Mölzer (FPÖ) schwierig, eine neue rechte Fraktion in Anlehnung an die 1989er ER zu gründen. Trotzdem blieben die europaskeptischen und nationalkonservativen Parlamentarier der tschechischen Unabhängigen Demokraten (NezDem) und der slowakischen Demokraten (HZDS) Mölzers Idee ebenso fern, wie die linksgerichteten Abgeordneten der polnischen Selbstverteidiger (SRP) und der italienischen Neuen Sozialdemokraten (NPSI). Mölzers rechte Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) kam erst aufgrund der Aufnahme der Balkanländer Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union und deren Nachwahlen zum Europaparlament 2007 zustande. Mit den Abgeordneten der rechten Parteien, des bulgarischen Angriffs (Ataka) und der Großrumänen (PRM), konnte die erforderliche Mindestanzahl von 20 Mandaten zur Gründung einer Fraktion erreicht werden (Tab. 12). Nach ihrer Auflösung arbeiteten die Parlamentarier wieder fraktionslos.

Abbildung 11: Parteien der fraktionslosen Abgeordneten (NI) und ihre Wanderung nach der 7. Europawahl 2009.



Von den seit der 7. Europawahl 2009 nach Straßburg entsandten 28 in elf Parteien organisierten Fraktionslosen können 21 Abgeordnete aus acht Parteien als rechtsextrem und rechtspopulistisch angesehen werden (Abb. 11). Mit Beschluss des Europäischen Parlamentes vom Juli 2007 müssen an einer Gründung mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsländern beteiligt sein. Eine eigenständigen rechte Fraktion kann in der 7. Legislaturperiode nicht zustande kommen.

Auch die Anschauungen der spanischen Partei 'Einheit, Fortschritt und Demokratie' (UPyD), der nordirischen Radikalprotestanten (DUP), der österreichischen *Liste Martin* sowie drei weiterer NI ließen sich gar nicht in einer Rechtsfraktion vereinen. Die UPyD.es sieht sich selbst als liberale Partei zwischen der PP.es, der konservativen Volkspartei, und der PSOE.es, den Sozialdemokraten. Sie tritt gegen regionalen Separatismus ein. Die nationalkonservative DUP.uk arbeitet für den Status quo, der beinhaltet, dass Nordirland Teil des Vereinigten Königreichs bleibt. Europa gegenüber ist sie leicht skeptisch eingestellt. Martin.at setzt sich gegen Korruption ein.

Während die slowakischen Demokraten (HZDS), die italienischen Neuen Sozialdemokraten (NPSI) und die italienischen Faschisten (AS) – das italienische Zweckbündnis Sozialalternative (AltS) wurde aufgelöst – nach ihrer Wiederwahl 2009 in anderen Fraktionen aufgingen, verpassten die polnischen Selbstverteidiger (SRP), die tschechischen Unabhängigen Demokraten (NezDem) sowie die italienische *Fiamma Tricolore* (FT) den Wiedereinzug in Straßburg.

Nachfolgend werden nur die Parteien kurz porträtiert, die mangels einer Nationalwahl nach der 7. Europawahl im Juni 2009 (bis einschließlich September 2011) keine näheren Erläuterungen unter Punkt 3 erhielten.

Die **französische** Partei *Front National* (FN) gehört zum Parteityp 2. Seit Januar 2011 wird sie von Marine Le Pen geführt, die sich gegen den zähen und reaktionären Parteiideologen Bruno Gollnisch durchsetzen konnte. Mit ihr weht ein leicht anderer Wind in den Reihen der Rechten. Die radikalen religiösen und ethnischen Komponenten ihres Vaters und Parteigründers Jean-Marie Le Pen bediene sie nicht, sie bleibe „rational patriotisch“. Die FN kann im Vergleich zu ihren westeuropäischen Pendanten schon früh Erfolge vorzeigen, die immer wieder auch mit Tiefen verknüpft waren. Noch 2009 wurde die Partei im Kampf mit zwei „Sorgen“ beschrieben: Die ungelöste Nachfolge des Parteivorsitz und die weit rechts ausschweifende Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy. Beides sollte der Schärfung eines eigenständigen Profils der FN hinderlich sein.

Zwischen 2008 und 2009 fanden bis zu sechs Abspaltungen von der „Mutterpartei“ statt. Es entwickelten sich beispielsweise die *Nouvelle Droite Populaire* (NPD), die sich gegen die Modernisierung stellende ideologische Hardliner versucht aufzunehmen. Die NPD.fr verfolgt das Ziel eines „weißen Europas“, einer Abgrenzung zu Israel und den USA im Gegensatz zu der *Nouvelle Droite Républicaine* (NDR), die pro-amerikanisch und wirtschaftsliberal auftritt. Mit Worten wie „immer härtere Folgen der Globalisierung“ oder „Wirtschaftspatriotismus“ oder „starker, schützender Staat“, die versucht sind, gemäßigt zu wirken, jedoch recht markig bleiben, hält Marine Le Pen an einigen ihrer Programmpunkte fest und scheut nicht davor zurück, Muslime im Straßenbild mit deutschen Truppen während des Zweiten Weltkrieges zu vergleichen, um auch die „Alte Garde“ der Partei zu begeistern.<sup>96</sup> Als schicht- und klassenübergreifende Partei mobilisierte die FN in der Vergangenheit sozial heterogene, aber unterdurchschnittlich gebildete Wähler mit dem Leitthema der Immigration. Die Grenzen einer reinen Anti-Immigrations-Partei gelten seit 2006 als aufgebrochen. Zunehmend wurden auch Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen. Im Politbüro und im Zentralkomitee der FN sind zwei schwarze Franzosen und ein arabischstämmiger vertreten.<sup>97</sup>

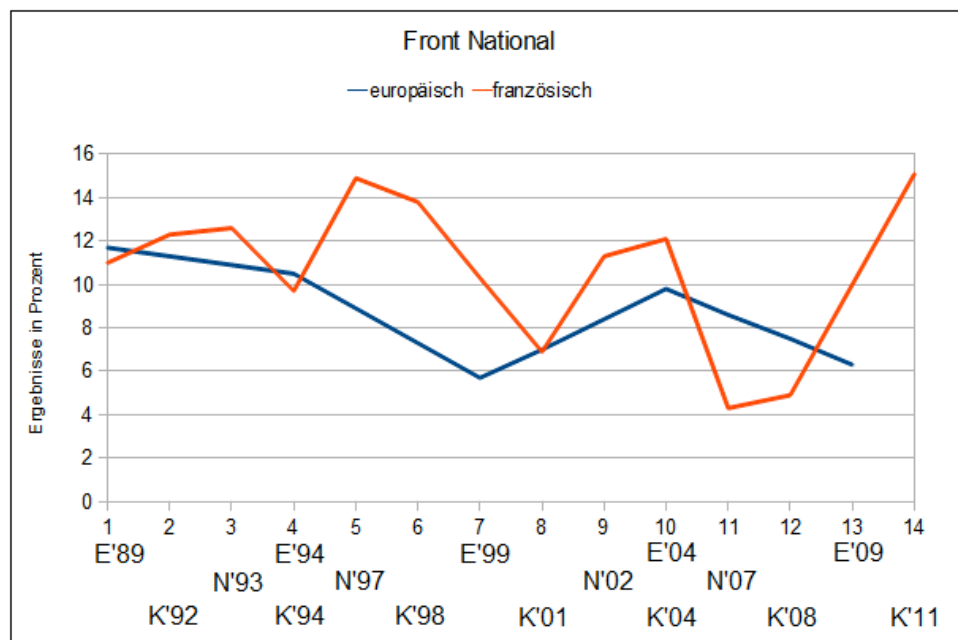
Als Hochburgen der Partei gelten die Regionen Elsass im Westen, Nord-Pas-de-Calais im Norden und Provence-Alpes-Côtes-d'Azur im Süden. Bei den Kantonswahlen im März 2011 (dt. Kreistagswahlen) konnte sie im Süden nur zwei Generalräte gewinnen, obwohl die FN mit einem Ergebnis von insgesamt 15,1 Prozent im ersten Wahlgang nach den Sozialisten (PS) und der Volksbewegung (UMP) die drittstärkste Partei darstellte. Dabei handelt es sich um das insgesamt beste Ergebnis seit ihrer Gründung 1973. Einen vergleichbar hohen Prozentsatz erreichte die FN mit 14,9 Prozent bei den Nationalwahlen 1997 (Abb. 12).

---

96 vom 16.1.2011, <http://www.stern.de> (Abruf 28.2.2011)

97 Bundeszentrale für politische Bildung/bpb; Extremismus. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 44. 2010, S. 35

Abbildung 12: Die rechtsextreme französische Partei Front National bei Europa- (E), National- (N) und Kantonswahlen (K) seit 1989.



Die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gehört zum Parteityp 2. Wissenschaftler Österreichs bezeichnen die Partei als teilweise rechtsextrem, da an ihrer Gründung 1956 ehemalige Vertreter der österreichischen Nationalsozialisten beteiligt waren. Nach einer kurzen Öffnung in Richtung eines politischen und wirtschaftlichen Liberalismus wand sich die FPÖ unter der Leitung Jörg Haider wieder einer nationalistischen Programmatik zu. Die anhaltenden Rechtsstreits, mit denen sich die FPÖ gegen Vorwürfe, eine gewisse Nähe zum Nationalsozialismus zu hegen, wehrte, führte schließlich dazu, dass Wissenschaftler und Journalisten die Partei vorsichtiger als rechtspopulistisch beschrieben.<sup>98</sup>

Der nationalistische Gedanke der FPÖ kommt grenzübergreifend zur Geltung. So versteht die Partei laut Parteiprogramm von 2005, dem Jahr, in dem Heinz-Christian Strache den Parteivorsitz übernahm, Österreich als „Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler“ und unterstützt die Südtiroler *Freiheitlichen* wie eine eigene Landesgruppe. Dass Südtirol bereits ein Minderheitenrecht genießt, hält die FPÖ für unzulänglich. Beide Parteien arbeiten nach wie vor, entgegen den Vorstellungen der *Südtiroler Volkspartei*, zusammen an der Herauslösung der Provinz Südtirol aus der Region Trentino–Alto Adige und an der Errichtung einer Europaregion Tirol, um der Idee nach einer ethnisch-nationalen Homogenisierung gerecht zu werden.

Diese grenzübergreifende Arbeit erinnert an die derzeitige Politik Ungarns. Hier versucht die ungarische Mitte-Rechts-Partei *Fidesz* im nördlichen Nachbarland Slowakei zulasten der an der Regierung beteiligten gemäßigten magyarslowakischen Partei *Most-Hid* mit der derzeit außerparlamentarischen, nationalistisch orientierten, magyarslowakischen Partei SMK zusammen zuarbeiten.

Die **rumänische** *Partidul România Mare* (PRM) gehört zum Parteityp 2. Der Vorsitzende dieser nationalistischen „Großrumänien-Partei“ ist seit ihrer Gründung 1991 der Journalist und Lyriker Corneliu Vadim Tudor. Er unterlag bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 dem

98 Riedel, Sabine; Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009. Stiftung für Wissenschaft und Politik 2008

sozialdemokratischen Gegenkandidaten. Seit dem hat die Zustimmung der Wähler nachgelassen (2000: 19,5 | 2004: 12,9 | 2008: 3,2 Prozent). Tudor gilt als ultranationalistisch, antidemokratisch, Ceausescu-verehrend. Im Visier seiner extremen politischen Äußerungen stehen immer wieder die ethnischen Minderheiten der Roma und Magyaren sowie die Idee eines Großrumäniens wie zu Zeiten vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Europäischen Parlament ist die Partei mit 3 von 33 Sitzen in der Gruppe der Fraktionslosen vertreten und konnte ihre Prozentpunkte von 4,2 (2007) auf 8,7 (2009) verdoppeln. Tudor versuchte 2005 die PRM in die europäische Partei EVP einzugliedern, sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die PRM war 2007 Mitglied der rechten Fraktion ITS, die sie jedoch im gleichen Jahr, nach Provokation und Beleidigung durch den italienischen Partner, verließ und damit die Auflösung der Fraktion auslöste.

### 3.7 Nachbetrachtung

Zweifellos kann davon gesprochen werden, dass sich mit den neuen Parteigründungen innerhalb der letzten fünfzehn Jahre eine „dritte Welle“ rechtsgerichteter Strömungen etablierte. Bereits 20 bis 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich eine so genannte „zweite Welle“ mit ähnlich gestrigem Volks- und Vaterlands-Jargon herausbilden. Diese Art von Neofaschismus tritt derzeit nur noch als eine Restgröße auf. Die NPD.de kann dafür als Beispiel angesehen werden.

Auf der Bühne der europäischen Politik spielen die NPD.de und die übrigen Parteien der ENF (Tab. 5) ausnahmslos keine größere Rolle. Auch vertrat die FN.fr unter der Leitung von Jean-Marie Le Pen lange Zeit vornehmlich puristische Ansichten in Bezug auf Ethnie oder Religion. Mit der Übernahme des Parteivorsitz' durch seine Tochter Marine Le Pen werden hier die Elemente schärfer zum Tragen kommen, welche die „dritte Welle“ auszumachen scheinen und auch auf die Parteien Fidesz.hu oder PVV.nl zutreffend sind. Es handelt sich um Bewegungen, die sich um eine charismatische Persönlichkeit sammeln, welche sich von der hergebrachten Sichtweise des rechten Spektrums abhebt, sich als Sprachrohr der schweigenden Mehrheit darstellt und deren allgemeine Werte als anti-multikulturell, islamfeindlich, nationalistisch umrissen<sup>99</sup> werden können: Die rechten Bewegungen Fortuyns (gest. 2002), Haiders (gest. 2008), Orbáns (Fidesz.hu) oder Wilders' (PVV.nl), die bei Wahlen verhältnismäßig gut abschnitten, weisen wenige bis keine Bindungen zu historisch faschistischen oder philofaschistischen Gruppen auf. Es stehen nicht der „neue Mensch“ oder die „absolute Unterordnung des Bürgers unter den Staat“ im Vordergrund. Vielmehr wird die ablehnende Haltung gegenüber der „Ausweitung des Einflusses des Staates“ auf das Leben der Bürger mit der Rückkehr zu „alten Werten“ und zu einer „natürlichen Ordnung“ kombiniert.<sup>100</sup>

Während diese „natürliche Ordnung“ von Rechtsgerichteten in Ungarn hinsichtlich der magyaren Minderheiten in den benachbarten Grenzgebieten beziehungsweise in Frankreich hinsichtlich der Ausweisung der Roma auf territorialer Ebene auch visuell angestrebt wird, versuchen Parteien Polens mit 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS), Litauens mit 'Ordnung und Gerechtigkeit' (TT) oder Bulgariens mit 'Ordnung, Recht und Gerechtigkeit' (RZS) anhand des Namens Programm zu machen und Werte zu transportieren.

Eine charismatische Persönlichkeit ist René Stadtkewitz (Die Freiheit) nicht, jedoch gab es bereits Pläne, die Partei zusammen mit Kirsten Heisig<sup>101</sup> aufzubauen. Es können nur Spekulationen bleiben, inwieweit bei der Freiheit die Erfolge der FN.fr unter Marine Le Pen oder der DF.dk unter Pia Kjaersgaard oder der Jobbik.hu mit Krisztina Morvai mit der Zeit hätten erzielt werden können. Zu

---

99 Bathke, Peter et al.; Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz 2006, S. 45

100 ebd., S. 36

101 Heisig, Kirsten; Das Ende der Geduld. 2010, (Berliner JugendrichterIn, gest. 2010)

beobachten ist eine Verknüpfung mit ökonomischem Liberalismus, der auch in einem Interview mit Stadtkewitz, das nicht nur die deutliche Verzerrung zwischen Selbst- und Fremdbild beschreibt, aufgezeigt wird:

„Tja, was soll das eigentlich sein, ein Rechtspopulist?, fragt Stadtkewitz und kratzt sich am Kopf. – Jemand wie der Niederländer Geert Wilders? Das ist Quatsch, Rechtspopulist. Geert Wilders ist ein großer Demokrat und Liberaler. Ich kenne ihn ja gut. – Aber Wilders sagt, dass man den Koran verbieten müsste. So wie man Hitlers Mein Kampf verboten hat. Ach, manchmal übertreibt Wilders, sagt Stadtkewitz. Aber man muss die Dinge auch zuspitzen dürfen. Die innere Ablehnung des Islam ist doch längst eine Mehrheitsmeinung in Deutschland...“<sup>102</sup>

Inwieweit *Die Freiheit* nicht nur eine „Freiheit von religiösen Ideologien“, sondern auch eine neoliberale Wirtschaftsstruktur verfolgt, wie ihre Namensvettern *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ.at), *Partij voor de Vrijheit* (PVV.nl) oder auch die *Freie Demokratische Partei* (FDP.de), bleibt zu beobachten. Das rechte Spektrum ist von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht abzulösen, sondern nur im Kontext der aktuellen Weltmarktdynamik zu verstehen. Die Rechte wird auf drei Ebenen davon berührt:

- „1. Durch die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen oder Parteien viele neue Anhänger.
2. Der organisierte Rechtsextremismus „globalisiert“ sich, in dem er transnationale Netzwerke schafft und die Barrieren der Kooperation mit ausländischen Gesinnungsgenossen niederreißt.
3. „Globalisierung“ wird selbst zum Gegenstand der rechtsextremen Agitation und Propaganda, was Markt, Leistung und Konkurrenz für die neuen Rechten zur politisch-ideologischen Trennlinie macht.“<sup>103</sup>

Rechtskonservative Strömungen haben nicht zuletzt auch deshalb einen enormen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen, weil sie allen, die sich durch die liberale Globalisierung – die Finanzkrise 2008 traf Ungarn besonders hart – in ihrem Status bedroht fühlen oder bereits bedroht sind, durch einfache, scheinbar schlüssige Erklärungen eine Alternative zu den bürgerlichen und linken Parteien bieten. Eine der Erklärungsversuche ungarischer Rechte sind die Roma. Während sich auch die der anderen osteuropäischen Rechten auf die jeweiligen ethnischen Minderheiten beziehen, stehen in West- und Nordeuropa Immigration und Islam im Fokus.

---

102 in Der Spiegel 1/2011. Der deutsche Geert.

103 Bathke, Peter et al.; Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz 2006, S. 15

### 3.8 Abkürzungsverzeichnis

ADIK	Agonistiko Dimokratiko Kinima (Kämpfende Demokr. Bew., Zypern)
AEN	Alliance for Europe of the Nations
ALDE	Alliance of Liberals and Democrats for Europe
AMNE	Alliance des mouvements nationaux européens
Bew.	Bewegung
bzw.	beziehungsweise
CDA	Christen Democratisch Appèl (Christlich-Demokr. Aufruf, Niederlande)
CDS-PP	Centro Democr e Sociale Patido Popular (Portugal)
CDU	Christdemokratische Union (Deutschland)
Demokr.	demokratisch
dt.	deutsch
ECPM	European Christian Political Movement
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	European Union, Europäische Union
Fidesz	Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund junger Demokraten, Ungarn)
GUE/NGL	Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left
HZDS	Hnutí za Demokratické Slovenska (Bew. für eine Demokr. Slowakei)
Jobbik	Jobboldali Ifjusági Kösszeg
k. u. k.	kaiserlich und königlich (Österreich-Ungarn)
KUN	Kongresz Ukrajinskych Nazionalistiv (Kongress Ukrainischer Nationalisten)
KVEL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordic Green Left
LIBE	Liberals
LNNK	Latvijas Nacionalas Neatkaribas Kustiba (Nationale Unabhängigkeitsbew.)
LVLS	Lietuvos valstieciu liaudininku sajunga (Litauischer Bauernvolksbund)
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MEP	Member of European Parliament
MER	Movement for European Reform (Bew. für europäische Reformen)
Mio.	Million
mouv.	mouvement
NI	non-inscrit
ODS	Obcanská demokratická strana (Demokr. Bürgerpartei, Tschechien)
PdL	Il Popolo della Libertà (Volk der Freiheit, Italien)
PPE	Parti Populaire Européen, Europäische Volkspartei
PSNS	Pravá SNS (Wahre SNS, Slowakei)
PS	Perussuomalaiset/Sannfinländarna (Wahre Finnen)
PS	Pilsoniska Savieniba (Bürgerunion, Lettland)
PSOE	Partido Socialista Obrero Espanol (Spanische Soz. Arbeiterpartei)
RZS	Red, Zakonnost Spravedlivost (Ordnung, Recht, Gerechtigkeit, Bulgarien)

SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij (Reformierte Politische Partei, Niederlande)
SMER	Smer (Richtung, Slowakische Sozialdemokr.)
SMK	Strana Mad'arskej Koalicie (Ungarische Koalition)
SNS	Slovenská Národná Strana (Slowakische National Partei)
Soz.	sozialistisch
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SRP	Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (Selbstverteidigung der Republik Polen)
VNDPS	Valstieciu ir Naujosios Demokr. Partiju Sajunga (Bauernpartei, Litauen)
UEN	Union for Europe of the Nations
UPyD	Union, Progreso y Democracia (Einheit, Fortschritt und Demokratie, Spanien)
UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

### **3.9 Quellenverzeichnis**

- Bathke, Peter et al.; Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz 2006
- Beer, Angelika et al.; Europa im Visier der Rechtsextremen. Bloch & Co GmbH 2009
- Bundesministerium des Inneren; Verfassungsschutzbericht 2009. Niestetal: Silber 2009
- Bundeszentrale für politische Bildung/bpb; Vorurteile. Heft 271. 2009
- Bundeszentrale für politische Bildung/bpb; Extremismus. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 44. 2010
- Decker, Frank; Populismus in Europa. Wiesbaden: VS/GWV 2006
- Europäisches Parlament; Mitgliederliste. Brüssel: 18.8.2010
- Fritzler, Marc et. al.; Die Europäische Union; München: H+G Lidl 1998
- Fritzler, Marc et. al.; Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Politiken. Paderborn: Bonifatius 2007
- Hübner, Carsten; Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009. GUE/NGL 2008
- Kagan, Robert; Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung? München: Siedler 2008
- Kraske, Michael; ...und morgen das ganze Land. Neue Nazis, „befreite Zonen“ und die tägliche Angst – ein Insiderbericht. Freiburg/Breisgau: Herder 2007
- Läufer, Thomas; Der Vertrag. Europäische Union. Europäische Gemeinschaft. 8. Auflage. Bonn: Europa Union 1998
- Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.); Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. München: Günter Olzog 1993
- Riedel, Sabine; Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009. Stiftung für Wissenschaft und Politik 2008
- Röpke, Andrea; Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft? Berlin: Christoph Links 2009



## 4. Wirtschaftskrise und Mangel an Alternativen zum Kapitalismus - die Stunde der Rechtspopulisten

1. Neben Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Konservativen gehören in Europa seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch völkische Faschisten, extreme Nationalisten und Rechtspopulisten zu den charakteristischen politischen Strömungen, Bewegungen und Parteien. Diese vor allem finden in krisengeschüttelten Zeiten Zuspruch in der Bevölkerung. Als Erste putschten sich italienische Faschisten in der Nachkriegskrise 1922 an die Macht. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise übernahmen die deutschen Nazis 1933 durch Parlamentswahlen legal die Regierung. Machtpositionen erlangten Faschisten und extreme Nationalisten in Ungarn (1920), Litauen (1926), Portugal (1932), Estland und Lettland (1934), Spanien und Griechenland (1936), Slowakei (1939), Rumänien (1940) und Kroatien (1941). Geschichte muss sich nicht wiederholen. Niemals aber darf vergessen werden, dass der historische deutsche Faschismus den Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas zu verantworten hat: Die Tötung der Hälfte der europäischen Juden, der Massenmord an Millionen Russen, Polen, Serben, Roma, Behinderte, Homosexuellen u.a. Nazideutschland stützte sich dabei auch auf spanische, französische, finnische, slowakische, ungarische, kroatische, bulgarische und rumänische Vasallen-Regime genauso wie auf belgische norwegische, holländische, estnische, lettische und litauische, slowenische, russische, belorussische oder ukrainische Kollaborateure.

Auch nach dieser bisher größten Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkrieges, die das Leben von 60 Mio. Menschen kostete, blieben die gesellschaftlichen Grundlagen für das Wiederaufkommen des Faschismus und extremen Nationalismus erhalten. Unter den Bedingungen des restaurierten Kapitalismus in Westeuropa wurden Neofaschisten, extreme Nationalisten und Rechtspopulisten erneut salonfähig und eine Konstante der parlamentarischen Demokratie.<sup>104</sup> Nach dem Zusammenbruch der Regime von Horthy in Ungarn, Tiso in der Slowakei oder Antonescu in Rumänien besaß der historische Faschismus im osteuropäischen Staatssozialismus sowjetischen Typs keine Chancen einer Restauration, wenn auch von einer vollständigen Überwindung seiner Ideologie keine Rede sein konnte.

Mit der Transformation zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zur pluralistischen Demokratie seit 1989 organisierten sich Neofaschisten, extreme Nationalisten und populistische Rechte neu. Sie fanden Nährboden in den bald einsetzenden sozialen Klüften und Degradierungen, in der auch von westlichen Politikern mit forcierten Re-Nationalisierung und in der schwierigen europäischen Integration. Befördert wurde diese Entwicklung auch dadurch, dass die neuen oder gewandelten alten politischen Eliten, die zur Legitimierung ihrer Herrschaft einseitig auf jene historischen Traditionen und Erblasten zurückgreifen, die wenig mit demokratischer, internationalistischer und rechtsstaatlicher Kultur, tatsächlichen nationalen und sozialen Interessen zu tun haben - auf historische Persönlichkeiten und Parteien der nationalistischen oder faschistischen Diktatur-Regime der Zwischenkriegszeit und auf die einheimische Kollaboration mit Nazideutschland. Die Neofaschisten und extremen Nationalisten erfassten zunächst die äußerst rechten Ränder der wiederentstandenen rechten Parteien und formierten sich zu eigenständigen Bewegungen.<sup>105</sup> Ihre

---

<sup>104</sup> Vgl. Wolfgang Wippermann: *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982*, Frankfurt am Main 1983; Jerzy Borejsza: *Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa*, Frankfurt am Main 1999

<sup>105</sup> Vgl. Sabrina O. Ramet (Hrsg.): *The radical right in central and eastern Europe since 1989*, Pennsylvania 1999; Frank Decker (Hrsg.): *Populism. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006; Karl-Heinz Gräfe: *Die Wiedergeburt rechtsextremer Ideologien, Bewegungen und Parteien in Osteuropa*, in: *Arbeiterinnenbewegung und Rechtsextremismus*. 42. Linzer Konferenz 2006. ITH-Tagungsbericht 41. Herausgegeben von

Vertreter sitzen seit in den nationalen Parlamenten, koalieren mit konservativen und liberalen Regierungen. Sie gelangten in das Europäische Parlament, denn mit der EU-Osterweiterung ging zugleich eine Osterweiterung der extremen und populistischen Rechten einher (2004 gehörten 34 der 151 osteuropäischen Abgeordneten rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien an; 2009 von 190 etwa 65).<sup>106</sup>

2. Ungarn ist nur ein Beispiel dafür. Dass das geistige und politische Potential der Pfeilkreuzler-Bewegung und des Horthy-Regimes unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen nach Jahrzehnten wieder abruf- und restaurierbar wurde, offenbarte sich im Transformationsprozess des ungarischen Staatssozialismus zum peripheren Kapitalismus. In dem 1987 gegründeten *Demokratischen Forum MDF (40.000 Mitglieder)* wirkte unter dem stellvertretenden Parteiführer *István Csurka* ein neofaschistischer Flügel, aus dem 1993 die *Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens MIEP (18.000 Mitglieder)* hervorging. Sie wurde zu einem gefährlichen militanten Stoßtrupp des Rassismus gegen die größte ungarische Minderheit der Roma, aber auch des Antisemitismus und Revanchismus für ein Großungarn in den Grenzen vor dem Trianon-Vertrag 1920. Nachdem die neofaschistische Csurka-Partei als Mobilisierungsfaktor der extremen Rechten, Tabubrecher und stiller Tolerierungspartner der ersten rechtspopulistischen FIDESZ-Regierung 1998-2002 politische bedeutungslos geworden war, nahm Orbáns Kanzleramtsminister István Stump die Neuformierung der neofaschistische Bewegung in die Hand. Er unterstützte die dem FIDESZ nahestehende *Gemeinschaft rechtsgesinnter Jugendlicher JIK (David Kovac)*, weil diese das Zeug dazu hätte, „das radikal-nationalistische rechte Segment zu besetzen“, nachdem die Csurka-Partei ihren Schwung verloren habe.<sup>107</sup> An deren Stelle trat die 2003 offiziell gegründete *Bewegung für ein besseres Ungarn JMM, kurz Jobbik (seit 2006 unter Gabor Vona)* samt ihrer militanten Schlägertruppe *Ungarische Garde*, die 2010 den 3. Platz im ungarische Parlament besetzt (17 % der Wähler, 47 der 386 Abgeordneten) und mit drei Sitzen (14% der Wähler) in das Europa-Parlament einzog.<sup>108</sup>

Auch der *Bund der Demokratischen Bürgerallianz FIDESZ-MPSZ* Viktor Orbáns, der der Europäischen Volkspartei angehört, mutierte bald nach seiner Entstehung aus der Bürgerbewegung zu einer extrem nationalistischen rechtspopulistischen Partei. Sie repräsentiert sich als „Hüterin“ eines ausschließenden „ethnisch-ungarischen Gemeinwesens“. In den Parlamentswahlen Wahlen 2010 erhielt diese rechtspopulistische Partei erstmals die absolute Mehrheit von 53% (263 der 386 Mandate), nachdem sie 2009 bereits 14 der 22 ungarischen EU-Abgeordneten erhalten hatte. Die Orbán-Regierung übernahm im Januar 2011 die Ratspräsidentschaft. Die legale politische Machtergreifung der rechtspopulistischen Orbán-Partei im April 2010 fällt zusammen mit dem Höhepunkt der seit 2008 schwelenden Systemkrise des globalen und gleichzeitig des peripheren ungarischen Kapitalismus (20 Mrd. Euro-Hilfspaket). Die jahrzehntelange neoliberale Politik der

---

Jürgen Hofmann und Michael Schneider, Wien 2007, S. 251-268; Gregor Mayer/Bernhard Odehnal: *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*, St. Pölten-Salzburg 2010; Wilhelm Heitmeier (Hrsg): *Deutsche Zustände. Folge 1-7*, Frankfurt am Main 2002 ff.

<sup>106</sup> Zum Einfluss der extremen und populistischen Rechten im Europa-Parlament vgl. u.a. die folgenden Studien: Carsten Hübner: *Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009*. Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke. Dezember 2008; Angelika Beer (Hrsg.): *Europa im Visier der Rechtsextremen. Die Grünen/Europäische Freie Allianz*. Juni 2009; Karl-Heinz Gräfe: *Die Osterweiterung des Rechtsextremismus. Extreme Rechte in Polen, Ungarn, Tschechien und in der Slowakei (1989-2004)*. Studie AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS Berlin. Oktober 2004; Karl-Heinz Gräfe: *Rechtsextremismus und Nationalismus in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen*. Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne. Studie von Mai 2011)

<sup>107</sup> Zitiert nach Gregor Mayer/Bernhard Odehnal: *Aufmarsch*, S.45

<sup>108</sup> Jobbik pflegt Beziehungen zu anderen Rechtsextremen: französische und wallonische Front National, italienische Fiamma Tricolore, Britischen Nationalpartei, bulgarischen Ataka, schwedische Nationaldemokraten und NPD. Udo Voigts, der sich als „Vorsitzender der ältesten und stärksten nationalen Partei Deutschlands“ nach 1945 bezeichnet, gratulierte seinen „lieben ungarischen Kameraden“ Vrona zu dieser „großartigen Leistung: „Inhaltlich gibt es viel Übereinstimmung zwischen unseren Ländern und unseren beiden Parteien. Gemeinsam kämpften unsere Völker gegen den Bolschewismus.“

*Sozialistischen Partei MSZP* und des linksliberale *Bundes Freier Demokraten SZDSZP* führte zu enormen sozialen Zerklüftungen und politischen Polarisierungen. Da in Ungarn eine einflussreiche politische Kraft links des sozial-liberalen Lagers als Alternative fehlt (die kommunistische Arbeiterpartei ist mit 5.000 Stimmen einflusslos und die linksgrüne Partei LMP ist erst entstanden), konnten in der offen ausgebrochenen Krise nun auch tatsächlich die Rechtspopulisten und Neofaschisten das politische Übergewicht in der Gesellschaft erreichen. Wir erleben gegenwärtig, wie die Orban-Partei die parlamentarische Demokratie zu einem autoritären Herrschaftsregime mit großungarischen Ansprüchen, tradierten Antisemitismus, Rassismus und aggressiven Antikommunismus umbaut. Auch wegen der derzeitigen Alternativlosigkeit hat der ungarische Kapitalismus noch lange nicht abgewirtschaftet, sondern kann mit einem noch nicht so abgenutzten neuen rechtspopulistischen Partei- und Regierungspersonal, mit einer rechten politischen und geistigen Hegemonie für längere Zeit unangreifbar werden. Das an die Macht gelangte rechtsnationalistische Lager ist eine Gefahr für bürgerliche und soziale Rechte. Das forcierte Re-Nationalisierungs-Konzept von der „nationalen Gemeinschaft“ schürt Hass und Aktion gegen nationale Minderheiten vor allem der Roma wie der Immigranten und ist auch eine sichtbare Gefahr für das friedliche Zusammenleben mit den benachbarten Ländern und in der Europäischen Union geworden („Schand- und Diktaturfrieden von Trianon“, Nationaler Erinnerungstag seit 4. Juni 2010).<sup>109</sup>

3. Dass diese gefährliche Re-Nationalisierung in Europa seit längerem im Gange ist, offenbarten die vergangenen zwei Jahrzehnte in der baltischen Region.<sup>110</sup> In der Krise des sowjetischen Staatssozialismus und dem Zerfall der UdSSR entstanden um 1989 starke nationale und demokratische Massenbewegungen im Rahmen der Perestroika Gorbatschows. Sie wurden zur Hauptkraft für die Bildung einer estnischen, lettischen und litauischen Nationalstaatlichkeit. Sie entzündete sich am nicht überwundenen Erbe des Stalinismus. Es ist heute kein Geheimnis mehr, dass die Politik des Stalin-Regimes 1939-1941 und 1945-1953 verbunden war mit dem völkerrechtswidrigen, auf Widerstand stoßenden Anschluss Estlands, Lettlands und Litauens als Unionsrepubliken an die UdSSR, mit Sowjetisierung samt massenhaften Deportationen und Verhaftungen von über 200.000 Esten, Letten, Litauern, Juden und Polen (bei 5 Mio. Einwohnern). Das ist ein noch lange nicht überwundenes Erbe in den Beziehungen der baltischen Völker zu Russland.

Nach der Beseitigung des kommunistischen Machtmonopols entschied die Bevölkerungsmehrheit die Separation von der UdSSR. In den neuen bürgerlichen Nationalstaaten Estland und Lettland ging die sozialökonomische und politische Transformation einher mit einer rigorosen rassistischen Ausgrenzung der hier schon lange lebenden großen slawischen Minderheit, die damals über ein Drittel Landesbevölkerung bildete - in Lettland 900.000 der 2,3 Mio. und in Estland 474.000 der 1,5 Mio Einwohner. Das ist das Ergebnis der Politik und des ideologischen Einflusses, der geballten Kraft der vor zwei Jahrzehnten neu entstandenen rechtsnationalistischen, rechtspopulistischen und neofaschistischen Parteien. Ihnen gelang infolge des diskreditierten sowjetischen Kommunismus, der Schwäche der linkssozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte, das seitdem die Angehörigen der großen slawischen Minderheit in beiden multiethnischen EU-Staaten als „Nichtbürger“ oder „Staatenlose“ ausgegrenzt sind- Sie haben weder Freiheitsrechte noch soziale und prozessuale Grundrechte. Sie können keine eignen Parteien bilden, besitzen weder aktives noch passives Wahlrecht. In Lettland wird ihnen selbst die Teilnahme an den Kommunalwahlen und die

---

<sup>109</sup> Vgl. Gregor Mayer/Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S.17-101'; Magdalena Marsovsky: Antisemitismus und neue völkische in Samuel Salzborn (Hrsg.): Minderheitenkonflikte in Europa, Fallbeispiele und Lösungsansätze, Innsbruck 2006, S.201 -211; Karl-Heinz Gräfe: Die extreme Rechte Ungarns gewinnt an Einfluss. In: Rundbrief der AG Rechtsextremismus und Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei, Heft 4/2006, Berlin 2006, S. 19-24; derselbe: Der Vormarsch ungarischer Faschisten und rechtsbürgerlichen Nationalisten, in ebenda, Heft 3-4/2010, Berlin 2010, S.28-36

<sup>110</sup> Zu dieser Problematik vgl. Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010

Benutzung der russischen Muttersprache verweigert, obwohl nur die reichliche Hälfte der Bevölkerung ethnische Letten sind und die lettische Sprache von nur 62% der Einwohner gesprochen wird. Die Hälfte der Bewohner Rigas und 70% der zweitgrößten Stadt Daugavpils sind Russen, Ukrainer oder Belorussen. Dieser Zustand ist unvereinbar mit den EU-Standards. In den vergangenen zwei Jahrzehnten fanden in Estland und Lettland keine wirklich freien und demokratischen Wahlen statt.

Trotz dieser Menschenrechtsverletzungen und erheblichen Demokratiedefizite wurden beide Neustaaten 2004 in die EU aufgenommen. Nicht nur die oft erzwungene Ausreise, sondern auch der internationale Druck und die Politik der noch schwachen sozialistischen, grünen und sozialdemokratischen Parteien erweiterten im letzten Jahrzehnt die Einbürgerungsmöglichkeiten. Die Zahl der sog. Nichtbürger sank - in Estland bis 1996 von 478 000 auf 400 000 und bis 2000 auf 300 000; in Lettland bis 1995 von 900 000 auf 700 000 und bis 2010 auf 335 000.

Die gegenwärtige globale Krise des Kapitalismus, die die mit aller Wucht auch die drei baltischen Staaten seit 2007 erreichte, erweiterte bis heute die Hegemonie der rechten Nationalisten und Populisten. In den estnischen Parlamentswahlen vom März 2011 wurde die neoliberale nationalistische *Reformpartei ER*, die mit ihrem rigorosen Sparkurs den Übergang zur Eurozone sicherte, von einem Drittel der Wahlberechtigten Esten gewählt. Sie koalitiert mit den extrem nationalistischen Kräften (*Union Pro Patria und Res Publica IRL*), die 20% der Bevölkerung hinter sich haben. Die Mitte-Links-Parteien, deren Politik auf sozialen Ausgleich und volle Integration der slawischen Minderheit gerichtet ist, blieben in der Opposition (Sozialdemokraten, Zentrumspartei) bzw. erreichten nicht mehr die 5%-Hürde (Linkspartei, Russische Partei, Grüne, Volksunion). Wie extrem rassistisch und menschenfeindlich die antikommunistische Hetze ist, sei nur an einem Beispiel demonstriert: Auf einer Fußballveranstaltung trugen prominente estnische Politiker T-Shirts mit der Aufschriften „Wie lange noch (Kaua voib)?“ und als Antwort „Kommunisten in den Ofen (Kommarid ahju)!“ samt einer Namenslisten von Parlamentariern und Politikern, die der Estnischen KP angehört hatten. Wegen dieses weltweit bekanntgewordenen Skandals trat der Verteidigungsminister zurück, nicht aber einer der Rechtspopulisten, der an der Aktion teilnahm - Indrek Tarand (Jg. 1964), ehemals Sondergesandte der estnischen Regierung für das russisch besiedelte Gebiet Narva (1993-1994), Staatssekretär im Außenministerium (1994-2002), seit 2006 Direktor des Kriegsmuseums und seit 2009 EU-Abgeordnete.<sup>111</sup>

Lettland ist in der baltischen Region am stärksten von der Finanzkrise betroffen und konnte durch ein EU-Rettungspaket von 7,5 Mrd. Euro und den damit verbundenen rigorosen Sparkurs vorerst vom Staatsbankrott bewahrt werden. Die herrschende politische Klasse aus nationalistischen Konservativen und Liberalen in Koalition mit extremen Rechten (*Vaterland und Freiheit TB*, *Nationale Unabhängigkeitsbewegung LNNK*, *Alles für Lettland VL/TB/LNNK*) tragen die politische Verantwortung für die bisher einmaligen sozialen Verwerfungen und rassistischen Ausgrenzungen der großen slawischen Minderheit. Sie konnten in den Parlamentswahlen 2010 erneut ihre politische Hegemonie (über neuformierte Wahlblöcke *Einheit* und *Union aus Grünen und Bauern*) auch ohne Rechtsextreme sichern.

Im Unterschied zu Estland ist aber der Widerstand gegen diese Politik der sozialen und ethnischen Ausgrenzung gerade in der Krisenzeit größer geworden. Die linken Gruppierungen *Menschenrechte im Vereinten Lettland PCTVL* (seit 1998) und *Harmonie- Zentrum SC* (seit 2003) treten als einzige lettische Parteien konsequent gegen die rassistische und soziale Ausgrenzung auf. Die PCTVL erreichte 2002 ein Viertel der Parlamentssitze, in Riga besetzte sie 13 der 60 Abgeordnetensitze. In den Kommunalwahlen 2009 stellte das *Harmonie-Zentrum* in der Hauptstadt Riga 26 der 60 Sitze und mit Nils Uschakow den Bürgermeister. In den Parlamentswahlen Oktober

---

<sup>111</sup> Vgl. Olaf Mertelsmann: Die zeitgeschichtliche Forschung im Baltikum und der Antikommunismus, in: Jahrbuch Historische Kommunismusforschung 2011, Weimar 2011, S. 265—279, hier S. 267.

2010 wurde das Harmonie-Zentrum mit 26 Prozent (29 Abgeordnete) zweitstärkste Partei. Rechtsliberale und Rechtskonservative, die die Linksozialisten als „Russenpartei“ diskriminieren, verweigern ihnen eine Regierungsbeteiligung, um ihren Apartheid-Kurs aufrechtzuerhalten. Drei der acht lettischen Europa-Parlamentarier (Alexander Miersky, Alfred Rubiks und Tatjana Zdanoka) vertreten diese beiden linken Parteien).

Zur Legitimierung ihrer rechtsnationalistischen Herrschaft und rassistischen Ausgrenzung der russischen Minderheit wird von den Rechtsparteien (einschließlich der extremen und neofaschistischen Rechten) ein einseitiges Bild über die Geschichte verordnet und massenhaft verbreitet. Die Verbrechen des Stalinismus werden einseitig in das Zentrum der Erinnerungs- und Gedenkpolitik gestellt, um die rassistische Politik zu rechtfertigen. Die Sowjetperiode wird undifferenziert als eine Zeit der Genozids an den Esten, Letten und Litauern verfälscht, behauptet wird, dass allein baltischen Völker Opfer der Diktaturen Stalins und Hitlers gewesen seien, wobei die letztere weitgehend verharmlost wird. Die Diktatur-Regime von Smetona, Pāts und Ulmanis, die faschistischen Bewegungen der lettischen Donnerkreuzler und „Estnischen Freiheitskämpfer“ des Litauischen Nationalisten-Bundes Tautininkai, ihr antikommunistischer Widerstand und ihre Kollaboration seit 1939 mit Nazideutschland werden als Kampf Freiheit und Unabhängigkeit umgedeutet. Esten, Letten und Litauern waren aber nicht nur Opfer von ausländischen Diktatoren. Die rechtsnationalistischen und faschistischen Eliten des Baltikums der Zwischenkriegszeit organisierten die Kollaboration mit Nazideutschland, an der allein in polizeilich-militärischen Formationen fast jeder zehnte Este (90.000) und Lette (150.000) organisiert war. Sie trugen Mitverantwortung für den tatsächlich stattgefundenen Genozid in der baltischen Region während der deutschen Besatzung 1941-1945 - für die die Vernichtung nahezu aller hier lebenden 300 000 Juden und am Massenmord an ebenso vielen hierher deportierten sowjetischen Kriegsgefangenen. Diese Kollaborateure sind auch für den Tod von 40 000 Kommunisten und Sowjetanhänger, für 50.000 estnische, lettische und litauische Zwangsarbeiter mitverantwortlich.<sup>112</sup>

---

<sup>112</sup> Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010

## 5. The rise of right-wing populism in Finland: the True Finns

So far Finland has been considered an exception in Europe in terms of right wing populism: the country has lacked the extreme right, or the usually successful ‘ideal type’ of the populist right which combines the right-wing market ideology, political authoritarianism and anti-foreigner attitudes<sup>113</sup>. Only now, in the parliamentary elections in April 2011, the True Finns<sup>114</sup> have gained significant success by reaching nearly 20 % of the votes.

This text examines who the True Finns are, the relation of the True Finns to other European right-wing populist parties and the challenge it is posing in Finland. As a basis for this article I will use the results of a recent study conducted by Left Forum.<sup>115</sup> I will also briefly comment the results of the recent parliamentary elections in Finland and the current formation of a “six-pack” government of six parties, of which the Left Alliance is also going to be one. The True Finns will remain in opposition despite their major victory and they are especially targeting the left with their criticism.

### The True Finns as a radical right-wing populist party

David Arter<sup>116</sup> sees that the True Finns represent radical right-wing populism, as literature about the party shows that the party line has grown tougher in immigration questions, and the immigration question in particular is a central definer of European right-wing populism. Arter defines the True Finns also as a populist and welfare chauvinistic party . The voter profile of the party closely resembles the archetypal voter of the radical right, defined, according to Arter, by low party commitment, lower than average trust in politicians, proletarianism, being male and reasonably young. On the other hand, Arter reminds that the voters of the True Finns perceive themselves to be the most leftist of the voters of right-wing parties. The True Finns have never flirted with neoliberalism. Also the background of the True Finns is not in the far right, unlike that of the Sweden Democrats or France’s Front National. The background of the True Finns is in the populist small farmers’ Finnish Rural Party (SMP).

In the past years there has, however, been a loud ‘immigration critical’ wing in the party, which comes from the extreme right. The rhetoric and leadership of the True Finns are also more moderate than, say, the Party for Freedom in the Netherlands or FPÖ in Austria. Arter classifies the True Finns in the Western European tradition of right-wing populism instead of centre-populism, as particularly the ethno-nationalistic view of Finnishness defines all policy of the True Finns. For example, the True Finns’ election programme presents various means to preserve “the national cultural heritage”, such as focusing government grants to such culture that “strengthens Finnish identity”.

David Arter reminds, that the party’s statements are, at least for now, lacking the xenophobic and extreme tone, and Timo Soini has not proposed anything like Jörg Haider who proposed that

---

<sup>113</sup> Kitschelt, Herbert, McGann, Anthony 1995: *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

<sup>114</sup> ”True Finns” is actually not the most accurate translation of Perussuomalaiset into English. ”Basic” or ”common” Finns would be a lot closer to the Finnish name.

<sup>115</sup> See Carl Mars: *The rise of the right wing populism in Finland: The True Finns in Transform! Europe journal* 8/2011

<sup>116</sup> Arter, David 2010: ”The Breakthrough of Another West European Populist Radical Right Party? The Case of the True Finns”, *Government and Opposition*, Volume 45, Number 4, October 2010, pp. 484-504.

‘sonderlager’ should be established for the ill, elderly and criminals. According to Soini, however, labelling Jörg Haider and other right-wing populists as racists is too straightforward.

The True Finns does differ somewhat from its continental role models. For example, voters do not consider the party as particularly right-wing. The Scandinavian right-wing populism is considered to be more moderate than in the rest of Europe. Scandinavian parties often justify their anti-immigration views with welfare chauvinism instead of racism, their nationalism is milder and connections with extreme groups weaker than with right-wing populists of continental Europe. Also EU criticism, for which the True Finns are very vocal, defines especially the Scandinavian neo-right.

### **Who are the True Finns?**

The supporters of the True Finns are, according to a survey done in 2008-2009, on average well off, middle-aged male wage-earners. Half of the supporters, a larger share than in the supporters of any other party, are workers. The share of specialists and managerial employees, on the other hand, is smaller than in any other party. Then again, the supporters of the party are doing well financially. Only the National Coalition Party and Swedish People’s Party had more supporters in the highest income bracket, those earning over 50 000 euro; and in the lowest income bracket, those earning less than 20 000, there were proportionally less supporters of only the National Coalition Party and the Swedish People’s Party. The level of education of the supporters of the True Finns is relatively low.

According to Magnus Marsdal<sup>117</sup>, who has conducted research on the Norwegian populist right, right-wing populism is an ugly counterpart created by the leftist cultural elite for itself. A common man can, at least in theory, imagine becoming a millionaire but not a professor. Marsdal believes that a large part of the supporters of right-wing populists would vote for the left if it would offer an alternative to the neoliberal and elitist politics. This kind of anti-elitist assumption seems to apply to the True Finns as well.

### **The current political situation in Finland after the elections**

It would be far too simplistic to label the True Finns merely as a racist party. Their victory in the recent parliamentary elections was strongly influenced by protest, anti-EU sentiments, general distrust for politics and criticism of corruption within the Finnish political system. However, after their great victory of 34 seats (from 5 to 39) they now have an outspokenly racist faction within their parliamentary group. The leader of this faction, Jussi Halla-aho, has also been elected to chair the parliamentary committee for administrative affairs, which holds responsibility over issues of immigration.

We have seen already prior to the elections that the political threat of the True Finns is influencing the political agendas of other parties. For example, when the Social Democratic Party announced their policy paper on immigration, they adopted one of the slogans of the racist movement (a Finnish translation of “when in Rome, do as the Romans do”, which has a strong anti-immigration tone in the Finnish discourse). The leader of the Christian Democrats, Päivi Räsänen, who will hold the post of Minister of Interior in the upcoming government, has already openly called for an immigration policy where Finland could single out and prioritise those asylum seekers and immigrants who “are most likely to integrate into the Finnish society”. Prior to the elections she also suggested that Finland should prioritise Christian asylum seekers. An important question now is to monitor how much other political parties are trying to adopt anti-immigration sentiments into

---

<sup>117</sup> Marsdal, Magnus 2007: Högerpopulismen dissekerad, hemligheten bakom fremskrittspartiet framgångar, Celanders förlag, Lund. Norwegian original Frp-koden from 2005. Translation by Henrik Celanders.

their political agenda and how much the success of the True Finns is paving the way for racist tendencies to be more acceptable in Finnish society.

After the elections the True Finns were also invited, as the biggest winners of the elections, to participate in the government negotiations. When they refused, they did it for quite leftist reasons. Their minimum standards for joining the government included a more just income distribution and tax system. They also refused to join the government with the (right wing) Coalition Party. They were very vocally against lending money to the indebted Southern European countries and against Finnish participation in European economic stability mechanisms. Their European policy, however, is based on nationalistic principles whereas the left has been emphasising responsibility of the investors and the effects of forced privatisation of public services and property imposed on those countries.

Left Alliance has made a decision to join the government together with five other parties: the Coalition Party, The Social Democratic Party, The Greens, The Swedish People's Party and the Christian Democrats. Left Alliance has made concessions in matters of EU-policy, which has been heavily criticised by the True Finns. Since the parties that are now forming the government are right-wing and left wing, liberal and conservative, this entails that the government platform is a compromise that doesn't seem to satisfy any party. For the left, the platform includes for example a substantial increase in basic security, modest increase in taxation on capital incomes and cuts on the military budget. However, the parties have also agreed to make cuts in subsidies for municipalities, which might jeopardise public services. There will also be cuts in the higher education system, which has caused a lot of criticism within the left. In these circumstances, the left will most definitely be continuously attacked by the True Finns and probably very often for very good reasons. The upcoming four years will be politically very interesting, in good or bad.



## **6. Öffnung der bürgerlichen Parteien zur Rechten, Öffnung der rechten Parteien zur Mitte und zur Macht. Beispiel Österreich**

Der Titel meines Beitrages zwingt dazu, vornehmlich über die Rolle der Freiheitlichen Partei Österreichs, der FPÖ, zu sprechen. Die FPÖ ist eine der ältesten, erfahrensten und erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien in Europa mit beträchtlichem Einfluss auf deren Entwicklung.

Sie hat uns den Gefallen getan, am Wochenende in Graz einen Bundesparteitag abzuhalten und dabei alles, was Hörenden und Sehenden längst in den Ohren klang und in die Augen fiel, nochmal deutlich, ja brutal unmissverständlich auszusprechen, aufzuschreiben und zu beschließen.

Der mäandrierende Weg der FPÖ durch die österreichische Nachkriegspolitik schlägt einen neuen Bogen.

Der Wahlkampf für die Nationalratswahl 2013 hat ganz offensichtlich begonnen, angezettelt durch Umfrageergebnisse, die die FPÖ z.T. bereits als stärkste Partei handeln oder z.T. Kopf an Kopf mit je 27% mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs sehen (die sich übrigens noch bis 1991 Sozialistische Partei Österreichs nannte) und beide deutlich vor der christsozialen, konservativen Wirtschaftspartei ÖVP - Österreichische Volkspartei. Zweitstärkste Partei war die FPÖ bereits ein Mal, nämlich 1999 hinter der SPÖ und vor der ÖVP. Damals verhalf sie mit einer Koalition der drittplatzierten Wahlverliererin ÖVP und ihrem Vorsitzenden Wolfgang Schüssel zum Bundeskanzleramt - eine Lösung, deren Wiederholung von der FPÖ übrigens jetzt ausdrücklich ausgeschlossen wird. Nach den Nationalratswahlen 2002 wurde diese Koalition noch erneuert, trotz herber Stimmenverluste der FPÖ und großer Zugewinne der ÖVP. Die FPÖ stürzte auf 10% ab und schlitterte in eine Krise, die schließlich die Abspaltung des „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) unter Führung Jörg Haiders brachte. Zuvor unterstützte die FPÖ bereits eine SPÖ Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky vom 21.04.1970 bis 04.11.1971 (!) und koalierte mit der SPÖ vom 24.05.1983 bis 16.06.1986 unter dem Bundeskanzler Fred Sinowatz sowie vom 16.06.1986 bis 21.01.1987 (!! ) unter dem Bundeskanzler Franz Vranitzky. Diese Koalition wurde nach einem halben Jahr seitens der SPÖ aufgelöst. Grund war die Wahl Jörg Haiders zum Vorsitzenden der FPÖ.

Schon diese Daten belegen einen wechselnden Charakter bzw. genauer gesagt wechselnde Trends in der Ausrichtung der Partei, nicht zuletzt abhängig von den Vorsitzenden, zwischen eher ideologiefreier, mittiger Wirtschafts- und Politikliberalität und rechts-nationalem Populismus und auch Extremismus.

Vorläufer der FPÖ war der am 25. März 1949 gegründete „Verband der Unabhängigen“, der als „Wahlpartei der Unabhängigen“ bei der Nationalratswahl 1949 mit 11,7% auch schon sein bestes Ergebnis erzielt hatte. Dieser Verband bzw. diese Wahlpartei wollte sich zum „Dritten Lager“ neben den bereits etablierten Parteien SPÖ und ÖVP profilieren. Es war eine etwas bunte Mischung aus konservativen Wirtschaftsvertretern und heimattümelnden Unzufriedenen. Vornehmlich diente die Partei jedoch als Sammelbecken ehemaliger Mitglieder der Nazi-Partei, die in Österreich erst 1949 wieder das Wahlrecht erlangten.

Ich will die Geschichte der FPÖ hier nicht im Detail aufarbeiten. Sie ist in einer schon fast unüberschaubaren Literatur nachzulesen. Zum Thema ist die aktuelle Situation wichtiger.

Doch so viel ist nötig: Spätestens mit der Wahl Jörg Haiders in einer Kampfabstimmung beim Bundesparteitag 1980 in Innsbruck war eine länger andauernde Phase des Versuchs, die FPÖ zu

einer liberalen Partei etwa nach dem Muster der FDP zu machen und zugleich den nationalen Flügel nicht zu verprellen, beendet. Auch wenn Jörg Haider später zurückruderte und sogar die Spaltung und Gründung des BZÖ riskierte, war er zunächst der Exponent rechtspopulistischer Ausrichtung der Partei, bei der die Grenzen zu deutsch-nationaler und rechtsextremer Klientel nicht nur fließend waren, sondern oft auch deutlich überschritten wurden. Auch von Jörg Haider selbst.

Vor allem unter dem zwanzigjährigen Vorsitz von Friedrich Peter von 1958 bis 1978 schien der Weg der FPÖ zu einer eher liberalen als rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Partei gelingen zu können. Peter selbst war eine schillernde Figur. Sohn eines Sozialdemokraten, aber 1938 in die NSDAP und freiwillig in die Waffen-SS eingetreten. Nach dem einjährigen Einsitzen im amerikanischen Entnazifizierungslager Glaserbach begann seine „bürgerliche“ Karriere als Lehrer, Landesschulinspektor, Landespolitiker für VDU und FPÖ und schließlich deren führender Bundespolitiker. Er meinte, der FPÖ den Spagat zumuten zu können, Platz für einen nationalen Flügel und einen wirtschaftsliberalen Flügel gleichermaßen bieten zu können. Das brachte ihm die Sympathie Bruno Kreiskys und dem wiederum die Unterstützung seiner Minderheitsregierung durch die FPÖ Peters. Kreisky verteidigte Peter - wohl aus machtpolitischem Kalkül - sogar vehement gegen Vorwürfe Simon Wiesenthals, mit seiner SS-Einheit an der Liquidation Tausender Juden beteiligt gewesen zu sein.

Nach dem glücklosen Intermezzo im Bundesvorsitz durch Alexander Götz schien mit dem 1980 zum Bundesvorsitzenden gewählten Norbert Steger die Linie von Friedrich Peter fortgesetzt werden zu können. Steger kam zwar aus dem rechten studentischen Milieu des „Ring freier Studentinnen“, war jedoch mit Geburtsjahr 1944 nicht mehr mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit belastet. Als Gründungsmitglied des so genannten „Atterseekreises“ bekannte er sich zum liberalen Flügel der FPÖ und versuchte, sie in diese Richtung gegen den nationalen Flügel - die „Kellernazis“ - zu profilieren. Das brachte die bereits erwähnte Koalition der FPÖ mit der SPÖ von Fred Sinowatz und für Norbert Steger den Posten des Vizekanzlers und des Handelsministers. 1980 wurde Steger sogar Vizevorsitzender der „Liberale Internationale“, aus der die FPÖ unter Jörg Haider austrat, um einem Ausschluss zuvor zu kommen.

Mit dem von ihm initiierten Volksbegehren „Österreich zuerst“ sprengte Jörg Haider den liberalen Flügel von der FPÖ ab. Heide Schmidt, die zuvor noch als Kandidatin der FPÖ für das Bundespräsidentenamt angetreten war, verließ nun mit fünf weiteren Nationalratsabgeordneten, darunter der frühere Verteidigungsminister in den SPÖ-FPÖ Koalitionen Friedhelm Frischenschlager, die FPÖ und gründete das „Liberale Forum“. Diesem war keine erfolgreiche politische Zukunft beschieden. Es versank in Bedeutungslosigkeit. Jörg Haider jedoch errang mit seinem ausländerfeindlichen, rechtspopulistischen und manchmal auch rechtsextremistischen und nazifreundlichen Auftreten Erfolge. Er konnte in Kärnten die Mehrheit erringen, Landeshauptmann werden und dort seine Hausmacht etablieren. Ein interimistischer Rücktritt, erzwungen wegen seines Lobes der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik, fügte ihm keinen weiteren Schaden zu. Er kehrte ins Amt des Landeshauptmannes zurück. Höhepunkt war der Wahlerfolg und Regierungseintritt der FPÖ 1999. Damit war der Beweis erbracht, dass der rüde Rechtskurs von Jörg Haider trotz medialer Kritik und politischem Widerstand erfolgreich sein konnte. Sowohl ÖVP als auch FPÖ opferten jedoch ihre im Wahlkampf vertretenen konfliktären Positionen dem Willen zur Macht. Schüssel hatte zuvor erklärt, als Dritter in Opposition zu gehen. Die Kritik der ÖVP an der rechtspopulistischen Ausrichtung Haiders bediente dieser durch den Verzicht auf das Amt des Bundeskanzlers und jegliches Amt in der Regierung. Er blieb Kärntner Landeshauptmann. Den Protest und Boykott gegen diese Regierung im Lande und vor allem in der EU wollte man aussitzen. Es wurde mehr daraus: De facto wurde nicht zuletzt auch durch das österreichische Beispiel der Rechtspopulismus in Europa endgültig salonfähig. Die damals noch „sündige“ Öffnung der ÖVP hin zur FPÖ ist heute vergleichbare Normalität in vielen europäischen Ländern. Dabei zeigt sich, dass der Umgang mit ZuzüglerInnen, MigrantInnen und AsylbewerberInnen sich von der

Mitte her den rechten Positionen angleicht. Nimmt man die 12 Punkte des Volksbegehren Haider „Österreich zuerst“, so kann man feststellen, dass nicht wenige heute zur Realität der politischen und rechtlichen Praxis in Österreich und auch anderswo gehören.

Ziele des Begehrens waren u.a. eine Verfassungsbestimmung: "Österreich ist kein Einwanderungsland", eine Ausweispflicht für Ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, ein Aufstocken der Fremdenpolizei, so wie deren bessere Bezahlung und Ausstattung zur Erfassung der illegalen Ausländer und zur wirkungsvolleren Kriminalitätsbekämpfung, die sofortige Schaffung eines ständigen Grenzschutzes (Zoll, Gendarmerie) statt Bundesheereinsatz, die Entspannung der Schulsituation durch Teilnahme am Regelunterricht nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen, kein Ausländerwahlrecht bei allgemeinen Wahlen sowie rigorose Maßnahmen gegen illegale gewerbliche Tätigkeiten und gegen Missbrauch von Sozialleistungen.

Auch wenn es keine Verfassungsbestimmung geworden ist, so herrscht doch weitgehende Übereinstimmung quer durch die politischen Lager in Österreich, dass Österreich kein Einwanderungsland ist. Das Ausländerrecht wurde insgesamt nicht nur mit Duldung, sondern auch unter Federführung von SPÖ und noch mehr ÖVP deutlich verschärft. Die Praxis der Umsetzung wurde mit Schikanen angereichert. AsylbewerberInnen haben kaum die Möglichkeit eine Arbeit aufzunehmen. Mit Einführung der so genannten „Rot-Weiss-Rot Card“, die von der FPÖ wegen zu geringer Wirksamkeit bei der Abweisung von Zuwanderung abgelehnt wird, ist die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung von AusländerInnen an einen Ausweis gebunden, der über ein Punktesystem erworben werden kann und immer wieder verlängert werden muss. Die Aufstockung der Ausländerpolizei ist vollzogen. Die Grenzen vor allem nach Ungarn und der Slowakei werden im unmittelbaren Hinterland sehr genau überwacht. Das Österreichische Bundesheer leistet dabei Amtshilfe. Ausländerwahlrecht gibt es keines. Ausländerquotierung in Schulklassen, die auch gefordert war, gibt es nicht. Wohl aber ist die Genehmigung der Zuwanderung, des Nachzugs von Familienangehörigen und der Arbeitsaufnahme neuerdings von bereits im Vorfeld erworbenen Deutschkenntnissen auf dem Niveau B 1 des europäischen Referenzrahmens abhängig. Interessant ist hier, dass Spitzenkräfte von dieser Regelung ausgenommen sind.

Das Wahldebakel der FPÖ von 2002 ließ Kanzler Schüssel jubeln, die FPÖ mit der Einbindung in die Regierung entzaubert zu haben. Jörg Haider meinte nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen und Personalrochaden mit der Gründung des BZÖ die Konsequenz eines Schrittes zur Mitte ziehen zu müssen. Das BZÖ ist jedoch keine Erfolgsgeschichte. Es wird auch nicht als wirtschaftsliberale Partei wahrgenommen, sondern nur als etwas moderatere FPÖ; im Grunde mit vergleichbaren ausländerfeindlichen, deutsch-nationalen und Nationalsozialismus verharmlosenden Positionen.<sup>118</sup> Es gibt viele Beispiele dafür.

Zunächst sicherte sich Jörg Haider mit dem BZÖ die Macht in Kärnten. Auch diese verfiel jedoch nach seinem Unfalltod. Der größte Teil der Kärntner BZÖ-Führung spalte sich unter dem Namen „Die Freiheitlichen in Kärnten“ vom BZÖ ab. Dieser Vorgang war de facto eine Rückkehr in den Schoß der FPÖ, nur notdürftig kaschiert durch einen Hinweis, man verstünde sich bei den Freiheitlichen in Kärnten in einer ähnlichen Situation wie in Deutschland die CSU zur CDU. Geschuldet war der „Trick“ wohl der Absicht, eine gewisse Nähe zu Jörg Haider aufrecht zu erhalten, der in Kärnten nach wie vor den Status eines Volkstribuns und man möchte fast sagen „Landesheiligen“ genießt, zumindest wenn man den Totenkult in Betracht zieht, der um seine Person entstanden ist.

Zieht man ein erstes Fazit aus der Geschichte der FPÖ, so lässt sich feststellen, dass sie offensichtlich mit rechtspopulistischen und rechtsextremen, deutsch-nationalen und nazifreundlichen Positionen sehr viel erfolgreicher war, denn mit Wegen in die Mitte des Parteienspektrums als

---

<sup>118</sup> Andreas Krischhofer

wirtschaftsliberale Partei. Dies bestätigt im Grunde auch die weitere Entwicklung der Partei unter dem jetzigen Vorsitzenden Heinz-Christian Strache. Mit ihm bedient die Partei alle genannten Orientierungen, angereichert noch um islamfeindliche und extrem EU- und Euro-kritische Positionen. Sie nennt sich selbst „die soziale Heimatpartei“, was sich semantisch durchaus als regionalisierte Variante eines „Nationalsozialismus“ interpretieren lassen könnte, der zwar frei von aktueller kriegerischer Aggressivität nach außen ist, aber radikal ethnozentristisch und nationalegoistisch, gefesselt an eine zumindest faschismustolerante Mitgliedschaft daher kommt. Als Kandidatin zur Bundespräsidentenwahl 2010 stellte die FPÖ die, wie sich vor allem im Wahlkampf zeigte, weit rechts abgedriftete Barbara Rosenkranz auf, die sich selbst als „nationalkonservativ“ bezeichnet. „National“ meint dabei stets „deutsch-national“, bei zugleich eingeräumtem österreichischem Patriotismus. Barbara Rosenkranz wurde am Samstag zu einer Stellvertreterin von H.C. Strache gewählt.

Hatte die FPÖ immer schon Probleme mit der EU und wurde sie durch Auseinandersetzungen um die Positionierung gegenüber der EU immer wieder mit Austritten prominenter Mitglieder konfrontiert, so ist sie jetzt auf einen eindeutigen Kurs der Ablehnung der EU, eines anzustrebenden Austrittes aus dieser bzw. überhaupt ihrer Auflösung eingeschwenkt. Im Falle seiner Kanzlerschaft, will Strache alle Zahlungen an die EU einstellen. Die gegenwärtigen Probleme und die gegenwärtige Politik der EU liefern dafür mächtigen Rückenwind. Die Losungen der FPÖ sind entsprechend: „Unser Geld für unsere Leut“, „Heimatland in Heimathand“, „Jetzt geht’s um uns Österreicher“, „Österreich zuerst statt SPÖ-Multikulti“, „Deutsch statt nix verstehen“, „Daham statt Islam“, „Unser Land für unsere Kinder“, „Mehr Mut zu unserem Wiener Blut. Zu viel Fremdes tut niemandem gut“, „Grenzkontrolle bringt mehr Sicherheit“, „Volksvertreter statt EU-Verräter“ usw.

Programmatisch waren und sind diese Positionen ebenfalls fixiert. Ein Beispiel aus dem bisher gültigen Programm: „Die jeweilige Muttersprache ist ... als Trägerin des kulturellen Ausdrucks das bestimmende Kriterium der Zuordnung zu einer größeren Kulturgemeinschaft. Da die Mehrheit der Österreicher die Staatssprache Deutsch ... als Muttersprache spricht, ergibt sich daraus ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft.“<sup>119</sup> Und am Samstag: „Sprache, Geschichte und Kultur Österreich sind deutsch.“<sup>120</sup>

Es ist hier klar und deutlich die Einordnung in ein sprachtheoretisches Paradigma gegeben, das man landläufig „neohumboldtianisch“ nennt und das unter Missinterpretation Wilhelm von Humboldts die Sprachgemeinschaft zur eigentlich geschichtsprägenden Gemeinschaft erhebt und ein Leben außerhalb dieser Gemeinschaft als unnatürlich versteht.<sup>121</sup> Dies ist der Humus auf dem sich eine Führungsschicht wohl fühlt, die sich deutsch-national definiert. Es sind vor allem die deutsch-nationalen Burschenschaften, die ihre Nähe zur FPÖ immer wieder deutlich machen und aus denen sich die Führung der Partei rekrutiert. Grundlage ist das programmatische Bekenntnis der FPÖ zur Tradition von 1848, die als Ursprung des Ringens nach „Freiheit als höchstes Gut“<sup>122</sup> verstanden wird. Im Moment ist das durchaus ein Problem der Partei. Sie bietet damit eine offene Flanke, kann aber nicht und will ja auch nicht auf dieses Kaderreservoir verzichten. Zuletzt wurde das Dilemma deutlich anlässlich des alljährlich am 8. Mai auf dem Wiener Heldenplatz zelebrierten undifferenzierten „Gedenkens“ dieser Burschenschaften an die Opfer des 2. Weltkrieges. Dies ist von heftiger öffentlicher Kritik und von offenem Gegenprotest begleitet. H-C Strache war heuer als Redner angekündigt, ließ sich aber im letzten Moment wegen „Auslandsverpflichtungen“ entschuldigen. Für ihn sprach der Landtagsabgeordnete Wolfgang Jung. Er bezeichnet die GegendemonstrantInnen als „dieses Pack da drüben“ und versicherte, dass Strache sich natürlich nicht von den Burschenschaften absentiert habe und seine zwangsläufige Abwesenheit bedauere.

<sup>119</sup> Kapitel XV - Weite Kultur, freie Kunst, Artikel 2 (1)

<sup>120</sup> Krone.at, 18.06.2011.

<sup>121</sup> Vgl. Leo Weisgerber

<sup>122</sup> Vgl. „Die 10 Gebote der FPÖ“, krone.at, 18.06.2011.

Anwesend war weitere FPÖ Prominenz mit dem 3. Nationalratspräsidenten Martin Graf an der Spitze.<sup>123</sup> Martin Graf ist Mitglied der deutsch-nationalen Studentenverbindung „Olympia“. ÖVP und SPÖ und auch die Grünen haben sich offensichtlich mit deutsch-nationalen Burschenschaftern in führenden politischen Positionen abgefunden.<sup>124</sup>

Die aktuelle Situation in Österreich ist gekennzeichnet von einem Widerspruch zwischen Rhetorik der Parteien SPÖ und ÖVP und der Realität.<sup>125</sup> Einerseits warnt man vor den simplen Parolen und der Rechtslastigkeit der FPÖ, oft in einem Duktus der Unvereinbarkeit. Andererseits lassen beide Parteien erkennen, dass sie die FPÖ als Koalitionspartner nicht abweisen würden, wenn sie anders ihre Macht nicht sichern könnten. Dazu zwingt, dass die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verschlissen erscheint und wohl auch ist. Kolumnisten in Medien, die der FPÖ zumindest mit Sympathie gegenüber stehen, wie z.B. die Kronen-Zeitung, raten direkt dazu, dass es „für SPÖ und ÖVP hoch an der Zeit (ist), in Alternativen bei der Partnerwahl zu denken.“<sup>126</sup> Weniger Probleme wird dabei wohl die ÖVP haben, am wenigsten mit den Positionen der ÖVP zur AusländerInnenproblematik. Allerdings haben beide Parteien Probleme mit der deutsch-nationalen Ausrichtung eines großen Teiles der Parteielite der FPÖ und ihrer radikalen Ablehnung der EU, des Euro, der Schengen-Regelungen und des so genannten Euro-Schutzschirmes.

Die deutschnationale und nicht selten offen faschistoide Einstellung von PolitikerInnen der FPÖ wird fast täglich an Beispielen aufgedeckt und angeprangert. Man zwingt die FPÖ damit zur Distanzierung bis hin zu Rücktritten von Ämtern und Parteiausschlüssen - freilich geschieht dies vornehmlich in der dritten Linie der FunktionärInnen. Man versucht sich so, die FPÖ kompatibel zu machen. EU und Euro müssen ÖVP und SPÖ letztlich verteidigen, wobei hier die SPÖ jedoch mit kritischen Positionen z.T. näher an der FPÖ dran ist, gerade deswegen aber auch um die gleiche Klientel kämpft. Es sind dies die Menschen, die keinen Vorteil für sich in der EU und im Euro sehen. Es sind jene, für die die EU eine einzige Spekulantenblase ist. Die SPÖ will deshalb eine soziale Erneuerung der EU, die FPÖ mit dem Ziel einer vorgeblich besseren Sozialpolitik ein Zurück zu nationalen Lösungen. Das wird sich vermitteln lassen.

Fakt ist aber auch, dass die FPÖ derzeit öffentlich kaum die Annäherung an SPÖ oder ÖVP sucht, sondern vielmehr an der eigenen Stärkung interessiert ist und Stärke demonstriert. Dafür wird angestrebt, allen Protest - auch recht dumpfen - gegen die aktuelle Situation im Lande und in Europa gegen die anderen Parteien zu richten und für sich zu vereinnahmen. Die Wortwahl „Systemparteien“ für SPÖ und ÖVP spricht allerdings Bände und landet direkt in der nationalsozialistischen Sprachregelung von „Systemzeit“ für die Weimarer Republik. Man hält sich für 2013 einerseits alle Optionen offen und feiert sich andererseits schon als Kanzlerpartei. Mit solcher Politik treibt man die anderen Parteien vor sich her. Deren Politik wird mehr und mehr vom starren Blick auf die FPÖ bestimmt. Claus Pándi spricht z.B. in der Kronen-Zeitung vom „unsichtbaren Gast“ bei einer Regierungsklausur Ende Mai 2011: „Obwohl die Koalition es panisch vermeidet, Straches Namen auszusprechen, wird mit fast jedem Satz und jeder Handlung - vom Euro bis zur Sicherheit - auf den Herausforderer reagiert.“<sup>127</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. krone.at, 08.05.2011

<sup>124</sup> Vgl. z.B. Der Standard, 16.05.2012

<sup>125</sup> Vgl. z.B.: Der Standard, 28.04.2011, S. 1

<sup>126</sup> Claus Pándi, Kronen-Zeitung, 29.05.2011

<sup>127</sup> Kronen-Zeitung, 1.06.2011, S. 3

## 7. Right wing Extremism in Romania

### 7.1 An Introduction

In a time of trouble when Xenophobia and Racism are soaring in many European countries, Romania seems to remain an oasis out of the revival of the Far Right.

On the contrary, Romania has opened its borders to immigrants from African countries to the Middle East and even to countries from the Far East such as China and Vietnam, and there are dozens of documented cases that prove the kind and hospitable manner these people have been treated and helped integrate into the society.

Prior to the EU accession in 2007, Romanian legislation has also been adjusted to the new reality as well as to comply with the European standards.

The tradition of welcoming people from afar and not showing xenophobic and racist attitudes towards them dates back long before 1989: members of the Greek 'Eteria' (that reads 'Brotherhood') liberation movement found refuge and support in Romania in the 1820s, Armenians, Jews, Italians, Greeks, Albanians and others came in waves as migrants mostly in the interwar period establishing flourishing businesses in trade, banking and sweets manufacturing, Polish refugees were offered aid and temporary home from 1939 to 1940 when fleeing from the Nazis and their national thesaurus was safeguarded until it was shipped to the US, to end up with the many thousands of Arab, African and South American students throughout the 1970s and 1980s who, after graduating, chose to remain, married with Romanian women and settled down in Romania.

Nevertheless, Romania is a case of a different kind in terms of what is commonly being labeled as 'Right Wing Extremism': unlike in most European countries, the vectors of the Far Right are neither xenophobia, nor Islam phobia, nor racism, nor fascism, nor neo-Nazism, but extreme nationalism, ethnocentrism, traditionalism, conservatism, patriarchalism, and a broad intolerance toward gay phenomena.

### 7.2 An Explanation

The explanation of the aforementioned is, at least, threefold.

*Firstly*, historically and psycho-socially speaking, the innate structure of the Romanian people proved to be hardly tractable along the lines of xenophobia, fascism and racism.

*Secondly*, historically speaking, the genuine Romanian Right Wing Extremism has naturally died out.

The members of the notorious '**Legion of Michael Archangel**' originally founded in the 1910s, and later renamed '**The Iron Guard**', could not fully pass on their legacy to a new organization. It was the legacy of a paramilitary structure which had its heydays during the 1930s and 1940s and did contain elements of violent xenophobia, racism against the Roma and anti-Semitism. Their doctrine relied heavily on exacerbated nationalist feelings and Orthodox religion. It is notorious that combining Extreme Nationalism and Ethnocentrism with Orthodox religion is a method of manipulating people in Eastern Europe and the Balkans, people who proved to be tractable along this course since times immemorial – the Civil War in Yugoslavia being probably the bloodiest and

the nearest example in time in this respect.

The 'Iron Guard' spread terror throughout the country and carried out pogroms and individual executions of respected scholars, politicians, and even of prominent members of the Government.

*"They murdered an entire series of former ministers (60 ministers and high officials were murdered at Jilava, in November 1940)"* [Djuvara, Neagu, page 248].

The 'Iron Guard' had rather good connections with Hitler and even managed to rule the country for a brief, chaotic and bloody period of time between the close of 1940 and early 1941. After a two-day civil war waged between the Army and the 'Iron Guard' in the end of January 1941 the latter were defeated and its top leaders found refuge in Germany thereafter.

So feared and undesirable was the 'Iron Guard' that Hitler would occasionally resort to recall their potential menace in order to blackmail the Romanian Government and force them taking certain decisions.

The 'Iron Guard' was eventually dismantled and outlawed by the newly installed Communist regime in 1945-1946. Its members were declared enemies of the people, of the State and of the new social order and were hunted down ending either killed or in extermination prisons. The forty-five years of Communist dictatorship, as well as the generation gap that has gaped in time between them and any potential followers, took their toll and made their ideological legacy fade away.

Thirdly, and most importantly, both historically and psycho-socially speaking, Romanians are tractable along other vectors of the Far Right than Xenophobia, Fascism and Racism, namely Extreme Nationalism and Ethnocentrism.

### **7.3 The far right Epigones**

Albeit after 1989 until the late 1990s the last elderly surviving members of the 'Iron Guard' who escaped from the Communist Gulag tried to make a comeback and recruit new members whilst the new political regime was showing tolerance and permissiveness towards them, the Legion has never recovered. Petty bickering and long-repressed disagreements on the would-be political doctrine split the movement into several political groups, each claiming to be the one and only holders of the true legacy of the Legion. Obviously, such groups of very old men were mere shadows of the past and their Right Wing extremism would be expressed only in discourses attended by few believers and some curious people.

Even if some of the members of the Legion, particularly poets and priests, have been somewhat rehabilitated, their works published, their tombs turned into shrines, and their sufferance and endurance in the Communist extermination camps have been turned into heroism mostly to comply with the political needs of the new political System-Machinery, the public appeal of the 'Iron Guard' doctrine has come to naught.

The attempts to found a New Legion in the image of the former glorious one with young people fell short because of the lack of the unity of the surviving patriarchs, of the generation gap and broken continuity, of the new political and legislative conditions, and because of lack of financing.

The only epigone organization that maintains partly the legacy of the 'Iron Guard' is the **'Association the New Right' (Asociatia Noua Dreapta)**.

Strangely enough, they have been legally registered as an NGO and thus they must walk on a thin line that separates the realm of Law from the realm of offense and crime. Consequently, the organization is not officially labeled as of 'Extreme Right'. Nevertheless, they do have the features of Right Wing extremism at least in terms of ethnocentrism, extreme nationalism and intolerance towards sexual minorities. They would rise to the occasion and organize counter-manifestations against Hungarian ethnic minority and against homosexuals and lesbians, but they try to keep their

actions non-violent and merely at the level of aggressive political discourse.

Recently, on the occasion of the 'March of Normality' in Bucharest, they took the streets manifesting against the spreading of gay phenomena in Romania angrily voicing Extreme Nationalist and Orthodox-Christian slogans.

The 'Association the New Right' is led by some young intellectuals and students. It is striving hard to gain an image and legitimacy both inside the country and across the borders. The organization's financing sources remain yet a subject of speculation.

#### **7.4 About nationalism as pillar of the far right**

Nationalism, and its exacerbated form, Extreme Nationalism, are, along with Fascism, Neo-Nazism, Racism and Xenophobia, intrinsic pillar components of Right Wing Extremism.

Nationalism, according to Albert Einstein, is a childhood disease of the human society, like measles is in case of the individual. In other words, the more exacerbated and virulent the nationalism, the less developed the society, and vice-versa.

Apparently, societies and peoples that reached the historical-political stage of Nation State later than the end of the 18<sup>th</sup> century, when most Nation States had been founded, are the most Nationalistic due to the fact that their quest for identity has been troublesome and difficult.

*"Albert Camus [...] correctly noted that nationalism is a pathologic form of national identity."* [Keane, John, p.118].

In Romania, similarly to other European countries, the first notable turn of the Nationalism, which played a constructive role in the formation of the Romanian Nation State during the first two decades of the 20<sup>th</sup> century, into extreme, aggressive and violent Nationalism appeared in the early 1930s and continued up to the end of the Second World War. Not by chance, that was a period of global crisis that ended in a world scale war.

There are five elements that may be regarded as being amongst the most negative features of Nationalism.

**Firstly**, nationalism creates Myths and fosters Mythical Thinking in the terms of Ernst Cassirer. We believe the time of myths has gone and the 21<sup>st</sup> century should not be a time of the creating Myths and of Mythical Thinking.

**Secondly**, Nationalism fosters spreading Neoliberalism and Populism with the creation of so-called providential Father Figures and grand Saviors of the Nation. Thus, it helps the maintaining of the self-entitled 'Elites' in Power.

**Thirdly**, Nationalism seems to have a natural tendency of combining with Religion, which, more often than not, has led to social, cultural and economic catastrophe.

**Fourthly**, Nationalism is being used to manipulate and divert the attention of the public opinion from real issues in the State during times of political and economic crisis.

**Fifth**, Nationalism is opposed to Internationalism.

In real life, these five features of Nationalism appear blended and have always been harnessed by those in Power to extend, deepen and prolong their domination over the masses.

Nationalism and its extreme forms are, along with Religion and its extreme forms, ways of venting out Weakness and Fear, Failure, Weakness and Frustration by means of inventing a non-existent reality that satisfies the expectations of the ego of the individual and of the group. Both Nationalism and Religion heavily rely on Myth production and Mythical Thinking that involve taboos, rituals,



and worshipping God-like founding heroes and past embellished events. The pattern has been similar all over the world since ancient times.

*“For Armstrong, the group identity named ‘nation’ is simply a modern equivalent of the pre-modern ethnic identity which existed throughout the entire recorded history. [...] Following Barth’s analysis concerning the social organization and group boundaries, Armstrong sees the set of perceptions called by us ‘ethnicity’ forming and dissolving in each period of history. Some of these, supported by various myths and symbols resisted for centuries and constituted the foundation for the emergence of the ‘national’ identities later on. [...]”* [Smith, Anthony D., p.174-175]

## **7.5 The nationalist structures after 1989 and their links with the past**

In a strange and ironic twist of fate, the Far Right legacy in the form of Extreme Nationalism and Ethnocentrism was a fundamental pillar of the Dictatorial regime in Romania between 1945 and 1989, leading thus, alongside other factors, to social dissolution, cultural decay, and oppression of the people.

Many prominent historians refer to certain stages of Communism in Eastern Europe, particularly in Romania, in the period before 1989 by using the term ‘National Communism’.

*“Ever since the ‘velvet revolutions’ of 1989-1991, the nationalist card has been played not only by the communist parties and by the organizations struggling to maintain their power – Milosevic in Serbia, Kravciuk in Ukraine, and Iliescu in Romania are but a few examples.”* [Keane, John, p.124].

### **The traditional nationalist structures**

**The Party of the National Unity of Romanians (PUNR)** was founded in mid-March 1990 on the basis of a so-called civil organization called ‘Vatra Romaneasca’, that reads ‘The Romanian Hearth’, which, at its turn, had been initiated by an obscure Orthodox priest. Once again, the link between Nationalism and Orthodox religion inevitably leads, like a déjà vu, to the model of the ‘Iron Guard’.

An objective analysis of the bloody inter-ethnic conflicts between Romanians and Hungarian ethnics of 15<sup>th</sup> of March 1990 that caused many casualties on both sides as well as a serious damage to the international image of the new-born Romanian State could not dismiss the role these extreme nationalist organizations played in its ignition and fueling.

Official historical versions insist in explaining its emergence as a genuine popular response to the allegedly rising danger of the Hungarian ethnic minority backed up by the Hungarian State claiming rights and liberties that would, allegedly, jeopardize the national unity of the State by the separation of Transylvania from the motherland.

Some of them even went that far to declare that the events in Transylvania had been an experimental embryo for the operation of dismantling former Yugoslavia the following years, experiment carried out by the powerful Western States that did not want Nation States in the region.

The PUNR used to promote a nationalist discourse mainly directed against the Hungarian ethnic minority living in Transylvania.

*“The jingoistic discourses are meant in the best case for ‘internal usage’, if one may still be hoping that they can cover the deplorable state of the Romanian society. But they do not help at all abroad. On the contrary, this is precisely the kind of discourse which discredits.”* [Boia, Lucian, p.388].

The PUNR has become lately a mere shadow of what it used to be in the turmoil of the early 90s, undergoing some obscure period of transformation. Some of its top leaders left the party for the Great Romania Party and, eventually, it seems it was, in the early 2006, silently absorbed into the Conservative Party whose discourse became imbued with stronger nationalistic tones.

**The Great Romania Party (PRM)** is a notorious Right-Wing party that used to promote in the

past an ethnocentric, anti-Hungarian ethnic minority, anti-Roma ethnic minority and anti-Semite political discourse. Their European political family is composed of the French Le Penn, the Austrian Haider, and the like. Presently their discourse shifted to milder tones but nevertheless, elements of ethnocentrism, extreme nationalism combined with populism remained obvious.

*“The Grand Romania Party is a nostalgic party [...]”*. [Gusa, Cozmin, p.32].

It is relevant to remark that the founder and the president of the Great Romania Party was one of Dictator Ceausescu's court poets and shared all the privileges of the Nomenklatura, though he presently denies it.

This confirms once again the inseparable connection between the present-day nationalist structures and the former dictatorial structures.

Both the aforementioned parties are infested with retired Securitate and Army high-ranking officers, with Ceausescu's former henchmen, and with priests, in the attempt to psychoanalytically exploit primeval drives of the individual and of the group.

At the last Euro parliamentary elections of 2008 the president of the Great Romania Party (PRM) managed to get a seat in the EU Parliament showing that the nationalist and tough redeeming political discourse is rather appealing and dear to the Romanians. Beyond that, such a high score indicated the need of Romanians for Healing, for Justice, Truth, and a Better Life, ultimately, the Quest for an Alternative.

### **CASE STUDY NO 1: The right wing extremism of the radical left**

**The Socialist Party of Workers (PSM)**, later on turned into the **Socialist Alliance Party (PAS)**, is a case of a different kind and requires an attentive and objective analysis since it is the only party in Romania that declares itself as Radical Left.

The party was initially structured on the traditionalist hard-liners of the former dictatorial regime and some top former apparatchiks in the 2<sup>nd</sup> and 3<sup>rd</sup> echelons of the Romanian Communist Party (PCR).

The passage of time has proved that their only supporters remained the nostalgic, the frustrated who could not adapt themselves to the new dynamics in politics and lost their positions as strongmen; few of the workers and peasants, some of the poor, some of the older generation, as well as some opportunists and upstarts complete the list.

They managed to get access into the Parliament only in the very first period of the 90s, gradually fading away since then.

The PAS tried hardly to catch the new and democratic European Left Wing political style and pace by joining the European Left Party (ELP) in 2004 in Rome, but they could not reach the political honesty of publicly denying Stalinism and Ceausism.

The PAS leadership still publicly claims that Ceausescu's dictatorship had in fact been a 'Nationalist Communism' and an 'Illuminated Communism' for the benefit of the Romanian people. One of the satellite NGOs of the PAS, the Association 'Genius of the Carpathians', bears one of the worshiping addressing names imposed to Romanians by Dictator Ceausescu.

Many a time, PAS revealed that it relies on and it employs Extreme Nationalism as a manipulating political tool, as well as a political weapon against adversaries, the same way as the Ceausescu had been doing. Populist demagogic Right Wing phrases embellishing the past such as '*the grand Romanian people*', '*our grand nation*', '*our grand past*' and '*our grand heroes*' are permanent ingredients of their so-called 'Left' political discourse.

Presently the importance and influence of the PAS in Romanian political life has become practically insignificant, and their political chances are close to naught, most likely because of the presence in the party of nostalgic followers of Ceausism and Stalinism.

The proof lies in the disastrous scores the PAS obtained in the 2004 and 2008 elections when they hardly managed to get 1% of the votes in certain 'red' areas of the country like the Southern Counties. Rotaru Constantin, president of PAS, scored rather poorly when running for the Presidential elections of 2009 only to finish before the last. Such performance and scores dismiss their political approach and signal the historical need for the emergence of a completely different Left Party in Romania.

In spite of all the political failure, the president of PAS, Rotaru Constantin, is a well-to-do businessman who holds the monopoly of flag manufacturing in the country and has founded a Media trust. His company 'Rotarexim' has a publicly declared annual turnover that exceeds 1,000,000 Euros. In such circumstances, the Media is not far from the truth when writing that his businesses may well keep the flag up but Capitalism does not match with Left ideology.

On 26<sup>th</sup> January 2008, the Association for the Development of the Romanian Social Forum (ADFSR) and the Romanian Ecological Action Foundation (AER Foundation) were the only to legally organize a social-environmental and cultural event in Romania in the frame of the series of events of the Global Day of Action launched by the World Social Forum.

Rotaru Constantin, president of PAS attacked the event, the participants, and the organizers in a libeler newspaper article that had all the characteristics of Right Wing Extremism: extreme nationalism and ethnocentrism, ethnic discrimination and chauvinism, intolerance and hatred discourse against the Hungarian ethnic minority, political harassment, populism and inciting authorities to take action against innocent people.

Consequently, the president of the Romanian Socialist Alliance Party (PAS) was sued for the offence of publicly promoting Right Wing Extremism in the form of multiple discrimination, political harassment, and hatred discourse.

In his sole written defence, Rotaru Constantin insisted that *'that was a political position'* and *'he did not express himself a private person but as political leader'*. It is beyond any doubt that such statement made a very bad impression on the Judges because it implied that a political leader may have immunity to do whatever he wants against people. Moreover, the statement confirms once again that the self-entitled Left Radical Socialist Alliance Party admits that they promote Right Wing Extremism in the form of Extreme Nationalism, Ethnic Discrimination, and Hatred Discourse.

During the trial, the High Court admitted as proof a document that consisted of a newspaper article according to which the Socialist Alliance Party (PAS) has close connections with the Great Romania Party (PRM) with which they were to establish an electoral alliance in the autumn of 2008. It appears that one of the common denominators of the two parties is Extreme Nationalism and Ethnic Discrimination targeting mainly the Hungarian ethnic minority in Romania.

After more than a two-year long legal battle, the Highest Court of Justice in Romania (ICCJ) ruled in early February 2010 that the sentence of the High Court of Appeal of Alba County in the case no. 292/57/2009 was right and legal.

Therefore, Rotaru Constantin, president of PAS, was sentenced for promoting multiple discrimination and political harassment as offender of Law no. 137/2000 corroborated with Recommendation no. R (97) 20 issued by the Committee of Ministers of the Council of Europe regarding the hatred discourse, as well as with the judiciary practice of the European Court of Justice. The president of PAS was also sentenced to pay a contravention fine. The judgment of the

Highest of Court of Justice in Romania is final and irrevocable (see: <http://www.scj.ro/dosare.asp?view=detalii&id=100000000209313> ).

This judgment puts the European Left Party in an unprecedented embarrassing position since one of their founding party members has been sentenced for publicly promoting Right Wing Extremist policies directed against innocent citizens and social actors engaged in the WSF and ESF processes.

## **CASE STUDY NO 2: The rise of the hungarian ethnic right wing**

**The HVIM (Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom), or the Youth Movement of the Sixty-Four Counties,** is a Hungarian-based Extreme Right Wing organization that managed to set up its branch in Transylvania, Romania.

They have all the features of Right Wing Extremism including paramilitary structures publicly displayed and Extreme Nationalist political views reaching as far as the aim of dismantling European border lines drawn by the Trianon Treaty and re-founding Great Hungary as it was before World War I.

In Romania their actions have recently soared and have been put into the limelight by the manifestations against the commemoration of the signing of the Trianon Treaty as well as by the aggressive anti-Romanian public gestures of one of their henchmen, Csibi Barna.

The first political step to achieve by the Hungarian ethnic Right Wing structures in Romania is the autonomy of the Harghita-Covasna Counties, also called the Székely Region, where more than 90% of the population is of Hungarian ethnicity.

During the month of May 2011, they even managed to open a so-called ‘Office of the Székely Region’ in the European Parliament in Brussels with the support from public funds granted both by Romanian and Hungarian Authorities.

Neither the Romanian State Authorities, nor the Romanian Extreme Nationalist parties have reacted to this phenomenon as promptly and decisively as they used to do in the 90s and early 2000s, preferring to turn a blind eye to it.

Any attempt to explain the abnormality is far from simple since it is linked with internal and foreign political affairs and interests.

Firstly, there is the political need of the Mutant Capitalist neoliberal structures presently in Power to remain in Power, which can not possibly be achieved without the political support offered in the Governing Coalition by the RMDSZ (DAHR) party representing the Hungarian ethnic minority in Romania.

Secondly, one should be aware that the concept of ‘Cultural Autonomy’ has been flagged as a major political objective of the RMDSZ (DAHR) ever since their Congress in Cluj Napoca in May 1995.

Thirdly, the RMDSZ (DAHR), as well as the HVIM Extreme Right Wing organization, seem to have connections with the Neoliberal Government in Hungary.

Fourthly, the Mutant Capitalist economic and financial interests of those in Power today in Romania have proved to cross ethnic origins and trespass the National Interest viewed in terms of Democracy and Social Rights and Justice.

The aforementioned elements foster political blackmail, political prostitution, corruption, and further rising of the Right Wing Extremism and Populism at the cost of social and cultural fragmentation and decay. That is to say, the common people, be they Romanians or of other ethnic origin, are facing not only increased Poverty and Social Injustice in this time of Crisis, but also the mounting threat of Democratic deficit and of Social State dissolution. It is also worth mentioning

that most common Romanians and Hungarian ethnics tend to live in peace together.

This leads to the conclusion that those in Power in Romania do not promote a politics of re-nationalization and ethnification but, on the contrary, a politics of dismantling the State for the sake of economic and financial gang interests.

Petre Damo

Association for the Development of the Romanian Social Forum – AD FSR

[www.forumulsocialroman.ro](http://www.forumulsocialroman.ro)

## 7.6 Bibliography

Abraham, Florin, Romania from Communism to Capitalism 1989-2004. Political Systems, Tritonic Publishing House, Bucharest, 2005.

Alexandrescu, Ion and Stoica, Stan, Romania after 1989. A Small Encyclopedia, Meronia Publishing House, Bucharest, 2005.

Bauman, Zygmunt & May, Tim, Thinking Sociologically, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2008.

Boia, Lucian, History and Myth in the Romanian Conscious, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2005.

Booker, Christopher, and North, Richard, The Great Deception. A Secret History of the European Union, Antet XX Press Publishing House, Bucharest, 2004.

Buchanan, James M., The Limits of Freedom, European Institute, Iasi, 2001.

Bukovski, Vladimir, The European Union...A new USSR?, Vremea Publishing House, Bucharest, 2006.

Bulei, Ion, A History of the Romanians, Meronia Publishing House, Bucharest, 2006.

Cassirer, Ernst, The Myth of the State, European Institute, Iasi, 2001.

Cesereanu, Ruxandra, December '89. Deconstruction of a Revolution, Polirom Publishig House, Iasi, 2004.

Cherot, Daniel, The Origins of Backwardness in Eastern Europe, Corint Publishing House, Bucharest, 2004.

Constantiniu, Florin, A sincere History of the Romanian People, Encyclopedic Universe Publishing House, Bucharest, 2002.

Cristoiu, Ion, Full stop and new line, Publishing House ELF, Bucharest 1991.

De Launay, Jacques, Grand Decisions during the Second World War, vol. I and II, Scientific and Encyclopaedic Publishing House, Bucharest, 1988.

Djuvara, Neagu, A Brief History of the Romanians told to the Youth, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2010.

Djuvara, Neagu, Is there a Truthful History?, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2009.

Durandin, Catherine, Histoires des Roumains , European Institute, Iasi, 1995.

Eliade, Mircea, The History of Religious Ideas and Beliefs, vol. I, II, and III, Universitas Publishing House, Chisinau, 1992.

- Eliade, Mircea, *The Myth of Reintegration*, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2003.
- Freud, Sigmund, *Works*, vol. 4, *Studies about Society and Religion*, Trei Publishing House, Bucharest, 2000.
- Fukuyama, Francis, *State Building, Governance, and World Order in the 21st century*, Antet XX Press Publishing House, Filipestii de Tirg, Prahova, 2004.
- Gallagher, Tom, *Theft of a Nation. Romania since Communism*, Hurst&Co, London, 2005.
- Girard, Rene, *The Violence and the Sacred*, Bucharest, Nemira Publishing House, Bucharest, 1995.
- Girardet, Raoul, *Political Myths and Mythologies*, European Institute, Iasi, 2001.
- Giurescu, Constantin C. and Giurescu, Dinu C., *The History of the Romanians*, Scientific Publishing House, Bucharest, 1974.
- Gusa, Cozmin, *Ten Sins of Romania*, Asociația Inițiativa, Bucharest, 2006.
- Hermet, Guy, *The People versus Democracy*, European Institute, Iasi, 2001.
- Hurezeanu, Elisabeta, and others, *The Modern History of Romania. Manual for High School - 9<sup>th</sup> grade*, Editura Didactica și Pedagogica, Bucharest, 1985.
- Jung, C.G., *Complete Works*, vol.1, *Archetypes and the Collective Unconscious*, Trei Publishing House, Bucharest, 2003.
- Keane, John, *Civil Society. Old Images. New Visions*, European Institute, Iasi, 2003.
- Kolakowski, Leszek, *Main Currents of Marxism: The Golden Age*, Curtea Veche Publishing, Bucharest, 2007.
- Korten, David C., *The Post-Corporate World—Life after Capitalism*, Antet XX Press Publishing House, Filipestii de Tirg, Prahova, 1999.
- Lepadatu, Andrei Gabriel, *The Legionary Movement: between Myth and Reality*, Cartier Publishing House, Chisinau, 2005.
- Liiceanu, Gabriel, *About Lie. Classic sources of political morals (Sofocles, Plato, Machiavelli). The case of Romania*, Humanitas Publishing House, Bucharest 2006.
- Marrs, Jim, *Rule by Secrecy: the Hidden History that connects the Trilateral Commission, the Freemasons, and the Great Pyramids*, Curtea Veche Publishing, Bucharest, 2009.
- Nazat, Marian, *Romania turned up-side down 2004-2003: the paradoxes of drifting nation*, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2005.
- Olaru, Stejerel and Herbstritt, Georg, *The Stasi and the Securitate*, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2005.
- Olteanu, Antoaneta, *Homo Balcanicus. Traits of the Balkanian mentality*, Paideia Publishing House, Bucharest, 2004.
- Orescu, Serban, *Ceausism in Romania between the years of 1965 and 1989*, Albatros Publishing House, Bucharest, 2006.
- Pacepa, Ion Mihai (ret. Secret Service General), *Red Horizons. The Memoirs of a Secret Service General*, Venus Publishing House, Bucharest, 1992.
- Pacepa, Ion Mihai (ret. Secret Service General), *Kremlin's Heritage*, Venus Publishing House, Bucharest, 1993.
- Pasti, Vladimir, *The New Romanian Capitalism*, Polirom Publishing House, Bucharest, 2006.

- Plesita, Nicolae (ret. Head of Securitate), *The Eyes and the Ears of the People. Talks with General Nicolae Plesita*, Ianus Inf. SRL Publishing House, Bucharest, 2001.
- Preda, Cristian, *Parties and Elections in post communist Romania: 1989-2004*, Nemira Publishing House, Bucharest, 2005.
- Rifkin, Jeremy, *The European Dream. How Europe's Vision of Future is quietly eclipsing the American Dream*, Polirom Publishing House, Bucharest, 2006.
- Rosanvallon, Pierre, *The new social problem*, European Institute, Iasi, 2001.
- Seiler, Daniel-Louis, *Political Parties in Europe*, European Institute, Iasi, 1999.
- Scurtu, Ioan and Buzatu, Gheorghe, *The History of Romanians during the 20<sup>th</sup> century*, Paideia Publishing House, Bucharest, 1999.
- Smith, Anthony D., *Nationalism and Modernism*, Epigraf Publishing House, Chisinau, 2002.
- Stan, Sonia Cristina, *Manipulation through Media*, Humanitas Publishing House, Bucharest, 2004.
- Stavre, Ion, *The reconstruction of the Romanian society through the audiovisual*, Nemira Publishing House, Bucharest, 2004.
- Stoenescu, Alex Mihai, *The History of Coups in Romania 1821-1999. The Revolution and the Freemasonry*, vol.I, RAO International Publishing Company, Bucarest, 2001.
- Stoenescu, Alex Mihai, *The History of Coups in Romania 1821-1999. The Failure of Romanian Democracy*, vol.II, RAO International Publishing Company, Bucharest, 2002.
- Stoenescu, Alex Mihai, *The History of Coups in Romania 1821-1999. The Three Dictatorships*, vol.III, RAO International Publishing Company, Bucharest, 2002.
- Stoenescu, Alex Mihai, *The History of Coups in Romania 1821-1999. "The Revolution of December 1989" – A Romanian Tragedy*, vol.IV (part 1), RAO International Publishing Company, Bucharest, 2004.
- Stoenescu, Alex Mihai, *From the Backstage of the Struggle for Power 1989-1990. The First Rule Petre Roman*, RAO International Publishing Company, Bucharest, 2006.
- Tartler, Grete, *The European Identity*, Cartea Romaneasca Publishing House, Bucharest, 2006.
- Teodorescu, Bogdan, Sultanescu, Dan, and others, *12/XII: The Orange Revolution in Romania*, PRO Foundation's Publishing House, Bucharest, 2005.
- Ternon, Yves, *The Criminal State*, European Institute, Iasi, 2002.
- Tismaneanu, Vladimir, *Slowly, towards Europe*, Polirom Publishing House, Iasi, 2000.
- Tismaneanu, Vladimir, *The Revolutions of 1989. Between Past and Future*, Polirom Publishing House, Bucharest, 2005.
- \*\*\*, *The Romanian Revolution seen by American and British Journalists*, Evenimentul Publishing House, Timisoara, 1991.

## 9. Wahlkabinenrevolution in Ungarn? Konservative Revolution? Völkische Gemeinschaft?

Eine Power-point-Präsentation mit Anmerkungen

### Folie: Geschichtliche Daten

1918 Nov. Republik, Mihály Károlyi

1919 Räterepublik, Béla Kun

1919 Horthy weißer Terror

4.6.1920 Friedensvertrag Trianon **Revisionismus**, Wiener Schiedssprüche 1938, 1940

### **Antisemitismus**

1920 Numerus clausus

1938 – 1941 3 „Judengesetze“

1941 Krieg gg Jugoslawien und UdSSR

19.3.1944 deutsche Besatzung - in der Zeit von Mai-Juli über eine halbe Million ungarischer Staatsbürger deportiert

15.10.1944 – 4.4.1945 Pfeilkreuzler

Anmerkungen zur Folie:

Das Horthyregime begann 1919 mit einem Blutbad gegen Linke und Juden, konsolidierte sich während der frühen zwanziger Jahre. Bis zum 19. März 1944 also bis zum Tag der deutschen Besatzung Ungarns gab es in Ungarn eine legale Sozialdemokratische Partei und legale Gewerkschaften. Das Horthysystem war ein halbfeudales kapitalistisches System mit liberalen Einsprengseln.

Zentrale Elemente dieses Systems waren **Revisionismus** und **Antisemitismus**. Mit Revisionismus wollte man den am 4. Juni 1920 von Horthypolitikern unterzeichneten Friedensvertrag von Trianon, der zwei Drittel des Territoriums abtrennte, aushebeln.

Zunächst näherte sich Ungarn an das faschistische Italien, ab 1933 an Deutschland. Ende 1938 kam es zum ersten Wiener Schiedsspruch, mit dem die Südslowakei von Ungarn annektiert wurde. 1939 nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei besetzte Ungarn die Karpatoukraine und 1940 nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch Nordtranssylvanien.

Ungarn beschloss 1920 das erste Juden diskriminierende Gesetz in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Waren noch während der Monarchie die Nationalitäten die Feinde, wurden es nach dem Ersten Weltkrieg die Juden, denen man die Schuld an der Räterepublik und am Kapitalismus sowie der Modernisierung zuschob und die als Sündenbock für die *drei Millionen Bettler* herhalten sollten. Von 1938 bis 1941 wurden drei Juden diskriminierende Gesetze beschlossen, um den Nazi den *Wind aus den Segeln zu nehmen*, wie das Horthypolitiker behaupteten. Im April 1941 beteiligten sich ungarische Truppen am Angriff gegen Jugoslawien und konnten die Vojwodina an Ungarn anschließen. Ohne irgendein offenes Problem mit der Sowjetunion zu haben, erklärte Ungarn im Juni 1941 der UdSSR den Krieg und beteiligte sich an deutscher Seite an diesem.

Bereits im Herbst 1941 wurden 18.000 Juden (darunter 2000 ungarische Staatsbürger) vom ungarischen Militär in Kamenets-Podolsk der Waffen SS übergeben. Einige konnten flüchten und



nach Ungarn zurückkehren, um von den Greueln zu berichten. Im Januar 1942 veranstaltete die ungarische Armee und Gendarmerie ein fürchterliches Pogrom in der Vojwodina mit mehr als 3.300 Opfern, 2/3 davon Serben und 1/3 Juden.

Am 19. März 1944 besetzte die Wehrmacht Ungarn. Horthy blieb Reichsverweser und ernannte eine Regierung, deren Minister bereits in vorherigen Regierungen dienten. Eichmann kam mit einer Gruppe von ca. 50 Männern nach Budapest und die Kennzeichnung, Beraubung und Konzentration der Juden außerhalb Budapests wurde binnen kürzester Zeit von der ungarischen Administration durchgeführt. In wenigen Wochen von Mai bis Anfang Juli wurden mehr als eine halbe Million ungarische Staatsbürger von ungarischer Gendarmerie und Polizei in die Viehwaggons getrieben und die meisten nach Auschwitz-Birkenau transportiert.

Als nach der Befreiung Ungarns durch die Rote Armee diese Tatsachen bekannt wurden, weigerte sich die ungarische Gesellschaft eine Verantwortung dafür zu übernehmen. Der Soziologe István Bibó beschrieb dies 1947/48 in „Judenfrage in Ungarn nach 1944“ Noch nach der Befreiung gab es in Ungarn – wie in Polen und der Slowakei – Pogrome gegen Juden.

### **Folie: Geschichte nach 1945**

1945 – 1948 Demokratie

1949 – 1956 stalinistische Diktatur, Mátyás Rákosi

23.10. - 4.11.1956 Revolution

1956 – 1962 János Kádár Repression

1962 – 1989 Kádár „lustige Baracke“

1990 – 1994 MDF (Demokratisches Ungarisches Forum, konservative Partei) Antall

1994 – 1998 MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) Horn

1998 – 2002 Erste Regierung Orbán

2002 – 2010 MSZP-SZDSZ (Bund freier Demokraten – liberale Partei)

2010 Wahlen gewann Fidesz-KDNP (nationalkonservative christdemokratische Regierungskoalition) mit 52.73% der abgegebenen Stimmen eine 2/3 Mehrheit im Parlament.

Anzahl der Abgeordneten: Fidesz-KDNP (263), MSZP (59) Jobbik (rechtsextreme Partei) (47) , LMP (16) und der unabhängige Antisemit Oszkár Molnár

### **Folie: Das Kádárregime**

1956 Revolution unterdrückt; ab 1962 galt: „wer nicht gegen uns ist... Die Existenz wurde gesichert ohne Partizipation. Ungarn galt als die „lustigste Baracke“ des Sozialismus: Sozialstaat + Parteiherrschaft mit Arbeitspflicht und zugleich Arbeitslosigkeit in Betrieben. Allerdings: Kultur freizügiger als in der DDR oder CSSR

### **Folie: 1989/1990 Die Wende**

Blitzschnelle Einführung des Kapitalismus. Keine Existenzsicherheit, jedoch politische Partizipation. Öffnung zur radikalen Rechten: *Freiheit für den Nazi-Diskurs* als „liberale Errungenschaft“. Ab 1992 systematische Rehabilitation des Horthyregimes, offener Antisemitismus wird salonfähig. István Csurka Vizevorsitzender des MDF, gründete 1992 die antisemitische MIÉP.

Anmerkung zur Folie:

Ist der Antisemitismus ein neues Phänomen in Ungarn?

Ich konnte bereits während der frühen achtziger Jahre bemerken, wie trotz Leugnung dieses

Phänomens, dieser drastisch zunahm. Magdalena Marsovszky, die 1988/89 in Budapest am Goethe Institut als Kulturreferentin arbeitete, merkte „plötzlich gab es Projektvorschläge, in denen es hieß, man könne nun endlich wieder frei zur Vergangenheit stehen und mit Deutschland zusammenarbeiten. Gemeint war nicht etwa eine Zusammenarbeit im Hinblick auf „Vergangenheitsbewältigung“, sondern die faschistische Vergangenheit. Z.B. wurde eine Leni Riefenstahl Ausstellung vorgeschlagen.“ 1992 etablierte sich dann die antisemitische MIÉP-Partei.

### **Folie: Fidesz - eine völkische Partei**

1989 als „junge Liberale“ antiklerikale Partei gegründet, regierte 1998-2002 als nationalistische proklerikale „Volkspartei“. Vorsitzender Viktor Orbán ist auch Vizepräsident des Verbandes europäischer Volksparteien (EVP). Die völkische Lebensraumideologie der heiligen Stephanskrone und der Trianongedenktag werden in der Verfassung festgeschrieben.

Anmerkungen zur Folie:

Tatsächlich wurde schon im Horthysystem links und liberal mit jüdisch gleichgesetzt. Dieser Diskurs wurde nach der Wende neu belebt. Linke und Liberale werden als Feinde der Nation hingestellt und oft genug als Vaterlandsverräter beschimpft.

Viktor Orbán hat, nach dem er die Wahl 2002 verloren hat, behauptet, „die Nation könne sich nicht in Opposition“ befinden und so sich und seine Partei (Fidesz) mit der Nation gleichgesetzt. In den regierungsnahen Medien findet man codierten und unverblühten offenen Antisemitismus.

Seit der Wende ist der Antisemitismus nicht mehr wegzudenken aus Medien und Politik.

Fidesz hatte 2002 nach der Wahlniederlage „bürgerliche Kreise“ gebildet und die Politik auf die Straße getragen. Aus diesen „bürgerlichen Kreisen“ kommt auch Gábor Vona, der Anführer der nationalsozialistischen Jobbik-Partei. Diese neue Partei verbündete sich zunächst mit der vom ehemaligen Schriftsteller István Csurka angeführten MIÉP.

### **Folie: Die „Lügenrede“ Gyurcsánys**

Mai 2006 gesteht der sozialistische (MSZP) Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány in geschlossener Sitzung das Volk belogen zu haben. Es folgt innerparteilicher Streit statt Abwehr der rechten Herausforderung. Die liberale mit der MSZP koalierende SZDSZ zerbricht.

Systematische Hetzkampagne der rechten u. rechtsextremen Medien führt zum Aufstieg der national-sozialistischen Jobbik.

### **Folien: Die Demokratie wird abgeschafft, die Zensur wird eingeführt**

Die „Nationale Medien- und Telekommunikationsbehörde“ (NMHH) und das Mediengesetz ermöglicht mit schwammigen Formulierungen die Meinungsfreiheit zu beschränken. 3 Staatliche TV, Radio und MTI einheitlich geführt. NMHH größter Arbeitgeber von Journalisten. Alle Medien werden der NMHH unterworfen. Keine Frequenz für das einzige linke Radio. Die für 9 Jahre ernannte Leiterin der NMHH ist ehemalige Chefredakteurin einer Pornozeitschrift, die nun darüber wachen soll, dass die ungarische Jugend nicht verdorben wird.

Parlament wurde zur Abstimmungsmaschine. Präsident ist Parteisoldat. Verfassungsgericht Kompetenz beschränkt. Rückwirkende Gesetze. Beschuldigte sollen bei „Strafsachen von herausragender Bedeutung“ künftig für 120 Stunden vorläufig (ohne Zustimmung eines Richters) festgenommen werden dürfen (bisher: 72 Stunden); während der ersten 48 Stunden der vorläufigen Festnahme soll

die Anwesenheit eines Anwaltes und ein Treffen des Beschuldigten mit seinem Verteidiger unzulässig sein. Beamte werden aus politischen Gründen entlassen. Richter mit 62 Jahren in die Rente geschickt hingegen wird die Frührente für Polizisten und Feuerwehr abgeschafft.

Abrechnungskommissar ernannt, dessen Hauptaufgabe die Kriminalisierung sozialistischer Politiker und einer Gruppe von „liberalen“ Philosophen ist. Es beginnt eine Hass- und Verleumdungskampagne gegen Ferenc Gyurcsány 2007 bis April 2009 Vorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP).

### Folie: Antikommunistischer und weit verbreiteter Antisemitismus

Fidesz TV Wahlwerbung 2010: *"Die magyarische Staatlichkeit ist eintausend und einhundert Jahre alt. Die ungarische Linke ist einhundert Jahre alt. Am 11. April wählen wir! Stephan der Heilige oder Béla Kun, das ist hier die Frage! Ich meine: Am 11. April wird Stephan der Heilige das Land von Béla Kun und seinen Nachfolgern zurückerobern."*

HírTV, Liveübertragung, 8. 4. 2010, 15.10 Uhr. „Der Aussage, *Juden hätten zu viel Einfluss im Land*, stimmten gerade mal sechs Prozent der befragten Niederländer zu. Von den Deutschen waren es 20 Prozent, bei den Polen dagegen 50 und bei den Ungarn sogar 69 Prozent.“ FES-Studie zeigt weit verbreiteten Antisemitismus in Europa - Von Daniela Siebert Deutschlandradio - Kultur, 17. 6. 2011

### Folie: Prohászka und Fidesz

Sándor Lezsák, Vizepräsident des Parlaments (Fidesz) anlässlich der Einweihung eines Denkmals 2008: Bischof Ottokár Prohászka, wollte 1920 nur „*die kosmopolitisch-parasitäre Schicht*“ zurückdrängen. Prohászka 1920:

*„daß es sich in der Judenfrage um eine Rassenfrage handelt,- daß das Judentum keine Konfession, sondern eine scharf gezeichnete Rasse oder zu mindest Nationalität ist...“*



### Folie: Viktor Orbáns Freunde

Milliardär Gábor Széles gründete 2007 das rechtsextremistische *ECHO TV* und ist auch Besitzer der Tageszeitung „*Magyar Hirlap*“. Beide transportieren Antiziganismus und massiven Antisemitismus. 2/3 aller jungen Journalisten sympathisieren mit Rechtsextremisten



*Viktor Orbán mit dem Forintmilliardär Gábor Széles und dem rechtsnationalen Politiker Sándor Lezsák, 2007.*

### **Folie 13: Fäkal-Antisemit\* Zsolt Bayer**

Originalton: \* *Der geehrte Fäkal-Antisemit*. Die Presse, 25.01.2011: „Aus Ungarn ‚strömt Gestank‘ schreibt irgendein auf den Namen Cohen hörendes stinkendes Exkrement von irgendwo in England. Cohen, und Cohn-Bendit und [ Pianist Andreas] Schiff.“

1919 nicht genügend Linke (und Juden) ermordet: „Leider gelang es nicht alle bis zum Hals im Wald von Orgovany zu verscharren“. *Magyar Hirlap* 4.1.2011

### **Folie: Jobbik Partei des „faschistischen Typs“**



Revisionismus

Nationalismus mit Rassismus verknüpft

Paranoider Antisemitismus

Kleinbürgerlich geprägte völkische Gesinnungsgemeinschaft. Stark im schwach entwickelten Nordosten Ungarns. Blieb in Budapest hinter MPL zurück

2007 gründeten sie die „Ungarische Garde“ vor dem Haus des Präsidenten der Republik und die landauf landein marschierende Garde machte erst Jobbik in ganz Ungarn bekannt.

Jobbik begnügte sich nicht mit Antisemitismus sondern fügte noch Revisionismus – den Traum von Ungarn wie es vor dem Friedensvertrag von Trianon bestand – hinzu. Fidesz liess sich von dieser

Agitation anstecken und deklarierte sofort nach ihrem Wahlsieg 2010 einen Trianongedenktag am 4. Juni 2010.

Doch auch das genügte nicht, um Wähler zu mobilisieren. So wurde das vom linken Schriftsteller György Moldova 1987 geprägte Schlagwort von der „Zigeunerkriminalität“ massiv von Jobbik und der ungarischen Garde – die vorgab Ungarn davor zu schützen - aufgewärmt. 2008/2009 gab es eine Mordserie an Roma, die von einer Gruppe mutmaßlichen Tätern aus der rechten Szene begangen wurde. Vier Männer stehen deswegen vor Gericht. Der Anführer, war Anfang der neunziger Jahre Skinhead und schändete die Synagoge in Debreczen, wurde aber deswegen damals nicht bestraft.

Zwar sind die uniformierten Gardien per Gesetz verboten und Ungarns Außenminister hat dies auch diese Tage in einem Interview mit dem französischen Radio angemerkt, doch wird dieses Verbot nicht von der Polizei durchgesetzt. Der Geist, den Fidesz aus der Flasche ließ kann nicht mehr dorthin zurückgedrängt werden.

### **Folie: Nationale Zusammenarbeit und Trianon**

Trianon-Deklaration: „Gott ist Herr der Geschichte“

Neue Verfassung Hinweise auf Gott, Christentum und die Heilige Stephans-Krone

### **Folie: Einschränkung d. Arbeitnehmerrechte**

- 1) Entlassung ohne Begründung möglich. 2) Kündigungszeit wird kürzer
- 3) Arbeitslosen-unterstützung von 270 auf 90 Tage gekürzt, bei 12% Arbeitslosigkeit.
- 4) Abfertigung verringert und oft zu 98% versteuert.
- 5) Probezeit von 3 auf 6 Monate verlängert
- 6) Ohne Zustimmung des Arbeitgebers kein Betriebsrat
- 7) Streikrecht begrenzt ohne Zustimmung der Gewerkschaften
- 8) oft keine Fachausbildung verlangt, Mindestlohn für Ungelernte 78.000, für Facharbeiter 94.000 Forint. € 1 = HUF 270

### **Folie: Verschlechterung der Lebenssituation**

3,8 Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze

Lebensmittelpreis- steigerung seit April 2010 um 9,4%, davon Zucker (68%), Mehl (62,1%), Speiseöl (23,5%), Gemüse u. Obst (20%), Milch (12,7%) Brot (12,2 %)

### **Folien: Geschichtsfälschung**

Zweistündiger TV-Film im StaatsTV über den antisemitischen Schriftsteller Albert Wass, Mitglied der Pfeilkreuzlerpartei und Träger des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse. Wass im November 1940: *"Liebe dein Volk, deine Nation mehr als dich selbst und neben diesen sollst du keinen anderen Gott haben..."*

Trotz Protest der jüdischen Gemeinden wurde ein Platz in Budapest nach Wass benannt. Die Roosevelt- und Moskauplätze in Budapest wurden umbenannt.

Massive Geschichtsfälschung in Präambel der neuen Verfassung: *„Wir datieren die Wieder-*

*herstellung der am 19. März 1944 verlorenen staatlichen Selbstbestimmung unseres Vaterlandes auf den zweiten Mai 1990, die konstituierende Sitzung der ersten frei gewählten Volksvertretung“*

### **Folie: Widerstand und Angst**

42 Historiker unterzeichnen eine Erklärung gegen die völkische Geschichtsinterpretation, wonach Ungarn nur als Opfer dargestellt wird, das keinerlei Verantwortung trägt für alles was in diesen 46 Jahren passierte. Staatssekretär András Levente Gál publiziert ein Selbstinterview am 19. März 2011 zu Horthy und Judenverfolgung. Auch konservative Philosophen erklären ihre Solidarität mit den verleumdeten Kollegen. Viele sind verängstigt und verweigern jegliche Solidarität. Die Opposition kann sich bislang auf keine gemeinsame Aktion einigen.

Neonazi marschieren bei Gewerkschaftsdemos mit

### **Folie: Deutsche Freunde**

das Nachrichtenmagazin „ZUERST!“ der beiden Herausgeber Dietmar Munier (Arndt-Buchdienst) und Harald Neubauer (Nation Europa Verlag), ist im Gegensatz zu „Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“ auch im Zeitschriftenhandel erhältlich und hat eine Startauflage von angeblich 86.000 Exemplaren. Quelle: Verfassungsschutzbericht Bayern 2009 | Rechtsextremismus Seite 137

### **Folien: Roma in Ungarn**

750.000 Roma lebten im Herbst 2010 laut Schätzung in Ungarn, nur 190.046 haben sich beim Zensus 2001 dazu bekannt.

Seit 2003 die erste gründliche Untersuchung der Lage der Roma im Herbst 2010.

Anmerkungen zur Folie:

In Ungarn leben (hauptsächlich im Norden und Osten sowie im Südwesten) ungefähr 750.000 Roma. Sie sind viel weniger gesund und deswegen ist ihre Lebenserwartung viel niedriger in den ökonomisch nicht entwickelten Regionen. Die Familiengröße übertrifft dort den Durchschnitt. Fast 30% der Familien hat drei oder mehr Kinder. 2/3 aller Roma mit niedrigem Bildungsstand und 90% der wenigstens über eine Fachausbildung verfügenden Roma haben schon einmal gearbeitet. In 55% aller Familien gibt es kein beschäftigtes Mitglied! Nur 27% der Befragten behaupteten zu arbeiten und Geld zu verdienen, während 29% sich als arbeitslos deklarierten. In vielen Familien ist schon die dritte Generation arbeitslos.

17% der Roma älter als 16 Jahre haben nicht einmal 8 Klassen Schule beendet. 53% haben nur 8 Klassen, lediglich 26% haben irgendeine Fachausbildung. Nur 5% hat eine Reifeprüfung und nur 1% ein Diplom einer Hochschule. Ihre Lage hat sich zwar im Verhältnis zur Generation ihrer Eltern gebessert aber nicht in dem Tempo wie das der Mehrheitsbevölkerung.

Die Gleichberechtigung seit 1945 und bis heute auf dem Papier garantiert, ohne ernsthafte Versuche Probleme zu lösen. György Moldova prägte 1987 das Wort: „Zigeunerkriminalität“©

Keine Mittel und gesetzliche Strukturen, nur temporäre Programme. Vorzeigeprojekte, die nur so lange liefen, wie von EU finanziert.

### **Folie: Jobbiks Ungarische Garde 2007 gegründet und von Geistlichen gesegnet**

2009 vom Gericht aufgelöst. Marschiert weiter unter dem Namen „für eine schönere Zukunft“,

Weitere rassistische Garden treiben ihr Unwesen.

Links Gábor Vona im Parlament in verbotener Uniform, rechts unten Außenminister János Martonyi 14.2.2011

Neonazi in Budapest wollen Homosexuelle hängen 18. Juni 2011



## 10. Autorenverzeichnis

Peter Damo

FSLI Trade Union Romania (Freie Bildungs-Gewerkschaft in Rumänien) und  
Sozialforumsaktivist, Bucarest

Dr. Cornelia Ernst

Mitglied der Fraktion der GUE/NGL im Europaparlament

Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe

Historiker und Mitglied der Historischen Kommission bei der Partei Die LINKE, Dresden

Cornelia Hildebrandt

Referentin für Parteien und Soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Armin Höhling

freier Journalist, Berlin

Karl Pfeiffer

Journalist, Wien

Prof. Dr. Peter Porsch

Germanist und Politiker, Parthenstein/Sachsen, Graz/Steiermark

Anna Striethorst

wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Laura Tuominen

Left Forum, Finnland

Gabi Zimmer

Mitglied der Fraktion der GUE/NGL im Europaparlament



## **IMPRESSUM**

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122

m.schuetrumpf@rosalux.de · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: Januar 2012

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling